
„Saalfeld -
Demokratie im
Würgegriff?“

**Dokumentation zur Öffentlichen
Anhörung der PDS-Fraktion im
Thüringer Landtag
am 5. November 1997**

Impressum

Herausgeber:
PDS-Fraktion im Thüringer Landtag,
Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt,
Telefon: 0361 - 377 2291

Redaktion: Holger Elias (V.i.S.d.P)

Satz/Layout/Umschlaggestaltung: Ralf-Dieter May

Druck: Druckerei Sömmerda

Ein Wort vorab	Holger Elias	... 4
Demokratie im Würgegriff	Dr. Roland Hahnemann	... 7
Nach Verbot jubilierte die rextsextreme Szene	Steffen Dittes	... 10
Wir haben eine Riesenchance verpaßt!	Dietmar Härtel	... 17
Polizeiaktionen gegen linksalternative Jugendliche sind nicht neu	Dieter B., Antifa Saalfeld	... 20
Polizeichef kam mir im Kampfanzug entgegen	Willi Brüssel-Mautner	... 23
Dieses System: Im Zweifelsfalle für Rechts	Angelo Lucifero	... 25
Gewalt hat in einer Demokratie keinen Platz	Dr. Werner Thomas	... 30
Die "rotlackierten Faschisten" kennen wir auch	Klaus Höpcke	... 37
Der rechten Gewalt nicht die Straße überlassen	Dr. Roland Hahnemann	... 39
Gleichsetzung von links und rechts muß zum Nachdenken anregen	Astrid Rothe	... 43
Mit Demo-Verbot ist eine Hemmschwelle gefallen	Steffen Tippach	... 45
Verfassungsschutz-Chef scheint eigenen Bericht nicht zu kennen	Julika Bürgin	... 47
Landrat hätte sich Zustände im Knast anschauen sollen	Steffi L.	... 48
Solange das Ansehen nicht geschädigt ist, darf unter der Decke vieles passieren	Angelo Lucifero	... 49
"Beachtlicher" Waffenfund der polizei: Ein Messer, Reizgas und drei Handys	Martin S.	... 51
Es war keine Blockade, wir waren eingekesselt	Florian I.	... 53
Durch laute Sprechchöre forderten wir immer wieder Essen und Trinken	Dennise K.	... 57
Zwanzig halbe Matratzen und zehn Decken. Und das für sechzig Leute ...	Stefan H.	... 59
Ich wurde gleich am Bahnhof verhaftet	Andrea K.	... 61
Die Schulhöfe waren mit Polizeiautos belegt	Bernd Hecker	... 62
Jahrzehnte lange Verharmlosung von Rassismus und Neofaschismus	Prof. Dr. Ludwig Elm	... 66
Wie wollen wir in Zukunft mit solchen Sachen umgehen?	Barbara M.	... 70
In Kürze		... 73
Antifaschismus hat was mit Zivilcourage zu tun	Dr. Birgit Klaubert	... 77

Holger Elias

Ein Wort vorab

Saalfeld ist zu einem Begriff geworden, die Kreisstadt am nordöstlichen Schiefergebirge gelegen, die, wie das Stadtporträt via Internet Auskunft gibt, dem Besucher „ein Bild von starker, reizvoller Eigenart bietet“.

Tatsächlich könnte man ins Schwärmen geraten, dem gepriesenen einzigartigen Reichtum an natureller und bauwerkshistorischer Vielfalt widerspruchslos erliegen. Die Stadt der vier Tore, den unzähligen Patrizierhäusern, der legendären Burgruine „Hoher Schwarm“ und dem zum Museum umfunktionierten Franziskanerkloster hat zweifellos ihre Reize.

Doch wo Reize locken, da lauern auch die Tücken. Die knapp 1100 Jahre alte Stadt im Landkreis Saalfeld/Rudolstadt hat - wie andere Flecken hierzulande - ihre eigene Geschichte durchgemacht. Im rasanten Galopp überwandern ihre Bürger die historischen Etappen, machten von Zeit zu Zeit nicht wenige bittere Erfahrungen.

Deren Erfahrungen machen auch vor der Gegenwart nicht halt. Die knapp dreiunddreißigtausend Saalfelder mögen ihrer Heimat vielleicht den notwendigen Presserummel gönnen, der ihrer von Arbeitslosigkeit arg gebeutelten Region vielleicht ein wenig Linderung beschern könnte. Ob allerdings der größte Polizeiaufmarsch in Thüringens Geschichte den Saalfeldern diesbezüglich einen Vorteil eingebracht hat, das darf ernsthaft bezweifelt werden.

So ist Saalfeld in die Schlagzeilen geraten, obwohl deren Bürger kaum Einfluß auf das folgende Echo hatten. In Saalfeld probte die Polizei am 11. Oktober 1997 auf Veranlassung des sozialdemokratisch geführten Innenministeriums den „Ernstfall“. Vor dem Hintergrund der geplanten, letztlich aber verbotenen Demonstration „Gegen rechte Gewalt“, die von der Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus/Antifaschismus ordnungsgemäß angemeldet worden war, patrouillierten die Vertreter der Staatsmacht, zeigten ihrerseits unnachgiebige Härte und gingen gegen jene vor, die sich wegen der zunehmenden neofaschistischen Umtriebe in Thüringen und anderswo im Lande, friedlich zu artikulieren suchten.

Der Aufmarsch der Staatsmacht in Saalfeld - ein Vorgang mit Symbolcharakter? Als unverhältnismäßig geiselten Betroffene den Einsatz der Polizei, die junge, oberflächlich katalogisierte Leute nach deren Ankunft in Saalfeld herausortierten oder schon auf den Zubringerstraßen abfingen, um sie dann, wie Kriminelle eben, in einen baupolizeilich gesperrten, ehemaligen Knast bei Unterwellenborn zu verfrachten. Dort angekommen sahen sich die Betroffene-

Der Aufmarsch der Staatsmacht in Saalfeld - ein Vorgang mit Symbolcharakter?

nen der hiesigen Staatsmacht vollends ausgeliefert. Unter unwürdigen Bedingungen hielt die Polizei auf Geheiß des SPD-Innenministers Richard Dewes und seiner Getreuen die jungen Leute bis zu fünfzehn Stunden fest. Sie waren Beschimpfungen ausgesetzt, dann und wann kam es zu Handgreiflichkeiten der Mächtigen gegenüber den Zelleninsassen.

Für die Mitglieder der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag, die sich an den Tagen des Geschehens ein recht deutliches Bild vor Ort gemacht hatten, stand fest, daß die Ereignisse in und um Saalfeld ein Nachspiel haben müssen. Allein aus diesem Grunde luden sie am 5. November 1997 in den Thüringer Landtag ein, wo eine Öffentliche Anhörung Licht in das Dunkel bringen und die Schritte für weitere parlamentarische Aktivitäten weisen sollte.

In Vorbereitung der Veranstaltung, zu der auch Vertreter des Innenministeriums der Polizei geladen waren, hatte der zuständige Minister des Landes Thüringen, der Sozialdemokrat Richard Dewes, ein Schreiben an den Präsidenten des Thüringer Landtages, Frank-Michael Pietzsch (CDU) gesandt. Die Genehmigung für die öffentliche Anhörung unter dem Titel „Saalfeld - Demokratie im Würgegriff?“ halte er für „politisch falsch“. „Es dürfte in der deutschen Parlamentsgeschichte ein seltener Vorgang sein, daß eine derartige Veranstaltung, die den Staat und seine Institutionen in Frage stellt, im Plenarsaal eines Parlaments durchgeführt wird“, belehrte er Pietzsch.

Der Parlamentspräsident kam so nicht umhin, dem innenpolitischen Ressortchef eine Lektion im Fach Demokratie zu erteilen. Er könne als Landtagspräsident der einzigen Oppositionsfraktion eine ordnungsgemäß angemeldete Anhörung nicht untersagen, antwortete er. Die PDS sei als Veranstalterin verantwortlich für die Beachtung der Hausordnung des Landtages und seiner Würde. Punktum.

Um es vorweg zu nehmen: Die Veranstaltung ging - erwartungsgemäß - ohne Zwischenfälle über die parlamentarische Bühne, es wurde friedlich aufgearbeitet und öffentlich gemacht. Dennoch zeigte sich auch der parteilose Vizepräsident des Thüringer Landtags, Dr. Roland Hahnemann (PDS-Fraktion), enttäuscht über Dewes Reaktionen. Das Verhalten des Innenministers sei eine „politische Verleumdung“ und „Beleg für die Notwendigkeit, einen eventuell drohenden Würgegriff zu hinterfragen“. Hahnemann wörtlich: „Eine Fraktion demokratisch gewählter Abgeordneter hat das Recht, Fragen im Zusammenhang mit einem Polizeieinsatz zu stellen, der im Kreise von Politikern und in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wird. Die Veranstaltung richtet sich nicht gegen ‘alle rechtstreuen Bürgerinnen und Bürger’ oder ‘die Angehörigen der Thüringer Justiz und Polizei’“, erklärte er.

Selbstredend stand der Namenszug „Dewes“ auf dem Karton vor einem leeren Stuhl und auch CDU- wie SPD-Volksvertreter blieben - offenbar fraktionsdiszipliniert - der Tagung fern. Einzig und allein

Innenminister Dewes zur Öffentlichen Anhörung:

„Es dürfte in der deutschen Parlamentsgeschichte ein seltener Vorgang sein, daß eine derartige Veranstaltung, die den Staat und seine Institutionen in Frage stellt, im Plenarsaal eines Parlaments durchgeführt wird“.

der Saalfelder Landrat Dr. Thomas signalisierte durch sein Kommen wenigstens einen Hauch von Gesprächsbereitschaft, wenngleich die Darstellungen des Politikers nach Ansicht der Betroffenen meilenweit an den Realitäten der Saalfelder Ereignisse vorbeigehuscht waren.

Ansonsten präsentierte sich der Saal angenehm mit gesprächswilligen Tagungsteilnehmern gefüllt.

Und noch ein Wort nicht nur am Rande. Einige Redner der Erfurter Anhörung kritisierten die Rolle der Medien bezüglich einer vorurteilsfreien und somit demokratischen Berichterstattung. Tendenziöse Berichte seien im Vorfeld der geplanten Demonstration verfaßt und an die Öffentlichkeit gegeben worden, hieß es. Beleidigt zogen sich einige der angesprochenen Pressevertreter nach rund anderthalb Stunden der insgesamt mehr als vierstündigen Debatte zurück. Nicht ohne auf ihre Weise am nächsten Tag dem Veranstalter auf dessen Fahnen zu schreiben, wer hier eigentlich die mediale Macht im Lande besitzt und wer darüber befindet, was als demokratisch zu gelten habe und was nicht. Der Redakteur der marktbeherrschenden, einflußreichen Thüringer Allgemeinen, der rund zwei Drittel der Tagung durch Abwesenheit schlicht verpaßte, versteifte sich in seinem Blatt zu der Behauptung, die Anhörung der PDS-Fraktion sei „fruchtlos“ verlaufen, „da sie über gegenseitige Vorwürfe nicht hinauskam“.

Daß die Einschätzung des Journalisten sich kaum mit der anderer Teilnehmer decken konnte, war also offensichtlich. Nicht nur am Rande der Veranstaltung zogen die Anwesenden nämlich ein eher positives Fazit: Das Ziel der Anhörung, die dunklen Saalfelder Ereignisse ein wenig zu erhellen, sahen sie als erfüllt an.

**PDS-Veranstaltung im
Landtag löste Diskussion aus
Streit über PDS-Anhörung
zum Polizeieinsatz
Pietzsch schützt
PDS vor Dewes
Oppositions-Anhörung im Landtag verteidigt**

Dr. Roland Hahnemann

Demokratie im Würgegriff? —

Am Samstag, dem 11. Oktober dieses Jahres, sollte in Saalfeld eine Demonstration gegen rechte Gewalt stattfinden, die von jungen Saalfelder Antifaschisten, von Gewerkschaftern, Vertretern dortiger Parteien und anderen vorbereitet und angemeldet wurde.

Dieser Absichtserklärung folgte eine von vorwiegend regionalen Politikern betriebene und bediente, von Medien reichlich unterstützte Kampagne gegen diese Demonstration, weil man befürchtete, eine gleichzeitig von Rechten angemeldete Demonstration könnte zu Konfrontationen und Gewalttätigkeiten führen. Obwohl die neonazistische Demonstration abgesagt wurde und die Veranstalter der geplanten antifaschistischen Demonstration Friedlichkeit und Gewaltlosigkeit zusicherten und organisierten, wurde am 8. Oktober 1997 die Demonstration durch das Landratsamt verboten, das Verbot durch das Verwaltungsgericht Gera am 9. Oktober zunächst bestätigt.

In der Nacht vom Freitag zum Samstag und am Samstag selbst wurden in einem massiven Polizeieinsatz ein Waffenlager von Neonazis in Heilsberg bei Rudolstadt ausgehoben und ca. 50 Jugendliche der rechten Szene festgenommen.

In den Folgestunden wurde dann ein alternatives Wohnhaus in Saalfeld gestürmt, seine Insassen festgenommen, unter ihnen drei Journalisten.

Im weiteren Verlaufe des Tages wurden mehr als 300 Jugendliche in Gewahrsam genommen, die aussahen oder sich verhielten, als ob sie zur Demonstration nach Saalfeld anreisten, egal ob sie mit Bahn oder Bus kamen.

Insgesamt wurden mehr als 400 junge Leute auf - ich apostrophiere hier - „nicht immer sanfte Weise“ festgesetzt und in die ehemalige Justizvollzugsanstalt Unterwellenborn verbracht, wo sie erkennungsdienstlich behandelt und im Laufe des Samstag Nacht bis zum späten Sonntag wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

Ein 24-jähriges junges Mädchen aus Saalfeld, das der dortigen Antifa durchaus nahesteht, fragte an diesem Tag unter dem Eindruck des massiven Polizeieinsatzes: „Was geht denn hier ab, was proben die denn hier?“

Saalfeld - Demokratie? - im Würgegriff? - Es muß zu hinterfragen erlaubt sein, wie es um die Demokratie steht, wenn eine Demonstration gegen rechte Gewalt mit vielfach nicht nachvollziehbaren Begründungen verboten wird und diese schwerwiegende Ein-

Ein 24-jähriges junges Mädchen aus Saalfeld fragte unter dem Eindruck des massiven Polizeieinsatzes: „Was geht denn hier ab, was proben die denn hier?“

schränkung des vom Grundgesetz und der Landesverfassung garantierten Bürgerrechts durch einen so massiven Polizeieinsatz durchgesetzt wird. Die Zeiten, wo Polizei und irgendwelche Ministerien unwiderrspochen schalten und walten konnten, wie sie wollten, dachte ich, sind vorbei.

Wir haben zu der Anhörung eingeladen, nicht um eine parlamentarische Auseinandersetzung vorwegzunehmen, sondern um sie vorzubereiten. Zu Wort kommen sollen vor allem „Organisatoren und Gruppen des Vorbereitungskreises“, einige der „Inhaftierten“, aber auch von Thüringer und Saalfelder Behörden, darunter Vertreter der Polizei.

Ich danke Ihnen allen für Ihr Kommen und Ihre Bereitschaft, uns und auch der Öffentlichkeit Ihre Erlebnisse, Ihre Eindrücke, Ihre Gedanken zur Verfügung zu stellen und auf diese Weise an lebendiger demokratischer und öffentlicher Auseinandersetzung mit einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Ereignis mitzuwirken.

Ganz besonders möchte ich Herrn Landrat Dr. Thomas für seine

Anwesenheit danken. Er hat umgehend und ohne Wenn und Aber sein Kommen signalisiert. Wenn auch unsere politischen Grundauffassungen nicht übereinstimmen, er hatte im Unterschied zu anderen das nötige demokratische Verständnis und Empfinden, hierher zu kommen.

Nicht so die Vertreter der anderen Fraktionen des Landtags. Ihre innenpolitischen Sprecher haben uns über die Presse ihre Absage signalisiert.

Sie halten die heutige Veranstaltung ohnehin für eine „sogenannte Anhörung“ und unterstellen uns ein „Tribunal“. Sie sind außerdem der Meinung, „der Einsatz der Polizei war erfolgreich. Damit wurden gewaltsame Auseinandersetzungen größeren Ausmaßes verhindert ... Das angemessene Vorgehen war im Interesse der Bevölkerung, die kein Verständnis dafür habe, daß Gewalt und Chaos die Bürger Thüringens daran hinderten, ihr Demonstrati-



onsrecht auszuüben“.

Für mich ist diese in sich widersprüchliche Erklärung ein sehr wohl bekanntes Verhalten. Darin drückt sich nicht nur eine Mißachtung von Betroffenen aus. Ich erkenne darin bereits wieder Unvermögen und Unwillen von herrschenden Politikern, die Rechte und Ansprüche einer Opposition zu akzeptieren und im übrigen auch den Verzicht von Abgeordneten, eine Regierung in der nötigen Weise zu kontrollieren.

Und die friedlichen Protest- und Solidaritätskundgebungen in Weimar, Erfurt, Jena und Leipzig am Tage des Polizeieinsatzes strafen die Verbotsappologeten Lügen.

Auch auf die Anwesenheit des Innenministers müssen wir verzichten. Er hat öffentlich und telefonisch signalisiert, was er von einer parlamentarischen Anhörung dieser Oppositionsfraktion hält.

Die Attacke des Innenministers gegen die Genehmigung des Landtagspräsidenten für die heutige Veranstaltung halte ich für eine unverflorene politische Verleumdung. Sie ist mir zugleich ein Beleg für die Notwendigkeit, einen eventuell drohenden Würgegriff zu hinterfragen. Denn die heutige Anhörung ist keine, wie der Herr Innenminister meint, „Veranstaltung, die den Staat und seine Institutionen in Frage stellt“. Eine Fraktion demokratisch gewählter Abgeordneter hat das Recht und die Pflicht, Fragen zu stellen im Zusammenhang mit einem Polizeieinsatz, der im Kreise von Politikern und in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wird. Die Veranstaltung richtet sich nicht gegen, so Herr Dewes, „alle rechtstreuen Bürgerinnen und Bürger“, und wenn der Innenminister glaubt, sich vor „die Angehörigen der Thüringer Polizei und Justiz“ stellen zu müssen, dann sage ich ihm: Es geht uns nicht um die Verurteilung von Polizisten oder Mitarbeitern der Justiz, die ihren Dienst getan haben, sondern es geht uns um die Zweifel an einer politischen Entscheidung und um Kritik an einer polizeilichen Konzeption, und das ist etwas ganz anderes, und das halte ich für legitim.

Am Ende kann ich es mir auch nicht versagen, dem Präsidenten des Thüringer Landtags Anerkennung dafür zu zollen, daß er dieser unsachlichen Kritik, die jeden demokratischen Geist vermissen läßt, widerstanden hat, daß er die Rechte des Parlaments, seiner Fraktionen und seiner Abgeordneten nicht der Machtgier neuerlich herrschender führender Parteien oder auch dem schon wieder übersteigerten Sicherheitsbedürfnis von Funktionären dieser Parteien oder einer Regierung geopfert hat.

Ich hoffe, daß es, und hier möchte ich die Worte von Herrn Innenminister Dewes nutzen, „in der deutschen Parlamentsgeschichte ein seltener Vorgang“ bleibt, daß ein Innenminister, der im Unterschied zu den 17 Abgeordneten der PDS-Fraktion nicht einmal von den Bürgern des Landes gewählt ist, den Präsidenten eines frei gewählten Parlaments, eine Oppositionsfraktion und demokratisch gewählte Abgeordnete auf solch verleumderische Weise abkanzelt.

In diesem Sinne hoffen wir auf eine erfolgreiche Veranstaltung.

Eine Fraktion demokratisch gewählter Abgeordneter hat das Recht und die Pflicht, Fragen zu stellen im Zusammenhang mit einem Polizeieinsatz, der im Kreise von Politikern und in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wird.

Steffen Dittes

Nach Verbot jubilierte die rechtsextreme Szene

Im Vorfeld der geplanten Demonstration „Gegen rechte Gewalt“ stand die Frage mehrfach im Mittelpunkt, ob Saalfeld und die Region Saalfeld-Rudolstadt überhaupt eine Hochburg rechter Aktivitäten in Thüringen sei. Mit dem Ziel, die Demonstration entweder für unnötig zu erklären oder aber dem Vorbereitungskreis gar unlautere Motive zu unterstellen, wurde diese Frage vielfach mit Nein beantwortet. Und zwar unisono vom Bürgermeister über den Stadtrat bis hin zu Teilen der Medien.

Der Vorwurf ging sogar noch weiter: Es hieß, der Vorbereitungskreis wolle dem Ansehen der Stadt Saalfeld schaden, hätte bereits Schaden durch die Aussage angerichtet, Saalfeld sei eine Hochburg rechter Aktivitäten.

Gestatten Sie mir deshalb, einige Zahlen zu bemühen, um darzulegen, wie der Vorbereitungskreis zu der Einschätzung kam, daß die Region Saalfeld-Rudolstadt trotz der gegenläufigen Angaben vieler Verantwortlicher als Hochburg rechter Aktivitäten bezeichnet werden muß.

In Thüringen lebten 1996 nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik rund 2,5 Millionen Menschen, davon rund 140.000 und damit etwa 5,6 Prozent in der Region Saalfeld-Rudolstadt. Folgt man nun den Angaben des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, wurden thüringenweit 1996 etwa 1.000 Personen der rechtsextremen Szene zugerechnet. 120, und damit 12 Prozent des Thüringer Potentials ortet die Saalfelder Polizei (siehe Thüringer Landeszeitung (tlz) vom 10. September 1997) allein in Saalfeld. Das aber bedeutet nichts anderes, als daß bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 5,6 Prozent der Anteil an den rechtsextremen Aktivisten Thüringens mindestens 12 Prozent beträgt. Mindestens deshalb, weil aus dem Zeitungsbericht nicht klar hervorging, ob die 120 Personen allein in Saalfeld oder in der Region Saalfeld-Rudolstadt gezählt wurden. Sollte es sich um Angaben handeln, die sich nur auf die Stadt Saalfeld beziehen, wäre das Zahlenverhältnis noch erschreckender.

Gleiches gilt für die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten, von denen 1996 in Thüringen offiziell insgesamt 939 gezählt wurden. Nach Polizeiangaben entfallen davon 231 und damit mindestens 25 Prozent auf Saalfeld-Rudolstadt. Das bedeutet in Kurzform: Bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 5,6 Prozent findet

Ist die Region Saalfeld-Rudolstadt eine Hochburg rechter Aktivitäten?

sich mindestens ein Anteil von 12 Prozent des rechtsextremen Potentials Thüringens und ein Anteil von mindestens 25 Prozent der rechtsextremen Straftaten Thüringens in der Region Saalfeld-Rudolstadt. Und selbst, wenn Zahlen eine reale gesellschaftliche und politische Situation nur ausschnitthaft abbilden können, selbst wenn man das berücksichtigt, ist die Botschaft eindeutig: Die Region Saalfeld-Rudolstadt ist weit überdurchschnittlich mit rechten Aktivisten und rechten Straftaten belastet. Dies zu leugnen, widerspricht der tatsächlichen Situation.

Nicht nur die quantitative Situation in der Region Saalfeld-Rudolstadt erfordert besonderes Augenmerk, auch die qualitative Entwicklung der dortigen rechtsextremistischen Szene gibt zu massiven Befürchtungen Anlaß.

Besonders hervorheben möchte in dabei die sogenannte Anti-Antifa Ostthüringen beziehungsweise den Thüringer Heimatschutz. Strukturen im militanten Neonazispektrum, die sich nicht nur durch ihre modernen, halbverdeckten Organisationsstrukturen mit thüringener- und bundesweiten Kontakten auszeichnen, sondern die vor allem auch durch ihre Gewalttätigkeit in Erscheinung treten.

Hier nur drei Beispiele, die ich aus dem Verfassungsschutzbericht Thüringens 1996 zitieren möchte:

20 bis 25 Angehörige der rechten Szene, die zum großen Teil der „Anti-Antifa Ostthüringen“ angehören, betraten am 27. Januar gegen 1 Uhr das Schützenhaus in Gräfenthal/Lkr. Saalfeld-Rudolstadt. Sie verlangten an der Bar alkoholische Getränke. Die Tanzveranstaltung, die zuvor in dem Saal stattfand, war bereits beendet. Als das Personal daher die Bedienung verweigerte, zerschlugen die „Gäste“ mitgebrachte Bierflaschen auf der Theke und bedrohten die Angestellten. Vor der Gaststätte begannen sie schließlich eine Auseinandersetzung mit Besuchern der Tanzveranstaltung. Zwei Personen - eine 17jährige Frau und ein 19jähriger Mann - erlitten dabei Verletzungen. 14 Tatverdächtige im Alter von 13 bis 22 Jahre wurden bei der sofort eingeleiteten Fahndung vorläufig festgenommen. Dabei wurden eine Schreckschußpistole und ein Reizgassprühergerät sichergestellt.

In Lichte/Lkr. Saalfeld-Rudolstadt entstand am 3. März in einer Gaststätte Sachschaden in Höhe von 1.500 DM, als es zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen 25 bis 30 Angehörigen der rechten Szene mit ortsansässigen Gaststättenbesuchern kam. Personen wurden nicht verletzt. An einer Polizei-Kontrollstelle wurden 20 Tatverdächtige, darunter Angehörige der „Anti-Antifa Ostthüringen“, festgestellt.

Am 4. September räumte die Polizei in Saalfeld das ehemalige Verwaltungsgebäude einer Großbäckerei, das von Angehörigen der rechten Szene besetzt worden war. In dem bereits mit Stacheldraht gesicherten und versperrten Haus waren provisorische Schlafstätten

Die Region Saalfeld-Rudolstadt ist weit überdurchschnittlich mit rechten Aktivisten und rechten Straftaten belastet.

aufgebaut. 31 Jugendliche, die grölend mit einem Transparent „Die Nationalen fordern ein Haus“ auf einer Barrikade angetroffen wurden, verließen das Gebäude trotz mehrmaliger Aufforderung nicht. Bei der anschließenden Räumung wurden die Hausbesetzer festgenommen. Propagandamaterial, verschiedene Schlag-, Hieb- und Stichwerkzeuge sowie ein Koppelschloß mit NS-Emblemen wurden beschlagnahmt. Gegen die 31 Personen wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Die Anti-Antifa Ostthüringen ist erstmals im Oktober 1994 bekannt geworden. Sie führt seit Mai 1995 regelmäßig wöchentliche Treffen durch.

Die Anti-Antifa Ostthüringen ist erstmals im Oktober 1994 bekannt geworden, sie firmiert auch unter Thüringer Heimatschutz.

Die Zahl der Beteiligten hat sich seitdem von anfangs 20 auf ca. 80 erhöht und damit vervierfacht. Die Anti-Antifa Ostthüringen firmiert auch unter „Thüringer Heimatschutz“ und gilt als ein ausgewiesenes Sammelbecken für Neonazis. Die Mitglieder stammen hauptsächlich aus dem Raum Saalfeld-Rudolstadt, Gera und Jena, aber auch aus Sonneberg, Weimar, Ilmenau, Gotha, Kahla und Nordbayern. Die Angehörigen aus Jena bezeichnen sich selbst als „Kameradschaft Jena“. Die Anti-Antifa Ostthüringen verfügt über Thüringen hinaus über Verbindungen zu bundesweiten „Größen“ des Rechtsextremismus. Ein Beispiel dafür ist die rechtsextremistische „Neue Thüringer Zeitung - Stimme der Nationalen Erneuerung“. Sie entstand in enger Zusammenarbeit von Frank Schwerdt (Die Nationalen) aus Berlin und Tino Brandt (Führungsmitglied der Anti-Antifa Ostthüringen und des Thüringer Heimatschutzes). Letzterer ist in Saalfeld kein Unbekannter, zählt zu den Organisatoren der dortigen neonazistischen Szene. Schwerdt wird im Impressum als Herausgeber benannt, Christian Wendt als leitender Redakteur. Tino Brandt, der auch den Lokalteil übernimmt, ist Wendts Stellvertreter. Die Zeitung erscheint zweimonatlich (1996) in einer Auflage von etwa 5.000 Exemplaren.

Darüber hinaus beteiligt sich die Anti-Antifa Ostthüringen beziehungsweise der Thüringer Heimatschutz regelmäßig an allen bundesweiten Aktivitäten der rechtsextremen Szene. So etwa an den Aktionstagen zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß oder an dem Neonazi-Aufmarsch gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ in München. Und selbst der Thüringer Verfassungsschutz weist darauf hin, ich zitiere: „Die in Thüringen aktive Anti-Antifa - inzwischen etwa 80 Personen - ragt aus dem Neonazi-Spektrum durch ihre Organisationsansätze und Vernetzungsbemühungen heraus.“

Selbst wenn es die Verantwortlichen in Saalfeld, aber auch Teile der Bevölkerung, nicht wahrhaben wollen: Die Region Ostthüringen und speziell Saalfeld-Rudolstadt sind als Zentren rechter Aktivitäten in Thüringen zu bezeichnen. Ich denke, darauf mit einer antifaschistischen Demonstration unter dem Motto „Gegen rechte Gewalt“ zu reagieren, ist zumindest ein legitimes, ein notwendiges

Anliegen, wenn man auf diese unhaltbare Situation aufmerksam machen und demokratischen und antifaschistischen Kräften in der Region den Rücken stärken will. Mit Chaostagen in Thüringen hat die geplante Demonstration jedenfalls nichts zu tun gehabt. Weder von ihrem Anlaß her noch von ihrer Planung und Mobilisierung. Auch die während der Vorbereitung begangene Fehler ändern daran nichts.

Das Verbot der Demonstration „Gegen rechte Gewalt“ am 11. Oktober in Saalfeld ist aus Sicht der PDS-Fraktion und des PDS-Landesvorstandes völlig zu Unrecht ergangen. Das haben auch die völlig gewaltfrei verlaufenen Alternativ-Veranstaltungen anreisender Demonstrationsteilnehmer in Jena, Erfurt und Leipzig erwiesen, an denen zusammen etwa 1.000 Personen teilgenommen haben. Und selbst die ohne tätliche Auseinandersetzungen verlaufene Protestaktion auf der A 9 bei Eisenberg läßt sich wohl kaum zu den Chaostagen hochstilisieren, die seitens der Behörden und des Innenministeriums prophezeit wurden. Deshalb drängt sich der Eindruck auf, daß die Festnahme von über 400 Personen wohl über die Masse nachträglich diesen Eindruck erwecken sollte.

Es ist meines Wissens nach erst das zweite Mal gewesen, daß in der Bundesrepublik eine von einem breiten Bündnis organisierte antifaschistische Demonstration verboten wurde. Und vor dem Hintergrund der großen Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten in Thüringen und in der Region verschärft sich dieser Skandal noch. Aber der i-Punkt wird dieser Situation vom Text der Verbotsverfügung aufgesetzt, aus der ich zum Abschluß einige Passagen zitieren möchte.

Zum Beweis der Gewaltbejahung des Vorbereitungskreises führt das Landratsamt an:

Sie äußerten sich schriftlich und letztmalig mündlich im Kooperationsgespräch am 06.10.1997, daß Sie auf die sorgfältige Auswahl der Teilnehmer an den Vorbereitungen zu der Demonstration keinen Wert legen, sondern Vertreter verschiedener Interessensphären sich einbringen können. Wörtlich „nehmen Sie keine Eingangskontrollen“ bei den Vorbereitungstreffen vor.

Damit stellen Sie klar, daß Sie willens und bereit sind, erkennbar gewaltbereite Demonstrationsteilnehmer die Teilnahme zu ermöglichen bzw. dabei haben zu wollen.

Zum Beweis der Konspirativität führt das Landratsamt an:

Der konspirative Charakter der Demonstrationsvorbereitung wird auch dadurch nachgewiesen, daß bei einer in dieser Einladung angegebenen Telefonnummer ausdrücklich hingewiesen wird, daß dieses Telefon abgehört wird.

Das Verbot der Demonstration „Gegen rechte Gewalt“ am 11. Oktober in Saalfeld ist aus Sicht der PDS-Fraktion und des PDS-Landesvorstandes völlig zu Unrecht ergangen.

Aus der Verbotsverfügung:

Zum Beweis der Gewaltbereitschaft der linken Szene in Saalfeld wird ausgeführt:

Dienstlich ist bekannt, daß seit Anfang des Jahres 1996 bis jetzt insgesamt 25 Straftaten mit linksalternativer bzw. linksextremistischer Motivation im Landkreis zur Anzeige kamen. Örtlicher Schwerpunkt ist dabei die Stadt Saalfeld.

Anhänger und Sympathisanten der linksalternativen Szene suchen gezielt gewalttätige Auseinandersetzungen mit dem vermeintlichen politischen Gegner. So kam es in insgesamt 9 Fällen der letzten beiden Jahre zu Zusammenstößen zwischen Anhängern beider Gruppen mit einer Vielzahl von straffatverdächtigen Vorkommnissen.

Als Ausgangspunkte von schweren Sicherheitsstörungen sind nach dienstlichen Erkenntnissen die Besucher des Jugendklubhauses der Stadt Saalfeld und die Bewohner des Wohnhauses Schloßberg 01 in Saalfeld anzusehen. Dort werden gezielt Straftaten verabredet und Straftäter erhalten nach begangenen Taten Anonymität und Schutz vor strafrechtlichen Verfolgungs- und polizeilichen Zugriffsmaßnahmen.

Zum Beweis der Gewaltbereitschaft der anreisenden DemonstrantInnen führt das Landratsamt an:

Die vorliegenden Aufrufe/Einladungen belegen, daß an der Vorbereitung der für den 11. 10. 1997 in Saalfeld geplanten Antifa-Demonstration auch militante Linksextremisten, besonders autonome Antifaschisten beteiligt sind. Offensichtlich beabsichtigen diese, innerhalb der Demonstration einen „starken antifaschistischen Block“ zu bilden.

Diese „schwarzen Blöcke“ traten in der Vergangenheit bei verschiedenen Veranstaltungen des linksextremistischen Spektrums immer wieder durch demonstrative, meist gewaltsame Aktionen in Erscheinung. Innerhalb der o. g. AA/BO kann die „Autonome Antifa“ aus Göttingen als federführend bezeichnet werden. Diese Gruppierung aus Göttingen sieht einen Schwerpunkt ihrer Politik in der Schaffung eines breiten Bündnisses aus autonomen Gruppen, Gewerkschaften, Parteien und Bürgerinitiativen bei Demonstrationen gegen Zentren des „Neo-Faschismus“.

Und weiter zum Nachweis der Gewaltbereitschaft der anreisenden DemonstrationsteilnehmerInnen:

Letztes Beispiel von Gewalttätigkeiten zwischen Rechts- und Linksextremisten sind die Vorkommnisse am 14. September 1997 in Marburg, bei denen es zu Sachbeschädigungen u. a. durch Brandstiftung und Körperverletzungen kam. Nach dienstlichen Erkenntnissen handelte es sich bei den Linksextremisten um Personen, die den Gewerkschaften, die zu der Demonstration aufriefen, nahe stehen. Diese Konstellation ist auch wie oben dargestellt für den Aufzug in Saalfeld zu erwarten.

Zur Gewalt zwischen Links und Rechts wird aufgeführt:

Dienstlich ist bekannt, daß insbesondere im Stadtgebiet von Saalfeld in den vergangenen Tagen im einschlägigen US-Shop durch bekannte rechts- und links-alternative Personen versucht wurde, in größeren Mengen Leuchtspurmunition und Platzpatronen käuflich zu erwerben. Auf die Nachfrage eines Geschäftsinhabers nach dem Verwendungszweck gab der Käufer an, daß sie für den 11.10.1997 benötigt werden.

Und zu Aktionen von rechts:

Die NPD als Anmelder der Demonstration gegen linke Gewalt hat ihre Anmeldung für den 11. Oktober 1997 zurückgezogen, jedoch ist bereits bundesweit über die Nationalen Info-Telefone der 11. Oktober 1997 als „Aktionstag gegen den linken Terror in Thüringen“ propagiert worden. Der Aufruf der NPD, sich an der Demonstration zu beteiligen, wird bis zum heutigen Tag im Internet verbreitet. Weiterhin wurde über den Ansagetext mitgeteilt, daß man sich bei einem eventuellen Verbot der angemeldeten Demonstration der NPD in einem gesonderten Block massiv der linken Gewalttäterdemo anschließen soll.

Es ist davon auszugehen, daß durch diesen bundesweiten Aufruf die Sympathisanten des rechten Spektrums, obwohl die Anmeldung der NPD nicht verboten, sondern zurückgezogen wurde, sich massiv der Demonstration des linken Spektrums anschließen werden.

Außerdem hat die Jugendorganisation der NPD für den 11.10.1997 eine Demonstration im nahegelegenen Rudolstadt angemeldet.

Es liegen weiter Erkenntnisse vor, daß am 06.10.1997 4 Personen, die bekanntermaßen der rechten Szene zugerechnet werden, in einem US-Shop in Saalfeld nach der Kaufmöglichkeit von 50 Schutzhelmen mit Visier, wie sie im Bestand der Polizei sind, erkundigt haben. Im Gespräch mit dem Geschäftsführer brachten diese Personen zum Ausdruck, daß die am Wochenende stattgefundenen Vorkommnisse in Berlin nur eine Vorbereitung auf das kommende Wochenende in Saalfeld waren. Sie gaben dem Geschäftsführer die Empfehlung, den Laden auszuräumen und die Rollläden herunterzulassen.

Weiterhin informierten sich bereits am 30.09.1997 im gleichen Geschäft Angehörige der rechten Szene über die Erwerbsmöglichkeit von T-Shirts mit der Aufschrift „Polizei“. Es besteht somit die Absicht der rechten Szene, sich in uniformähnlichen polizeitypischen Bekleidungsstücken unter die Sicherheitskräfte zu mischen. Begünstigt wird dieses Vorhaben durch die große Anzahl eingesetzter Fremdkräfte.

In den Tagen nach dem Verbot hat die rechtsextremistische Szene jubiliert. Mit der Ankündigung ihrer Gegendemonstration ist ihnen gelungen, was bisher noch nie gelang: Eine antifaschistische, eine von Gewerkschaften, Parteien und jungen Antifas gemeinsam vorbereitete Demonstration wurde verboten. Und daran ändert zunächst auch nichts, daß der Vorbereitungskreis sicher ist, daß das

Verbot vom Oberverwaltungsgericht in Weimar aufgehoben wird. Deshalb erwartet die PDS, und ich denke, ich spreche da auch im Namen des gesamten Vorbereitungskreises, daß der Umgang mit den Ereignissen des 11. Oktober seitens der Behörden und des Innenministeriums sehr viel selbstkritischer wird, als er bisher war.

Und dazu gehört auch, die unsägliche Gleichsetzung von Links und Rechts zu unterlassen. Denn mal ganz abgesehen davon, daß eine solche Betrachtung apolitisch und unhistorisch ist, reicht nur ein Blick ins Geschichtsbuch oder in die aktuellen Nachrichten aus, um diese Formel als objektiv falsch und diffamierend zu erkennen.

Ich danke Ihnen!



So kommentiert BILD Thüringen die Öffentliche Anhörung.

Dietmar Härtel

Wir haben eine Riesenchance verpaßt!

Ich vertrete den Deutschen Gewerkschaftsbund, den DGB-Kreis Ostthüringen, und seine 13 beteiligten Mitgliedsgewerkschaften. Eine Organisation, die aus eigener leidvoller Erfahrung den Auftrag in sich trägt, wachsam zu sein der Dinge, die da eventuell entstehen werden oder könnten. Das einmal vornweg.

Und auch zur Klarstellung, damit auch vielleicht in der Presse fälschlicherweise Eindrücke in einem anderen Licht dastehen.

Ich komme aus Thüringen und bin auch hier geboren. Ich komme nicht aus den alten Bundesländern und habe nicht die Erfahrung der 68er Jahre, aber ich versuche, hier in den Gewerkschaften das umzusetzen. Wir vertreten das, was Gewerkschaftsarbeit ist. Dazu gehört arbeiten und leben. Dazu gehört auch auf eine Entwicklung zu schauen, die das, was sich da anbahnt, so nicht zuläßt.

Michel Friedmann, sicherlich vielen hier im Raum bekannt, seines Zeichens CDU-Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden, bekommt in allen öffentlichen Medien Raum und Zeit eingeräumt, um den Finger auf die Wunde zu legen, daß feststellbar ist, daß Verbote für Parteien und Verbände rechtsextremer Natur nicht ausreichen in diesem Land, daß die Strukturen in kleinerer Form sehr schnell über die Medienmöglichkeiten, die es gibt, bilden. All das sagen andere schon in diesem Land viel lauter als wir.

Im DGB-Kreis Ostthüringen war das nicht die erste Veranstaltung und der erste Aufruf zu einer Demonstration, für die die Gewerkschaften verantwortlich zeichneten. Es gab schon früher Veranstaltung im DGB-Kreis Ostthüringen, wo Gewerkschafter auf der Straße sichtbar gemacht und auch das Wort erhoben haben, gegen Dinge, die sich hier abzeichnen.

Ende Juni ist auf meinem Schreibtisch ein Brief gelangt mit der Bitte von jungen Leuten, der Antifa-Szene in Saalfeld, mit ihnen zusammen dahingehend zu wirken, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, mit dafür Sorge zu tragen und zu organisieren, daß sich Menschen öffentlich auf der Straße artikulieren gegen das, was sich abzeichnet.

Da gab es überhaupt keinen Moment des Wartens. Weil wir diese Erfahrung - wie gesagt - von älteren Kollegen übernommen haben, weil wir diesen Auftrag auch in uns haben und weil wir die

Im DGB-Kreis Ostthüringen war das nicht die erste Veranstaltung und der erste Aufruf zu einer Demonstration, für die die Gewerkschaften verantwortlich zeichneten.

Erfahrung vor Ort ja selbst sehen. Ich war oft in Saalfeld, ich war auch in Rudolstadt an Informationsständen und hatte Gelegenheit, mit vielen Menschen dort zu reden. Nicht alle waren Gewerkschafter. Das waren ältere, das waren jüngere. Und sie haben ihre Sorgen über die Entwicklungen dargelegt. Und die haben wir mitgenommen. Die Sorgen und die Besorgnisse sind schon da unter der Bevölkerung. Dessen bin ich mir ganz bewußt.

Die Vorbereitung wurde dann - wie gesagt - von uns begleitet, indem wir unsere Jugendbildungsreferenten dieser Vorbereitungsrunde zur Verfügung stellten, um die ersten Absprachen zu treffen. Der DGB Ostthüringen ist auch als Veranstalter offiziell mit in die Verantwortung getreten, durch meine Person, so in den Voranzeigen und auch in den Anmeldungen.

Ich kam im September wieder aus dem Urlaub und es ging damals um das Motto der Demonstration „Den rechten Konsens durchbrechen“. Viele haben die Hände gehoben, abwehrend, und haben gesagt, hier wird von rechtem Konsens gesprochen, den gibt es doch gar nicht. Vielleicht gibt es den nicht so, wie ihn einige festgeschrieben haben wollen. Aber sehr latent ist der schon da.

Lassen Sie mich von einem Erlebnis berichten.

Da komme ich in mein Büro und dort liegt irrtümlicherweise ein Fax auf meinem Schreibtisch. Irrtümlicherweise. Und weil ich mit diesem Fax nichts anfangen konnte, habe ich im Ordnungsamit angefragt, wie das Fax denn hier auf meinen Schreibtisch käme und nicht an den Adressaten. Ob das vielleicht ein Irrläufer wäre. Und das alles hat sich sehr schnell aufgeklärt. Aber ich hatte Gelegenheit, in diesem Zusammenhang mit dem dort am Telefon sich befindlichen Beamten ein kurzes Gespräch zu führen, nämlich über den Sachstand der angemeldeten Demonstrationen. Im Augenblick wären zwei Demonstrationen angemeldet, eine von links und eine von rechts. Er wolle sich persönlich einer Wertung enthalten, welche der beiden Veranstaltungen von gesellschaftlicher Wichtigkeit wäre. Also ich frage mich schon, wenn solche Dinge am Telefon rüberkommen. Von Beamten, ich will jetzt keine Wertung vornehmen, erwarte ich, daß sie nach ihren Formalien und Vorlagen handeln und tun. Aber von offiziellen Staatsvertretern, die auf diese Verfassung geschworen haben, dann noch Wertungen hören zu müssen, was ihrer Auffassung nach gesellschaftlich wichtig wäre und was nicht, das tut mir dann schon ein Stück weit weh.

Das war - wie gesagt - für mich schon ein markantes Merkmal.

Daß dann am 29. dieses Gespräch in Gorndorf stattfand, zu dem letztendlich auch kein Konsens erreicht wurde, fand ich sehr bedauerlich.

Ich finde es heute noch sehr bedauerlich, daß einige Äußerungen, die im Vorfeld getan wurden, einige Worte, die gewählt worden sind, zu solchen Mißverständnissen und solchen Verhärtungen geführt haben. Letztendlich ist es so, und wir müssen es hinnehmen. Auch das hat dazu beigetragen, daß sich die Dinge so

entwickelt haben.

Ich bin trotzdem der Meinung, und ich lasse mich davon auch nicht abbringen, daß mich im Juni junge Leute aus Saalfeld angesprochen haben, um Hilfe gebeten hatten, hier etwas gemeinsam auf den Weg zu bringen, das hat mich ein Stück weit mit Befriedigung erfüllt, weil es junge Leute sind. Und wenn junge Leute aufstehen und Interesse zeigen, ist es für mich schon nicht nur befriedigend, sondern ein Stück weit macht mich das auch stolz. Wir haben zusammen nicht nur einen Moment, sondern wir haben eigentlich eine große Chance verpaßt - alle gemeinsam, uns darzustellen, auch wenn die Zeiten schwierig sind, wenn gewisse politische Entscheidungen uns nicht alle gefallen und wir dieses und jenes besser haben möchten, wir seitens der Gewerkschaft Vorschläge auch dorthin und die anderen andere Vorschläge haben. Aber in einer Frage kann es keine Uneinigkeit geben, nämlich was sich hier entwickeln kann, wenn wir nicht darauf achten.

Und darum sage ich: Wir haben eine Riesenchance verpaßt. Und die werden wir so schnell, wenn wir uns nicht alle zusammen darum bemühen, nicht wieder bekommen.

Dieter B. - Antifa Saalfeld

Polizeiaktionen gegen links- alternative Jugendliche sind nicht neu

Ich möchte jetzt erst einmal etwas zum Grund und zur Vorbereitung der antifaschistischen Demonstration in Saalfeld sagen. Seitdem 1986 und 1990 die ersten Anhänger faschistischer Ideologien öffentlich in Saalfeld und Umgebung auftraten, nehmen wir erschreckend zur Kenntnis, daß ein stetiges Anwachsen der Szene, eine immer besser funktionierende Vernetzung mit anderen Städten oder Gebieten und mit faschistischen Parteien und Organisationen stattfindet. Dazu nur ein paar Beispiele von 1997.

Am 28. 2. 1997 kam es in Gorndorf vor einem Wohnblock, in dem einige Neonazis wohnen, zu Auseinandersetzungen mit alternativen Jugendlichen. Dabei wurden die Autos der alternativen Jugendlichen zerschlagen und anschließend wurden diese von der Polizei verhaftet.

Im März 1997 kam es am Bahnhof von Rudolstadt zu einem Überfall von Neonazis auf einen Asylbewerber aus Bangladesch, der dabei mißhandelt und anschließend beraubt wurde.

Im April 1997 griffen Neonazis in der Nähe des Saalfelder Marktes einen alternativen Jugendlichen an, traten ihn zusammen, woraufhin er mit einer Platzwunde ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. An einem ganzen normalen Frühlingssonntag führten Jung- und Altnazis mit Fahnen auf dem Saalfelder Parkplatz eine kurze Kundgebung durch.

Am 2. 5. 1997 kam es am Nachmittag vor dem Bahnhof Saalfeld zu einem schwerwiegenden Fall. Mehrere Neonazis bedrohten einen Jugendlichen, der sich öfters im Saalfelder Klubhaus aufhält, mit einer Schreckschußwaffe. Sie hielten sie an den Kopf und drückten ab. Daraufhin mußte er mit einer schweren Augenverletzung ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Am 7. 6. 1997 griffen Jugendliche im Stadtteil Gorndorf einen anderen Jugendlichen an und zertrümmerten ihm dabei das Jochbein. Am 27. 7. 1997 fand dann schließlich die Ortsgruppengründung der NPD in Saalfeld statt.

Diese ganzen Geschehnisse werden leider von Justiz und Lokalpolitikern totgeschwiegen, ignoriert oder heruntergespielt. Dadurch bleiben diese Naziaktivitäten dem größten Teil der Bevölkerung verborgen.

Naziaktivitäten werden leider von Justiz und Lokalpolitikern totgeschwiegen, ignoriert oder heruntergespielt.

Zum Beispiel sieht der Landrat des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt, Herr Dr. Thomas, keine Naziübergriffe seit September 1996. Auch der Saalfelder Polizeichef Herr Kick äußerte sich entsprechend. Die Gewalttätigkeiten seien in Saalfeld in letzter Zeit mehr von der linksalternativen Szene ausgegangen. Deshalb werde man die Prävention auch mehr in diese Richtung lenken. Im Augenblick machen uns die sogenannten Rechten weniger Sorgen.

Daß die polizeilichen Präventivmaßnahmen gegen linksalternative Jugendliche und Projekte angewendet werden, ist in Saalfeld nicht neu. Allein in den letzten zwei Jahren wurde das alternative Wohnprojekt Schloßberg 1 fünfmal aus fadenscheinigen Gründen durchsucht. So traten am Ostersonnabend ungefähr 20 bis 30 Polizisten die Haustür ein, stürmten das Haus, ohne erst einmal einen Grund zu nennen, warum das Haus überhaupt durchsucht wurde.

Erst nach lauten verbalen Auseinandersetzungen gab sich der Einsatzleiter zu erkennen. Er erklärte uns, daß im Saalfelder Schlachthof eingebrochen wurde und diese Hausdurchsuchung aufgrund von Gefahr in Verzug stattfindet.

Angeblich würde die Spur, die der Hund verfolgt hatte, zu unserem Haus führen. Die Polizei fand dabei natürlich nichts. Man kontrollierte dann einige Fahrräder nach ihren Nummern und wies darauf hin, daß ein Moped nicht mehr fahrtauglich ist. Bei all diesen anderen Hausdurchsuchungen wurden auch nie Sachen gefunden, die zu irgendwelchen Anklagen ausreichen.

Wir werten dies als Diffamierung mit dem Ziel, alternative Wohnkulturen zu kriminalisieren, Politisierungen zu unterbinden und uns damit jegliche Glaubwürdigkeit abzusprechen.

Einen der Höhepunkte in diesem Zusammenhang sehen wir in dem massiven Polizeieinsatz am 2. Mai vor dem Saalfelder Jugendklubhaus, wo es zu Auseinandersetzungen zwischen jungen Punkern und der Polizei kam. Bei diesen Auseinandersetzungen hatte die Polizei keinen Grund. Sie hat also mit dazu beigetragen, daß es zu diesen Auseinandersetzungen kam.

Dabei ging die Polizei auch gegen Minderjährige, Unbeteiligte, ja sogar gegen Passanten brutal vor. So forderten einzelne Polizisten mit gezogenen Pistolen Ausweispapiere von den Leuten. Andere Besucher des Klubhauses wurden zu Boden geprügelt und längere Zeit auf der kalten Straße mit gefesselten Händen liegengelassen.

Es kam auch in dem Gefangenentransportern zu Prügel- und Beleidigungen durch Polizisten. Um auf solche unerträglichen Zustände aufmerksam zu machen, sahen wir eine Demonstration unter dem Motto „Den rechten Konsens durchbrechen“ als gegeben. Mit dieser Demonstration wollten wir ein Zeichen gegen Intoleranz, Unterschätzung faschistoider Tendenzen und auf ein akzeptables Miteinander setzen.

Mit dieser Demonstration verbanden wir die Hoffnung, Denkprozesse und Diskussionen in Gang zu setzen, die Bevölkerung im Umgang mit rechten Gedankengut zu sensibilisieren, die Gefahren,

Mit dieser Demonstration wollten wir ein Zeichen gegen Intoleranz, Unterschätzung faschistoider Tendenzen und auf ein akzeptables Miteinander setzen.

Auf allen Vorbereitungs- und Mobilisierungsveranstaltungen wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß es unser wichtigstes Anliegen ist, eine friedliche Demonstration in Saalfeld durchzuführen.

die von rechten Gedanken ausgehen, bewußter werden zu lassen. Weiterhin verbanden wir mit dem Versuch ein breites Bündnis zu schaffen, das aus dem politischen Schattendasein heraustreten sollte. Deshalb traten wir an die LAG Antifaschismus/Antirassismus, an die Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und andere Organisationen heran, um gemeinsam eine machtvolle, friedliche Demonstration in Saalfeld durchzuführen.

Aufgrund der Tatsache, daß es mit Bekanntwerden des Demonstrationsplanes zu einem einzigen Verriß durch die Lokalpresse und unserer Meinung nach zu einem völlig ungerechtfertigten Reagierens seitens vieler Lokalpolitiker kam und die NPD sofort zu einer Gegendemonstration aufrief, erlangte der Fall Saalfeld automatisch bundesweites Interesse, zumal die Stadt und der Landkreis unentwöhnt reagierten und die Gegendemonstration nicht sofort verboten.

In Stellungnahmen von Politikern und Polizei wird fast immer nur auf die Organisatoren und die geplante antifaschistische Demonstration eingegangen, um deren Sinn in Frage zu stellen und die Organisatoren aufzufordern, die Demo abzusagen. Auf allen Vorbereitungs- und Mobilisierungsveranstaltungen wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß es unser wichtigstes Anliegen ist, eine friedliche Demonstration in Saalfeld durchzuführen. Alle Unterstützer dieser Demonstration teilten diese Auffassung. Ich will damit sagen, daß alle diese Auffassung vertraten, auch die autonomen Gruppen aus verschiedenen Städten. Wem sollte es auch nützen, Saalfeld in Schutt und Asche zu legen. Warum wurden uns solche absurden Absichten unterstellt? Ist daß die von uns angesprochene Diffamierung?

Eindeutig ja, denn die letzte Bestätigung dieser Vermutung sehen wir in dem Demonstrationsverbot, in der Erstürmung des Wohnprojekts Schloßberg 1 und in der Durchsuchung des Saalfelder Klubhauses am 11. 10. Der Beweis für unser friedliches Konzept ist, daß alle Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Demonstrationsverbot am 11. und 12. Oktober friedlich verlaufen sind. So demonstrierten ungefähr 1.300 Menschen in Erfurt, Jena, Dessau, Leipzig, Weimar, Nürnberg und auf der A9 friedlich gegen dieses Verbot. Das war es dann von unserer Seite.

Willi Brüßel-Mautner - DGB Ostthüringen Polizeichef kam mir im Kampf- anzug entgegen

Ich möchte meine kurzen Ausführungen beginnen mit einem Auszug aus einem Beschluß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kreisverband Ostthüringen, der taufrisch ist, der stammt also von dieser Woche, vom 3. November. Wir haben mit diesem Papier, was wir dort verabschiedet haben, in der Kreisvorstandssitzung versucht, noch einmal die Geschehnisse und das Drumherum um den 11. Oktober aufzuarbeiten. Und wir haben dabei folgendes festgestellt. Wir sind der festen Überzeugung, daß das Verbot der Demonstration gegen rechte Gewalt und rechten Konsens am 11. 10. in Saalfeld gegen den Geist der Verfassung verstößt.

Der Freistaat Thüringen hat entgegen seinem gesetzlichen Auftrag nicht die Demonstration gegen Bedrohung geschützt, sondern hat uns durch das Verbot das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung vorenthalten und mitgeholfen, das sage ich auch in aller Deutlichkeit und dazu stehe ich uneingeschränkt, ein Klima der Hetze gegen Gewerkschaften, aber auch gegen die jungen Antifaschisten aus Saalfeld zu schaffen.

Ich weiß, daß man so etwas nicht gerne hört, aber ich denke, das gehört aus unserer Sicht zur Betrachtung der Geschichte um Saalfeld dazu. Ich möchte die Gelegenheit nutzen über meine Eindrücke in Saalfeld zu reden. Ich habe das Glück, als etwas älterer Herr von der Polizei nicht behelligt zu werden. Doch dieses Glück hatte eine junge Dame, die just neben mir aus dem Bahnhof in Saalfeld ins Freie trat, nicht. Eine junge Dame, die aus meiner Sicht erkennbar mit linken oder rechten Chaoten oder was auch immer der Grund für die Polizei war, jemand einzukassieren, absolut nichts am Hut hatte. Sie war noch nicht richtig aus dem Bahnhofsgebäude draußen, da hat die Polizei sie geschnappt und sie erkennungsdienstlich behandelt. Was dann später aus ihr geworden ist, weiß ich nicht. Aber das war für mich der Beginn eines Tages, der mir deutlich gemacht hat, daß es mit unserer Demokratie an der einen oder anderen Ecke nicht so furchtbar weit her sein kann, wenn so etwas passiert.

Ich will, damit das klar ist, unsere Demokratie nicht zur Disposition stellen, ich möchte nur ganz deutlich sagen, solche Dinge dürfen einfach nicht sein. Und ich sage in aller Deutlichkeit, daß was dann den Tag über am Bahnhof in Saalfeld geschehen ist, waren Szenarien, die ich lieber nicht gesehen und miterlebt hätte.

Das Verbot hat uns das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung vorenthalten und mitgeholfen ein Klima der Hetze gegen Gewerkschaften zu schaffen.

Ich habe am Mittag dieses Samstages die Gelegenheit gehabt, mit dem Polizeichef, Herrn Kick, und dem Staatssekretär im Innenministerium, Herrn Lehnhardt, ein kurzes Gespräch zu führen, weil ich zwischendurch einfach wissen wollte, was denn mit den jungen Leuten passiert ist.

Der Polizeichef aus Saalfeld kam mir im Kampfanzug entgegen. Dies erschien mir in der Tat passend zu der Art und Weise zu sein, wie dieses Szenario in Saalfeld aussah. Also ich denke, hier ist bei weitem über das Ziel hinausgeschossen worden und diejenigen, die sich an diesem Tag in Saalfeld aufgehalten und gesehen haben, mit welchem vehementen Polizeiaufgebot der Staat hier auftrat, der muß sich in der Tat fragen, ob dies noch im Verhältnis zu dem stand, was angesagt war.

Ich muß das so deutlich sagen, weil die Presse, aber auch, und da kann ich den Herrn Landrat nicht ausnehmen, einige Dinge über die Presse wiedergegeben worden sind, die in der Tat dieses Szenario geradezu herausgefordert haben. Aussprüche, wie Saalfeld wird in Schutt und Asche versinken, Blut und Tränen werden fließen, die aus der rechten Szene kamen oder was der Minister des Inneren bewogen hat festzustellen, daß man Chaostage verhindern will. Das ist eine Art und Weise, mit einer Sache umzugehen, die überhaupt in keinem Verhältnis mehr zur Realität stand.

Ich hätte gern einmal von der Polizei gewußt, was denn nun tatsächlich die eigentlichen Gründe dafür waren, warum diese Demonstration verboten worden ist? Ich habe es bis heute nicht erfahren. Ich habe zwar erfahren, daß angeblich eine Anzahl von linken und rechten Chaoten unterwegs gewesen seien, aber die jungen Leute, die unterwegs angehalten und durchsucht worden sind, haben sich alle miteinander, und da gibt es eindeutige Presseberichte darüber, ausgewiesen als solche, die in aller Regel friedlich demonstrieren wollten, mit wenigen Ausnahmen. Und wer dann noch davon redet, daß hier viele Chaoten unterwegs waren, der liegt ganz schön daneben.

Insofern meine ich, hat es in Saalfeld an diesem Tage ein Szenarium gegeben, das wir uns nicht mehr wünschen sollten. Und ich sage auch ganz deutlich, auch wenn ich die Staatsmacht, in diesem Fall den Innenminister, den Landrat und andere Vertreter, auch der Polizeibehörde, kritisiere, dann darf dies nicht bedeuten, daß wir nicht versuchen sollten, der Sache wegen miteinander zu reden und aufeinander zuzugehen. Wir sollten dem Anliegen, nämlich gegen die rechte Gewalt, Rassismus und Neofaschismus einzutreten, als gesellschaftliche Gruppe gerecht werden.



Angelo Lucifero

Dieses System: Im Zweifels- falle für Rechts

Als 1995 der Dewes Minister geworden ist, hat eine Kollegin, die für die Antifa-Nachrichten geschrieben hat, das Ministerium angerufen und wollte ein Interview haben. Die Antwort der Pressesprecherin: Sehr gern, wir sind auch antifaschistisch. Ein paar Wochen später wußte der Minister genau Bescheid. Die Antifa-Nachrichten sind linkes Zeug. Es kam nie zu diesem Interview.

Im gleichen Jahr haben Polizisten in Thüringen fast freundlich, fast solidarisch, gewerkschaftliche Straßenblockaden, Autobahnblockaden gegen Massenarbeitslosigkeit begleitet. Selbst Hausbesetzungen wurden Anfang der 90er Jahre, zumindest im Verhältnis zu dem, was so ein Wessi gewöhnt ist, recht sanft angefaßt.

Seitdem ist vieles passiert. Es hat sich offensichtlich eins geändert, man wollte, und da spreche ich schon als jemand, der nicht in diesem Teil der Welt geboren und groß geworden ist, man wollte dem Ostdeutschen vorführen, wie tolerant diese Demokratie sein kann. Diese Schonzeit ist rum. Spätestens seit dem 11. Oktober sind die fünf neuen Länder erwachsen geworden, ist die westdeutsche parlamentarische Demokratie in seiner vollen Ausdrucksform eingetreten. Und die hat sich in der Vergangenheit, jetzt Bundesrepublik, im Zweifelsfalle immer für rechts entschieden.

Berufsverbote wurden eingeführt, nicht weil eine rechte Gefahr drohte und Nazis Ende der 60er Jahre in Landtage einzogen, Berufsverbote wurden eingeführt, weil sage und schreibe 0,3 Prozent der Westdeutschen kommunistisch wählten. Im Zweifelsfalle entscheidet sich in diesem System für Rechts. Die fünf neuen Länder und Thüringen sind erwachsen geworden, aus der Sicht des gleichen Innenministers, der noch Anfang Januar sozusagen antifaschistisch uns ein Interview geben wollte und dann kam er mit der Toleranz, es sein zu lassen. Wir haben das vorgeführt bekommen, und es ist etwas eingetreten, was auch zu dieser Normalität gehört, ein Zusammenspiel der Mehrheit der Medien, ein Zusammenspiel des Verfassungsschutzes, ein Zusammenspiel örtlicher Polit-Eliten und - ob ungewollt oder gewollt - ein Zusammenspiel mit rechtsextremistischen Kräften.

Nach dem 11. Oktober konnten die Rechten feststellen, der rechte Konsens hat einen Sieg gefeiert. Er konnte auf mehreren, allein einen Teil der Pressedokumentationen macht über 100 Seiten aus,

Nach dem 11. Oktober konnten die Rechten feststellen, der rechte Konsens hat einen Sieg gefeiert.

er konnte sich auf mehr als 100 Seiten Pressemeldungen austoben. Es ging nicht um rechte Gewalt, es ging nicht um Rassismus, es ging nicht um Antisemitismus in den Pressemeldungen, es ging um die böse linke Antifa, die da kommt und Saalfeld in Schutt und Asche legen will.

Die örtliche Presse OTZ, - bei mir heißt die nur noch Amtsblatt, weil de facto nur das wiedergegeben wird, was die örtliche Politik drin haben will, - hat in Saalfeld ein Klima geschaffen, das Menschen tatsächlich geglaubt haben, da kommen meistens Wessis. Das sagt ein Saarländer, der sein Gehalt von ostdeutschen Steuerzahlern bezieht, aber damit kann man leichter den Ossi-Freund spielen, wenn man sagt, daß da meistens Wessis angefahren kommen, um ihre Läden kaputtzumachen, um ihre Schaufenster auseinanderzuruppen u. v. m. Die Menschen haben das geglaubt.

Daß sie das geglaubt haben, dies haben wir einem Teil der Medienberichterstattung zu verdanken und Leuten, wie dem Polizeidirektor Kick, der nichts anderes festzustellen hat, als daß die sogenannten Rechten, also nicht die Rechten, sondern die sogenannten Rechten weniger Probleme machen und ein Bürgermeister eine einzige Sorge hat, das Schlimmste, was in Saalfeld passieren könnte, sei, daß beide Gruppen aufeinandertreffen und dann der schwarze Block wieder nach Hause fährt und die echten Nazis nach Hause fahren. Und da kann Rudolstadt ein Lied davon singen. So nett war es in der OTZ vom 7. August diesen Jahres zu lesen.

Man hat etwas übersehen. Aus Rudolstadt sind die echten Nazis nicht abgereist, sondern die treiben dort ihr Unwesen und so ist das in Saalfeld auch. Die Presse hat dabei zu einem Teil, natürlich nicht alle, eine unsägliche Rolle gespielt, weil sie dieses Spiel der Gleichmacherei zwischen links und rechts mitgespielt und mitgeholfen hat, ein solches Klima zu schaffen.

Wie sehr dieser rechte Konsens vertieft ist, konnten wir am 29. September bei einer Besprechung der DemonstrationsanmelderInnen mit den Offiziellen der Stadt live erleben. Auf einen Beitrag, wo es darum ging, daß wir appellierten, doch rechtsextreme Gewalt nicht gleichzusetzen mit dem, was ein Punker im besoffenen Kopf - oder wie auch immer - anstellt, gab es die Antwort von einem CDU-Abgeordneten, das sei wie zwei verschiedene Säuren, beide machen Flecken.

De facto hieße das, daß der abgestochene Vietnamese in Jena genauso tragisch oder genauso wenig tragisch ist, wie die zerbrochene Scheibe. Das ist für mich rechter Konsens. Und der feiert nicht nur in Saalfeld im Moment sein Fest.

Die Polizeidirektion - und da geht es tatsächlich nicht um den einzelnen Polizisten, in der Regel will der auch nur durch seinen Job einen einigermaßen guten Lohn bekommen - die Polizeidirektion Saalfeld hat alles unternommen, um dieses Klima auch in die Richtung zu schieben, durch entsprechende Verlautbarungen, aber auch durch die Legenden, die ins Land gesetzt wurden, was da für

Die Presse hat dabei zu einem Teil, natürlich nicht alle, eine unsägliche Rolle gespielt, weil sie dieses Spiel der Gleichmacherei zwischen links und rechts mitgespielt und mitgeholfen hat, ein solches Klima zu schaffen.

Demonstranten anreisen würden.

Welche Couleur dort am Handeln ist, macht sich darin bemerkbar, daß meines Wissens etwas Einmaliges passiert ist, daß Menschen, die in Saalfeld angereist sind, ein sogenanntes Betretungsverbot übergeben bekommen haben, worin die Adresse eines Anmelders der Demonstration voll ausgeführt war, damit - der Anmelder war ich - damit die Nazis, die vielleicht bis dato meine Anschrift noch nicht kannten, mich zukünftig besuchen können.

Wir haben Anzeige erstattet gegen den Herrn Kick und wissen gleichzeitig, daß dieser Rechtsstaat keine Handhabe dafür bietet, tatsächlich einen vor solchen Machenschaften zu schützen. Es gibt einen kleinen Paragraphen im Bürgerlichen Gesetzbuch bzw. Strafgesetzbuch, der verbietet die Weitergabe dienstlich bekommener Daten. Da gibt es eine kleine Rüge, und das war es. Hilfsweise hat mein Anwalt Anzeige auf Körperverletzung erstattet, sozusagen in spe, erst dann wird es ernst. Das heißt, die Polizei kann nur dann mit Ärger rechnen, wenn deren Tun sich in die Tat umsetzt und jemand Opfer rechtsextremer Taten wird. Dann könnte es vielleicht für den Polizeidirektor Kick ernst werden. Ansonsten kann man davon ausgehen, daß dieser Rechtsstaat keine Handhabe dafür bietet, ein solches Treiben zu unterbinden.

Am 7. August ging im Grunde genommen in der OTZ die Kampagne gegen die Demonstration gegen rechte Gewalt und rechten Konsens los. Da waren in Saalfeld und sonstwo noch nicht ein Flugblatt verteilt, da wußten die Damen und Herren, die dort geschrieben haben und sich dazu erklärten, nicht, was überhaupt die Betreiber dieser Demonstration für Motive hatten, was sie wollten, was ihre Beweggründe waren. Aber sie wußten schon die Antworten: Da kommen die Chaoten und wollen unser Saalfeld kaputtmachen.

Damit das auch geglaubt wird, scheuen sich die örtlichen Medien nicht davor, die Legende des Importeurs von Demonstrationen zu nähern. Da kommt jemand Böses aus Erfurt und importiert, zwingt sozusagen dem armen Saalfelder eine Demonstration auf. Damit man es auch richtig merkt, daß es tatsächlich importiert ist, macht man deutlich, daß der Kerl ja noch nicht einmal einen deutschen Paß hat. Wo kämen wir da hin? Nicht nur aus Erfurt, sondern auch noch ein Kanacke - und der importiert Demonstrationen nach Saalfeld.

Das ist das Klima, was von Teilen der Medien in diesem Land geschaffen wird. Den gleichen Medien, denen, wenn es um rechte Gewalt geht, gerade die Schlagzeile noch wert ist, daß etwas passiert ist, aber kein Mensch etwas davon erfährt, was mit den Opfern geworden ist, kein Mensch die Opfer fragt, wie es ihnen ergeht in diesem Land, aber gleichzeitig eine Seite später dann lesen darf, daß der Pole X, der Russe Y und der Albanier Z mit Drogen gehandelt hat und dergleichen mehr, damit auch der Mensch seinen Vorurteilen gerecht werden kann und glauben darf, alle Ausländer sind

Am 7. August ging im Grunde genommen in der OTZ die Kampagne gegen die Demonstration gegen rechte Gewalt und rechten Konsens los.

Kriminelle. Das ist ein Teil - meine Betonung liegt tatsächlich auf einem Teil - ein Teil dessen, was auch Medien in diesem Land zu verantworten haben. Um den 11. herum hat diese Medienlandschaft, im Sinne von Festigen des rechten Konsens, gefeiert. Wenn Journalisten sich noch nicht einmal davor scheuen, Verfassungsschutzinformationen zu senden und damit einen Beitrag dazu leisten, Rechts-extreme hoffähig zu machen, und Menschen, die für Antifaschismus und Antirassismus aktiv sind, zu diskreditieren, dann ist das ein Stück Normalität, der westdeutschen Normalität, aber dennoch ein Skandal.

Ich habe vorhin gesagt, es war ein Sieg des rechten Konsens. Das ist der eine Teil, der auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß mir selbst ca. 25 Leserbriefe an die OTZ von sogenannten Sympathisanten der Antifa-Demonstration vorliegen, von denen sage und schreibe zwei abgedruckt wurden. Obwohl die OTZ ständig voll ist von rechten Leserbriefen, die eindeutig rechtsextremen Kreisen zu zuordnen sind. Die sogenannten Antifaschisten und Antirassisten kommen dort nicht zu Wort.

Was dieses Klima in den Köpfen der Menschen bewirkt, möchte ich an einem Brief deutlich machen, der sich an meine Vorsitzende der Gewerkschaft hbv richtet. Der Verfasser, ein Herr Witzig, es ist zwar nicht witzig, was er schreibt, aber er heißt wirklich so, schreibt:

Ich bitte Sie, Ihre Führungsriege zu überprüfen, da Herr Lucifero mir persönlich angegeben hat, daß er aus Südsizilien stammt, kann er sich doch mit seiner Mafia austoben. Ich betone ausdrücklich, daß ich kein Rechter und kein Linker bin.

Er wird wahrscheinlich von vielen recht bekommen. Er ist kein Rechter und kein Linker. Und ich sage, er ist ganz schön braun.

Aber es ist die Mentalität, die mittlerweile unwiderrprochen von einem großen Teil der Medien und der Bevölkerung akzeptiert wird. Die Ausländer sollen dahingehen, wo sie hergekommen sind. Und das kann mittlerweile unwiderrprochen ausgesprochen werden. Und zu diesen Ausländern gehören alle, die nicht nur einen anderen Paß haben, die anders aussehen, die sich einbilden, dadurch ihre Individualität ausdrücken zu können, daß sie halbgeschorene Haare haben. Der eine Teil lang, der andere kurz, daß sie sich einbilden, ihre Haare färben zu können, anders leben zu können, all das, das ist ausländisch, das ist fremd, das gilt es, herauszubekommen. Das sind diejenigen, die Konflikte schaffen. Und genau das ist der rechte Konsens, das ist die Intoleranz, die sich am 11. Oktober nur austoben konnte und im Alltag ständig stattfindet.

Zum Schluß noch einen kurzen Beitrag von einem Menschen, der, weil es oft schon so war um den 11. herum, daß ich auch den Kopf in den Sand stecken wollte und dachte, rutscht mir doch den Buckel runter, laß dieses Volk mit sich alleine, dann werden sie ausbaden müssen, wogegen sie sich nicht gewehrt haben, die Ausländer können immer noch auswandern. Ich glaube kaum, daß die Mehrheit der Deutschen auswandern kann. Schon einmal gar nicht, nachdem andere die Erfahrung machen durften, wie unfreundlich man hier mit Flüchtlingen umgeht.

Und da bekam ich Post von einem Menschen, vor dem ich sehr viel Achtung habe und der folgendes geschrieben hat:

Die undifferenzierte faktische Reduktion der Abwehr der rechtsextremen Gefahr auf die Auseinandersetzung von Extremen der Linken und der Rechten ist unerträglich und verhängnisvoll. Der Innenminister sollte gerade in Thüringen, einem ehemaligen Kernland der faschistischen Bewegung und einer vormaligen Hochburg des Naziterrors gegen die Feinde der Volksgemeinschaft seine Gedanken und Worte sorgfältig wägen. Er wird sicher wissen, daß der Antifaschismus zu den Verfassungsessentials der Bundesrepublik, auch Italiens, der Geburtsheimat Angelo Luciferos gehört. Übrigens auch zu den Traditionen der kämpferischen Sozialdemokratie.

Danke.

Dr. Werner Thomas

Gewalt hat in einer Demokratie keinen Platz

Ich habe - wie heute schon zitiert wurde - die Zusage kurz nach Eintreffen der Einladung gegeben. Ich habe bei meiner Zusage auch mitteilen lassen, daß ich heute 19.00 Uhr einen anderen Termin in Erfurt habe, und daß ich bis 18.45 Uhr Zeit habe. Dies habe ich bei meiner Anreise hierher, bei der ich mich verspätet hatte und weswegen ich angerufen habe, einmal in Erinnerung gebracht.

Somit werden Sie mich erleben, daß ich 18.45 Uhr hier weggehe, womit Sie wohl aber keinen Schluß ziehen können, daß ich mich hier nicht weiterer Diskussion stellen wollte, sonst wäre ich nämlich gar nicht erst hierher gekommen. Aber der Zeitraum für Diskussionen, der ist dann erheblich beschnitten.

Und ich will auch nicht verhehlen, daß ich so leise Zweifel hatte, daß ich klug beraten war, meine Zusage zu geben. Wenn ich manche Äußerungen heute hier gehört habe in einer erheblichen Einseitigkeit und dann auch entsprechenden Beifall dafür registrieren konnte. Ich gehe davon aus, daß das die meisten von Ihnen sind, die ehrlichen Herzens gegen rechtsextreme Gewalt auftreten, die tun diesem Zwecke nicht sehr viel Gutes, wenn man in einer solchen Einseitigkeit, wie es zum Teil heute geschehen ist von einigen wenigen, über die Dinge berichtet, über die heute gesprochen wird.

Man tut diesem Anliegen das beste dann, wenn man über die Dinge wahrhaft berichtet und wenn man die Realitäten korrekt widerspiegelt, wenn man ungerechtfertigte Anschuldigungen unterläßt, wenn man keine Diffamierungen und ungerechtfertigte Beschuldigungen ausspricht. Sie dürfen von mir immer ausgehen, und da lasse ich mich jedes Mal beim Wort nehmen, ich bin gegen linksextreme Gewalt und ich bin gegen rechtsextreme Gewalt, wie ich überhaupt dagegen bin, daß Gewalt in einem gesellschaftlichen Miteinander und in einer Demokratie Platz haben soll.

Und Sie werden von mir heute ein paar Äußerungen hören, die einigen von Ihnen vielleicht nicht ganz gefallen, aber ich erinnere sie daran, daß Sie mir kein Etikett anhängen können, ich sei auf dem einen oder anderen Auge blind. Das geht ins Leere.

Wir haben ein politisches Spektrum. Und bei mancher Diskussion der letzten Wochen konnte ich den Eindruck gewinnen, daß mancher leugnet, daß es solch ein Spektrum gibt, das vielgestaltig und vielfarbig ist. Wir haben doch keine Gesellschaft, wo es nur gute

Ich bin
gegen
linksextreme
Gewalt
und ich bin
gegen
rechtsextreme
Gewalt,
wie ich
überhaupt
dagegen
bin, daß
Gewalt in
einem gesellschaftlichen
Miteinander
und in einer
Demokratie Platz
haben soll.

Leute gibt und wo es dann einige wenige oder scheinbar auch mehrere Rechte gäbe. Wir haben doch ein politisches Spektrum, daß eine Mitte hat oder sagen wir eine Mitte links und eine Mitte rechts Gruppierung, wir haben ein politisches Spektrum, wozu Rechte gehören und Linke. Und dann ist das Spektrum noch weiter ausgedehnt auf linksextreme und rechtsextreme und linksextreme Gewaltbereite und rechtsextreme Gewaltbereite. Wer dies leugnet, hat sich schon beim Ansatz der Diskussion über Probleme in der Demokratie in eine Sackgasse begeben.

Nun ist die Frage, wozu denn eine Demokratie auch da ist. Ist sie dazu da, daß es nur eine einzige politische Gruppierung gibt? Das haben wir eigentlich hinreichend ausprobieren können in Deutschland mit dem Nationalsozialismus und dem Sozialismus/Kommunismus. Oder wollen wir akzeptieren, daß es ein Spektrum gibt, und daß wir auch ein Lebensrecht solchen zubilligen sollten, wenn wir an demokratischen Verhältnissen interessiert sind, die in der Mitte - Mitte links, Mitte rechts - rechts oder links stehen. Wir können gerne darüber diskutieren, in welcher Art und Weise man dann gegen andere vorgeht, die wirklich extrem in dieser Gesellschaft leben und handeln und an den Grundfesten eines demokratischen Staates sägen wollen.

Hier ist heute gesagt worden, es gäbe eine unsägliche Gleichsetzung von links und rechts. Das mag sein. Das ist nicht mein Thema. Ich tue das nicht.

Aber die deutsche Geschichte hat hinlänglich gezeigt, daß sich rechtsextreme Gewaltbereite und linksextreme Gewaltbereite zusammensetzten. Das ist hinlänglich erprobt. Übrigens auch in hohen schmerzlichen Lasten zu Ungunsten der Sozialdemokratie. Es ist eine Tatsache, diejenigen, die in der DDR aufgewachsen sind, sind ein Stück weit entschuldigt, aber wer eben nicht allein den DDR-Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterricht genießen mußte, sondern auch die Gelegenheit hatte, sich umfangreicher zu informieren, der weiß doch eigentlich sehr genau, daß Anfang der 30er Jahre Kommunisten, gewaltbereite Kommunisten - es gab solche und solche - und Nationalsozialisten sich zusammensetzten, um sich natürlich gegen Demokraten und gegen Nationalliberale zusammenzutun, aber vor allem gegen den Hauptfeind zu marschieren - die Sozialdemokratie. Und mit dieser Strategie hat man eine Demokratie, genannt die Weimarer Republik, kaputtgemacht.

Sie ist auch kaputt gegangen, weil es zu wenig Demokraten gab und zu wenig Zivilcourage unter den Demokraten und der großen schweigenden Masse, aber wer dies andere nicht sehen will, daß links- und rechtsextreme Gewaltbereite in Deutschland eine Demokratie kaputt gemacht haben und auch jetzt wieder am Werke sind, vielleicht noch in kleinerem Umfang, aber da sind, der bewegt sich eigentlich am Rande des Spektrums.

Wohlgermerkt - ich leugne keineswegs die Existenz von rechtsextremen gewaltbereiten Leuten. Aber der Solidität halber sollte auch

Wir haben ein Motto mit der Einladung zur Kenntnis bekommen „Saalfeld - Demokratie im Würgegriff?“. Natürlich ist meine Antwort glasklar: Nein.

niemand, der ehrlichen Herzens um die Demokratie bemüht ist, die Existenz linksextremer Gewaltbereiter leugnen. Was ich heute hier gehört habe, läßt mich bei einigen Äußerungen von einigen wenigen daran zweifeln, daß man dies akzeptiert. Und wenn ich mir das noch rekapituliere, dann habe ich auch ein bißchen Zweifel, was denn diese Veranstaltung bewirken soll.

Wir haben ein Motto mit der Einladung zur Kenntnis bekommen „Saalfeld - Demokratie im Würgegriff?“. Natürlich ist meine Antwort glasklar: Nein.

Und ich habe dazu ein Zitat mitgebracht:

„Wir brauchen den Mut zur Intoleranz gegenüber denjenigen, die Demokratie gebrauchen, um sie umzubringen.“

Was meinen Sie, wer das gesprochen hat? Einer der Väter des Grundgesetzes - Carlo Schmidt. Und wer Carlo Schmidt ein wenig kennt, der kann jedem bestätigen, daß Wort Intoleranz aus dem Munde von Carlo Schmidt ist etwas ungewöhnliches. Carlo Schmidt war eigentlich ein Stück weit Verkörperung von Toleranz, vom Herkommen, von seiner politischen Geschichte. Ein Mann, den ich hoch schätze.

Wenn so ein im Umgang und im Charakter eigentlich überwiegend sehr verträglicher Mensch so etwas spricht, dann hat das Ursachen, dann kommt das aus geschichtlicher Erfahrung und wegen der Sorge um einen Bestand der Demokratie, die immer in Gefahr ist, von Extremisten mit Gewalt kaputt gemacht zu werden.

Was die Verbotsverfügung angeht und andere Dinge um Gerichtsurteile. Es ist nicht solide, Herr Dittes, zu sagen, die Verbote sind zu Unrecht gewesen. Das mag eine politische Meinung sein, hat aber mit der Sache nicht viel zu tun. Die Gerichte haben nicht entschieden. In der Hauptsache gibt es zur Zeit kein rechtskräftiges Urteil, ob die Verbote zu Recht ausgesprochen wurden oder nicht. Es gibt rechtskräftige Urteile wohl, nämlich wegen dem Vollzug, daß sofort die Wirkung eintreten soll, die Veranstaltungen nicht durchzuführen. Die Verwaltungsgerichte sind noch anhängig. Das Verfahren läuft ja noch.

Die Entscheidung wird da sein in vielleicht ein paar Monaten. Wenn die da sind, dann können wir uns, wenn wir demokratische das Ganze weiter betrachten wollen, weil wir ja auch die Unabhängigkeit der Jurisprudenz wohl akzeptieren und achten wollen, weiter unterhalten. Vorher etwas so zu verbreiten, ist unsolide. Allerdings dürfte es auch ein Zeichen sein, wenn die Verwaltungsgerichte entschieden haben, daß der Vollzug, der Sofortvollzug, rechtskräftig ist.

Sie können gerne den Kopf schütteln, aber Sie begeben sich damit auch an den extremen Rand des politischen Spektrums.

Die deutsche Justiz ist, und da tue ich der Justiz kein Unrecht an, und jeder, der einen Blick hat für Realitäten, wird das bestätigen können, auch geprägt durch gesellschaftliche Entwicklungen. Natürlich ist sie auch geprägt durch die Jahre 1967/68 und weitere.

Und wenn Richter, wovon viele dieser Generation angehören, die durch diese politischen Phasen geprägt sind, solche Urteile fällen, dann sollte das auch etwas bedeuten können und dann sollte man daraus auch seine Schlüsse ziehen. Ich werde zur Sache selber heute nichts weiter sagen, weil die Gerichte ja noch sprechen werden.

Was die in Saalfeld tätigen Leute angeht oder was die Vorgeschichte angeht, will ich eine kleine Abschweifung machen. Das sei mir einmal gestattet. Ein paar Minuten habe ich ja noch.

Wegen dieses Zusammenhangs oder wegen der Existenz, daß im linken, extrem linken politischen Spektrum Gewalt besteht und da man an Grundlagen des demokratischen Staates rangeht, auch wenn vielleicht die DKP nun unter vielen von hier gar nicht gelitten ist und es auch bestimmte Mißhelligkeiten zwischen DKP und PDS gibt oder was es da sonst noch geben mag. Aber ich erlaube mir das einfach.

Die RAF, die Abkürzung ist ja wohl wohlbekannt, hatte durchaus seine Wirkungen. Also im November 1977 gab es einen Parteitag der DKP in Düsseldorf, und dann gab es - folgendes will ich zitieren von einem langjährigen Mitglied des Parteivorstandes dieser DKP: Die RAF habe trotz ihrer Widersprüche gezeigt - ist zitiert worden der Vorsitzende der DKP, der Herr Mies, der Name dürfte ja auch vielen bekannt sein -, daß das staatsmonopolistische System der BRD weder unangreifbar noch unerschütterlich sei. Wenn andere, so wurde an diesem parteiinternen Abend am roten Kamin, am Parteitagstag, von anderen Altstalinisten weiter spekuliert, die Festung sturmreif schossen und das Land ins Chaos stürzten, dann würden die Kommunisten in diesem Chaos nicht untergehen, sondern im Gegenteil die Gunst der Stunde nutzen, um sich als richtungsweisende Gegenmacht zu präsentieren, und die Ordnung im Lande auf revolutionäre Weise, notfalls mit der Hilfe der Waffenbrüder jenseits der Grenzen, wiederherstellen. Ich will das nicht weiter fortführen und auch nicht weiter kommentieren.

Heute sind Zahlen genannt worden. Wie viele Rechtsextreme oder Rechte? Ich denke, die Unterscheidung zwischen Rechten und Rechtsextremen ist auch ein Thema, das man diskutieren könnte. Genauso wie ich das zubillige, daß man unterscheiden könnte zwischen Linken und Linksextremen. Es ist auch eine Zahl genannt worden über Straftaten und dergleichen. Und da muß ich leider gleich noch abschweifen zu einem Vorkommnis von anderen. Es ist aber heute erwähnt worden von einem Abend oder einer Nacht - 2. zum 3. Mai dieses Jahres - und so schief, wie dies heute hier widergespiegelt wurde, das ist dann auch schon extrem.

Es war nicht so, daß die Polizei in Saalfeld in der Nacht vom 2. zum 3. Mai dieser Gewalteskalation Vorschub geleistet hat. Dies ist eine böse Unterstellung und Verunglimpfung. Was war passiert? Einige wenige bis dann sich entwickelnd Dutzende Personen kamen aus dem Jugendklubhaus in Saalfeld, haben Gewalttätigkei-

ten verübt, haben die Bewohner, die dort leben, die seit Monaten sich in Unsicherheit fühlen, die sogar ihren Namen nicht einmal mehr nennen, wenn sie zitiert werden, vor lauter Angst vor gewaltbereiten Linksextremen, die Polizei gerufen. Die Polizei kam.

Leider weil man anderweitig auch im Einsatz war oder verfügbar war nur mit ein, zwei Streifenwagen. Und die Polizisten, die im ersten Moment dort Einsatz hatten, fühlten sich selber körperlich erheblich bedroht und wurden auch verletzt. Erst nach und nach gelang es, mehrere Einsatzkräfte der Polizei heranzubringen, wobei die Zahl der linksextremen Gewaltbereiten sich erheblich schnell vermehrte.

Die Ursachen für die Gewalt, die dort stattfand, die lagen bei weitem nicht bei der Polizei. Dies ist eine ganz böse Unterstellung. Die lagen eindeutig bei denen, die mit linksextremer Gewaltbereitschaft aus dem Jugendklubhaus herauskamen.

Im übrigen: Wenn Sie von soundso viel Prozenten in unserem Kreisgebiet an Rechtsextremen oder ähnlichen Dingen heute berichten, wissen Sie, da fällt mir dann eben auch der alte Churchill ein, der seiner eigenen Statistik am liebsten nur glaubte, weil er sie selber fälschen konnte. Es kommt viel auf Sichtweisen an. Daß Sie es aus einer bestimmten Sichtweise sehen, ist ja erklärlich. Ich erlaube mir zu versuchen, das Spektrum nicht in eine andere Richtung zu drücken, sondern in die Mitte.

Sie haben korrekt zitiert, bei uns im Kreis leben 5,7 Prozent der Einwohner Thüringens. Ich erlaube mir eine andere Sichtweise. Wir haben drei Oberzentren in Thüringen. Und wir haben drei Städte im Range von Mittelzentren, die auch die Aufgaben von Oberzentren wahrnehmen. Das sind also zusammen sechs der wichtigsten Städte oder Städtegruppen. Dazu gehörten die beiden Städte Saalfeld und Rudolstadt gemeinsam.

Nun kann man meinerwegen auch noch zwei große Mittelzentren dazunehmen, dann mögen das vielleicht acht Zentren sein. Ja glauben Sie denn, daß außerhalb dieser acht Zentren, in den Dörfern, in den kleinen Städten, sowohl linksextreme wie rechtsextreme Kräfte eine nennenswerte Position innehaben? Das werden Sie hier doch wohl nicht ernstlich behaupten wollen. Es ist doch eine allgemeine Entwicklung, daß rechtsextreme und linksextreme Leute überwiegend in den größeren Städten sich versammeln und konzentrieren. Wenn man das akzeptieren möchte, dann liegen wir etwa so im Mittelfeld des Spektrums von Gewaltbereitschaft links- und rechtsextrem. Denn 12 Prozent sind ein Achtel rund und damit - denke ich - relativiert sich viel.

Nun werden Sie vielleicht aus diesen Worten dann schließen oder daran anhängen wollen, daß ich das Ganze verniedliche und viel zu niedrig hänge usw. Dies mögen Sie dann tun, wenn ich weg bin, ich kann dann leider, leider nicht mehr darauf reagieren.

Aber mit der Statistik hat es noch eine andere Bewandtnis. Wir haben soundso viele - 150 sagen wir einmal - Rechtsextreme oder

meinetwegen auch 150 Linksextreme. Wer hat die denn gezählt? Wer hat denn im einzelnen mit Personen gesprochen? Wie extrem sind die denn? Wollen Sie denn diesen Personen, und mögen es auch linke sein, von denen ich jetzt einmal rede, wollen Sie denen absprechen, daß es jeweils Einzelpersonen sind? Wenn man nicht von Blockmenschen sprechen will, und das sollten wir ja wohl unterlassen, sondern von Einzelpersonen, dann haben wir doch wieder Spektren. Und da haben wir einen großen Kern, da haben wir einen harten Kern, und ich bleibe bei meinem Standpunkt, der innere Kern oder der besonders harte Kern von diesen jeweils rechts- und linksextremen Leuten, der ist in unserem Landkreis tatsächlich eben nicht sehr nennenswert. Der bewegt sich eben im Durchschnitt des politischen Spektrums in Thüringen.

Durch die Lokalisierung bezüglich des Stadtteilzentrums in Gornsdorf hat man denjenigen, die dieses Stadtteilzentrum seit wenigen Monaten betreiben, mit einem Mut und einem Engagement, sich mit allen Gewaltproblemen und vielen anderen Problemen im Stadtteil oder der ganzen Stadt Saalfeld auseinanderzusetzen, Jugendlichen zu helfen, Bitterböses angetan. Die Arbeit derjenigen, die auch ehrenamtlich dort wirken, in dieser Weise so zu verunglimpfen und zu befrachten und so schwer zu machen, damit haben Sie doch Ihrem eigenen Anliegen den schlechtesten Dienst erwiesen. Ich denke, das sollten Sie einsehen. In den letzten Tagen konnte man ja so eine laue Entschuldigung oder eine laue Erklärung und Bestätigung hören in der Öffentlichkeit. Es war ja nicht so gemeint. Wissen Sie, das kam ein bißchen spät. Für das Anliegen dieses Stadtteilzentrums zu spät.

Ich muß Herrn Kick bestätigen, wir hatten eine Versammlung nicht nur mit Polizei und mit Kommunalpolitikern, es waren auch Richter dabei, die sich auch um Jugendprobleme kümmern. Es waren Staatsanwälte dabei und es ist eben unwidersprochen: wir haben seit November vorigen Jahres bis in den Sommer hinein - das war der Zeitraum, der bewertet wurde - von Rechtsextremen keine nennenswerten Gewalttaten registriert gehabt. Sie dürfen mich eben nicht zitieren, daß ich gesagt hätte, es hätte nichts gegeben. Das ist unkorrekt. Sie sollten mich fragen, was ich gesagt habe und nicht andere. Und es hat in der Zeit eben tatsächlich eine ganze Reihe von Gewalttaten Linksextremer gegeben. Und nun ist auch das nicht so, daß ich das verabsolutiere und meine, es wäre immer so, es wäre vorher schon so gewesen, es sei jetzt so. Das ist Quatsch. So etwas werden Sie von mir nie hören. Aber es war in dem Zeitraum so. Und wenn das so war, das werden doch die Polizisten so sagen dürfen. Auch solide Leute, auch so einer wie der Herr Kick. Wenn ich dann höre, man habe ihn im Kampfanzug gesehen und das könne doch nicht gut sein. Wissen Sie, Herr Brüssel-Mautner, was man da so alles jetzt hören konnte von Ihnen. Das ist eigentlich so ziemlich nebensächlich oder ziemlicher Quark, Entschuldigung.

Ich bleibe bei meinem Standpunkt, der innere Kern oder der besonders harte Kern von diesen jeweils rechts- und linksextremen Leuten, der ist in unserem Landkreis tatsächlich eben nicht sehr nennenswert. Der bewegt sich eben im Durchschnitt des politischen Spektrums in Thüringen.

Beispiel: Herr Kick hat nie etwas gescheut, weder rechts- noch linksextreme Gewalt. Der ist in die Haftanstalt gegangen, wo die Vertreter beider Gruppierungen inhaftiert waren. Und ich muß sagen, wie ich ihn so kenne, so solide und erfahren wie er ist, offensichtlich hat er sich gekleidet in weiser Voraussicht. Denn linksextreme Gewaltbereite, die dort inhaftiert waren, haben mit Lebensmitteln geworfen.

Und da lasse ich mir doch meinen Kampfanzug lieber bewerfen als meine gute Kleidung. Im übrigen kenne ich Herrn Kick viel häufiger in Zivil als in Uniform.

Und was die Gewalt angeht, das hat heute natürlich keiner erwähnt. Warum sage ich "natürlich"? Es sind eben nicht bloß Dutzende, es sind Hunderte Luftmatratzen zerstört worden von denjenigen, die in der Haftanstalt untergebracht waren und die sie benutzen sollten. Aber von den Linksextremen oder von den Linken. Und - so viel ich weiß - von den anderen wohl nicht.

Und Lebensmittel sind geworfen worden. Meine Damen und Herren, meinen Sie denn nicht, daß solche Dinge auch Leute kennzeichnen und charakterisieren. Ich gehe nicht soweit, daraus abzuleiten, daß Sie gewaltbereit wären. Aber Sie dürfen niemanden übel nehmen, wenn er eben so seine Schlüsse daraus ziehen will.

Das sollte zu denken geben. Jemand, der beteuert und überall verbreitet, er sei „nur dabei, sein demokratische Grundrecht wahrzunehmen“, hat der es nötig, in irgendeiner Weise einen Ansatz anderen zu liefern dafür, daß er im Verdacht stehen könnte, eben sich nicht ausschließlich friedlich zu betätigen. Hat er es nötig? Der hat es doch eigentlich nicht nötig. Tja, im übrigen bin ich nun auch an die Grenze meiner Zeit gekommen und ich schließe damit. Danke.

Ich gebe zwei Minuten zu. Wer mich kennt, weiß, daß ich pünktlich bin. Und ich habe zu der anderen Veranstaltung zugesagt, und da will ich pünktlich sein, so wie ich hier fast pünktlich war. Und wenn Sie das Bedürfnis hatten und vielleicht vorneweg auch hätten verspüren können, mich zu diesem und jenem zu befragen, hätte man mich früher zu Wort kommen lassen können.

Klaus Höpcke

Die „rotlackierten Faschisten“ kennen wir auch

Herr Dr. Thomas hat hier darauf angespielt, wie man durch verschiedenen Geschichtsunterricht im Westen und im Osten Bescheid wissen kann, was vor 1933 geschehen ist. Da ich die Literatur beider Staaten zu dieser Problematik kenne, muß ich sagen, das Bild, das Sie gezeichnet haben vom Verhältnis von Kommunisten und Nazis, ist weder der seriösen westdeutschen noch der seriösen ostdeutschen Literatur zu entnehmen.

In beiden Quellen kann man nachlesen über so etwas wie Antifaschistische Aktion, an der sich die Kommunisten beteiligt haben sowie Generalstreikangebot gegen die Nazis. In beiden Quellen kann man nachlesen, daß die Kommunisten aus dem Reichstag rausgeholt worden und eingesperrt worden sind. Also wäre - wenn ich es jetzt als Frage sagen soll - meine Frage: Wenn Sie wissen, daß die Mehrzahl der KPD-Abgeordneten umgebracht wurde im KZ usw., und wenn Sie ausgespart haben die Rolle der sogenannten neokonservativen „Revolution“, die zur Naziherrschaft beigetragen hat, dann wäre meine Frage, ob Sie das nicht doch überdenken würden? Ich weiß auch aus Veröffentlichungen der Friedrich-Ebert-Stiftung und einer weiteren Stiftung mit seinem Namen, die es gibt: der Stiftung Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, daß die sich kritisch damit auseinandersetzen, daß aus einer übertriebenen Darstellung sogenannter linker Gefahren in der Weimarer Republik der Weimarer Republik sehr großer Schaden erwachsen ist.

Eine Anmerkung möchte ich mir noch erlauben zum „Mut zur Intoleranz“. Das ist nicht neu durch Carlo Schmid aufgeworfen worden, sondern das hat schon Goethe gesagt: daß man zur Intoleranz intolerant sein soll. Aber er hat dann auch problematisiert. Und ich glaube, dazu sind auch wir heutzutage aufgerufen. Es gilt, genau darüber nachzudenken: Wer hat denn zu bestimmen, was nun intolerant sei? Wenn ich Ihr spontanes Reagieren auf ein Lächeln oder Kopfschütteln eines jungen Mannes zu einer Äußerung von Ihnen hier beobachtet habe, daß das dann gleich wieder als „am Rande der Gesellschaft“ hingestellt wurde, also gleichgesetzt mit extrem, dann würde mir doch etwas blümerant, wenn ich mir vorstelle, Sie bestimmen darüber, was intolerant ist.

Ich höre jetzt auf wegen der Kürze.

Es gilt,
genau
darüber
nachzuden-
ken: Wer
hat denn zu
bestimmen,
was nun
intolerant
sei?

Dr. Thomas:

Also ich antworte auf die eine Frage nur Herr Höpcke. Daß Sie so sprechen, das muß ja wohl keinen wundern, der hier sitzt und Sie kennt. Was die Intoleranz angeht, die bestimmt das Grundgesetz. - Würden Sie mich ausreden lassen.

Wie tolerant sind Sie jetzt?

Die Intoleranz bestimmt das Grundgesetz, Herr Höpcke. Da steht es drin.

Demonstrations- und Versammlungsfreiheit besteht für friedliche Leute, für nicht Friedliche eben nicht. Und im übrigen, wollen Sie denn total verschweigen, daß Stalin die Führung der DKP Anfang der 30er Jahre auf Linie, wollen Sie leugnen, daß Stalin die DKP-Spitze ...

Klaus Höpcke:

... Die DKP gab es damals noch nicht.

Dr. Thomas:

... Entschuldigung, KPD-Spitze auf Linie gebracht hat. Und ich leugne nicht. Ich bestätige das ausdrücklich mit Mitgefühl, daß die Basis der KPD dies hat bitter büßen müssen. Aber das Wort, nicht nur das Wort vom Sozialfaschismus, auch die Theorie davon, die kennen Sie doch wohl.

Klaus Höpcke:

Und die „rotlackierten Faschisten“ kennen wir auch.

Dr. Roland Hahnemann

Der rechten Gewalt nicht die Straße überlassen

Es hat mich jetzt schon einiges erschüttert, was ich gehört habe. Ich habe es trotzdem ruhig entgegengenommen. Auch aus dem Grunde, weil mir klar geworden ist, daß wir es mit einem politischen Konzept zu tun haben, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, denn diese unselige Gleichsetzung von links-extrem und rechtsextrem ist sehr schnell die Gleichsetzung von links und rechts und endet in dem Feindbild des kritischen Menschen überhaupt. Und auch über diese Dinge muß man im Zusammenhang mit Fragen antifaschistischer Bündnisse u. ä. reden.

Es ist zumindest im Raum Saalfeld und bei denen, die mich etwas näher kennen, bekannt, daß ich ein Vertreter einer weiten Auffassung von antirassistischer und antifaschistischer Bündnisnotwendigkeit und -fähigkeit bin. Aber ich sage auch ganz ehrlich, das hätte und es hat in Saalfeld nichts genützt. Das Politikkonzept in Saalfeld war von Anfang an falsch, und mit diesem Politikkonzept möchte ich mich ganz kurz auseinandersetzen.

Die Weichen in Saalfeld waren von den politisch Verantwortlichen von vornherein auf Absage der Demonstration oder Verbot gestellt. Ein Dialog hatte in Saalfeld keine Chance. Drei Beispiele dazu und ein Krebschaden:

Beispiel 1:

Der Umgang mit der Ankündigung der rechten Demo.

Es ist ein bewährtes Mittel von Neonazis, Antifa-Demos durch Anmeldung eigener auf Konfrontation gerichteter Veranstaltungen zu torpedieren. Dabei wird ganz offenkundig direkt einberechnet die Angst der Genehmigungsbehörden vor Ausschreitungen, und es wird auch einberechnet die Schwäche jener These von der sogenannten „wehrhaften Demokratie“. Das Grundgesetz, die Verfassung des Freistaats Thüringen haben beides, sie haben das Versammlungsrecht, sie haben natürlich auch dieses Toleranzrecht, von dem Herr Thomas sprach, sie haben aber auch den unumstößlichen Grundsatz des Antifaschismus als ein Verfassungsprinzip. Und das muß man im Zusammenhang sehen.

Und deswegen hätte man von der politischen Führung der Stadt und des Landkreises verlangen können, daß das Versammlungs- und das Demonstrationsrecht und das antifaschistische Grundprin-

Die Weichen waren von den politisch Verantwortlichen von vornherein auf Absage der Demonstration oder Verbot gestellt. Ein Dialog hatte in Saalfeld keine Chance.

zip der Verfassungen durch die Ordnungsbehörden garantiert werden. Aber nicht nur durch die Ordnungsbehörden, sondern auch durch die Bevölkerung.

Nicht „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“, hätte die Devise heißen müssen, sondern „Antifaschistische Demokratie ist die erste Bürgerpflicht!“ Die Neonazi-Demonstration hätte verboten gehört und die Antifa-Demonstration hätte geschützt und unterstützt werden müssen.

Beispiel 2: Bürgermeister, Stadtrat und ihre Briefe.

Trotz aller Fehler, die von den Vorbereitern der Veranstaltung gemacht worden sind, und die Unterstellung eines rechten Konsens so undifferenziert - wie er erfolgt ist - halte ich für einen Fehler, und das Einreihen der Eröffnung des Stadtteilzentrums in Gorndorf in die Reihe der faschistischen Aktivitäten halte ich auch für einen Fehler, trotz aller dieser Fehler bedaure ich außerordentlich, daß Stadtrat und Bürgermeister nichts anders im Auge hatten, als die linke Demonstration absagen oder verbieten zu lassen. Es gab Gründe - die Verletztheiten, und es gab eine Begründung des „öffentlichen, politischen, sozialen und damit nicht zuletzt auch wirtschaftlichen Schadens“ für die Stadt. Und da frage ich jetzt: Geht es nicht in dieser kraftvollen verbalen Umschreibung um nichts anderes als das Image.

Und ich schließe zwei Fragen an. Erstens: Ist der Schaden durch die rechtsradikalen Tendenzen in Saalfeld nicht viel schlimmer? Es ist doch öffentlich, was in Saalfeld los ist. Es ist auch gar nicht geheimzuhalten. Es hat auch keiner versucht, es geheimzuhalten. Der Bürgermeister von Saalfeld hat ja immer offen über diese Probleme gesprochen.

Und zweitens: Ist denn das Ansehen der Stadt Saalfeld nach diesem Polizeieinsatz jetzt besser? Eigentlich führt uns das zu der Frage, kann Polizeieinsatz Politikersatz sein? Den Spruch kennen sicherlich viele.

Ich denke, es wäre politisch klüger gewesen, wenn Bürgermeister und Stadträte die Initiative ergriffen hätten und mit Angeboten und mit Forderungen an die Demonstration den jungen Leuten in Saalfeld ein politischer Partner gewesen wären.

Ich hatte die Gelegenheit, in einer Stadtratssitzung in Saalfeld zu sprechen, aber die Ohren, die Hirne und die Herzen einer Mehrheit waren verschlossen.

Der Stadtrat unterschreibt mehrheitlich einen Brief an die Veranstalter, in dem eine Absage der Demonstration gefordert wird, und der Stadtrat beauftragt mehrheitlich den Bürgermeister, in einem Brief den Landrat um das Verbot der antifaschistischen Demonstration zu bitten.

Kann
Polizeiein-
satz
Politiker-
satz sein?

**Drittes Beispiel:
Das Gesprächsangebot des Saalfelder Bürgermeisters
am 29. September im Stadtteilzentrum Gorndorf.**

Auch in diesem Gespräch, das vorhin schon erwähnt wurde, war eins ganz klar: Die Strategie, die Gesprächsstrategie der Vertreter der Stadt war auf Absage der Veranstaltung oder Verbot gerichtet, nicht auf Dialog und nicht auf Konsens.

Willy Brüßel-Mautner sagte, er gehe ganz entschieden davon aus, daß die Demonstration stattfinden wird, da sie notwendig sei, und Angelo Lucifero betonte, eine Demonstration, die nicht gezwungen werde, mit Rechten zusammenzustoßen, werde eine friedliche sein.

Bürgermeister Richard Beetz, der gleich zu Beginn der Beratung gesagt hat, Ziel müsse es sein, die Demo abzusagen, betonte und wiederholte nur wieder alle Positionen aus der Stadtratssitzung, er war zu keiner Bewegung bereit. Und das bedaure ich nachdrücklich.

**Viertens:
Der Krebschaden ist nach meiner Auffassung die Negation des Widerstandsrechts der Bürgerinnen und Bürger aus Grundgesetz und Verfassung.**

Diese Negation läßt sich aus allen genannten und ungenannten Beispielen in diesem Zusammenhang herausfiltern.

1. Statt sich gemeinsam mit den jungen Leuten der Antifa gegen die Neonazi-Demo zu stellen und auch die Bevölkerung dafür zu gewinnen, wird die Ruhe gesucht. Die Ruhe, die sich bekanntlich am Ende rechte Strukturen zunutze machen.

Zuletzt, und das lehrt die Geschichte, kann nur eine Bevölkerung mit dem klaren Signal auf der Straße solchen Kräften wehren. Nicht „Euch wollen wir nicht!“, muß das Signal heißen, aber „So wollen wir Euch nicht!“

2. In der Stadtratssitzung wurden die Probleme mit rechtsradikalen Jugendlichen gar nicht geleugnet, aber eine Mehrheit des Stadtrates und der Bürgermeister waren der Meinung, sie hätten ja eine Arbeitsgruppe Gewalt, und die wird es schon richten das Problem. Kaum einer in Saalfeld kennt die Zusammensetzung dieser Gruppe so recht. Die Leistungen werden sehr oft angezweifelt und der Vorwurf fehlender Konzepte wird nicht nur von denen geteilt, die kritisch sich geäußert hatten.

In einem Brief hat Bürgermeister Beetz mir heute, als er sein Fehlen hier entschuldigte, weil er sich anderen Terminen verpflichtet fühlt, geschrieben, die Auseinandersetzung muß aber insbesondere (vor Ort) mit Wortführern und Anhängern der rechten Szene im Bereich der Städte Saalfeld, Rudolstadt und Bad Blankenburg stattfinden. Dies hat bereits vor mehr als einem Jahr begonnen und wird und muß konsequent mit allen Verantwortungsträgern wei-

Nicht
„Euch wollen wir nicht!“,
muß das
Signal
heißen,
aber „So
wollen wir
Euch
nicht!“

Wer auf den Vorschlag zu tapezieren statt mit der Bürste und dem Pinsel mit der Axt reagiert, der läuft Gefahr zu übersehen, daß er das gleiche Haus bewohnt.

tergeführt werden. Dies erwartet die Bevölkerung, insbesondere die große Mehrheit der Jugend unserer Stadt... Durch Demonstrationen sind die bereits sensibilisierten lokalen Probleme nicht zu lösen.

Da haben wir ihn wieder, den verhängnisvollen Irrglauben, das Problem einer Gefahr rechter Gewalt könne administrativ, d. h. von den „Verantwortungsträgern“ der politischen Ebenen und Institutionen gelöst werden, während sich die Bevölkerung bequem zurücklehnt und Musikantenstadt schauen kann.

Die Geschichte lehrt, daß die demokratische Verfaßtheit eines Landes nur durch den demokratischen Einsatz aller seiner Bevölkerungsteile, nicht nur seiner Institutionen, gesichert werden kann. Widerstand ist eben, und deswegen ist er Teil des Grundgesetzes, notwendiges Bürgerrecht. Ich stimme schon mit Bürgermeister Beetz überein, durch Demonstrationen, aber hier füge ich hinzu, allein sind die lokalen Probleme nicht zu lösen. Aber auch Demonstrationen müssen sein, wenn wir der rechten Gewalt nicht die Straße überlassen wollen, während wir an grünen Tischen kluge konzeptionelle Reden halten.

Darauf haben die Jugendlichen hinweisen wollen mit ihrer Idee einer Demonstration, und die Verantwortlichen haben sie wieder einmal nicht verstanden.

Ich will mit einem kleinen Bild schließen: Wer auf den Vorschlag zu tapezieren statt mit der Bürste und dem Pinsel mit der Axt reagiert, der läuft Gefahr zu übersehen, daß er das gleiche Haus bewohnt.

Astrid Rothe

Gleichsetzung von links und rechts muß zum Nachdenken anregen

Ich möchte auch etwas zu der Vorgeschichte sagen, auch wenn wir (Bündnis 90/Die Grünen), aus welchen Gründen auch immer, nicht im Podium sitzen, da wir auch zu den MitaufruferInnen und UnterstützerInnen und VorbereiterInnen dieser Demonstration in Saalfeld gehören. Ich denke, daß auch ich relativ viel dort gemacht habe und mich auch sehr engagiert habe vor Ort, vorher und hinterher auch im Kontakt mit den Jugendlichen.

Ich denke, Herr Thomas hätte die Fronten nicht klarer machen können. Ich habe das so nicht erwartet von ihm. Wir sind also gewaltbereit. Ich bin auch gewaltbereit. Wir sind hier alle gewaltbereit. Und in dem Maße, wie er die Definitionsgewalt an sich gerissen hat, was ja anscheinend demokratisch oder nicht ist, so klar hatte ich mir das nicht vorgestellt, daß die Aussage wirklich so kommt, daß wir im Prinzip uns nur bestätigt fühlen können in all dem, was wir schon in unseren Eindrücken vorher formuliert haben.

Die Kritik ist natürlich so, daß in der Presse die Angst und Stimmungsmache leider mitverbreitet wurde, daß weit im Vorfeld dieser Demonstration die Bevölkerung wirklich gedacht haben muß, insofern sie natürlich der meinungsbildenden Presse vor Ort glaubt, daß es dort zu einer Schlacht oder wie auch immer kommen wird. Die NPd hat es natürlich auch nicht ungeschickt gemacht, den Slogan "Schutt und Asche" zu verwenden in ihrem Aufruf, damit das auch alles schön vermengt werden kann.

Die fatale Gleichsetzung von links und rechts, die hier passiert ist, die auch Herr Thomas aus meiner Sicht schon wieder genauso betrieben hat, müßte uns schon zum Nachdenken anregen und zum Handeln. Ich denke, gerade was die Waffenfunde anbetrifft oder aber das Auftreten der Rechten, die dort vor Ort vorhatten, etwas zu machen, hat uns gezeigt, wie die Kräfte- oder die Gewaltverhältnisse liegen. Alle aus dem AufruferInnenbündnis haben immer wieder betont, daß sie eine friedliche Demonstration wollen.

Und ich finde es schon fragwürdig, daß das in einer politischen Linie in Thüringen steht, wie hier mit wem auf welcher Seite umgegangen wird. Wenn wir einmal bedenken, daß friedliche KranbesetzerInnen gegen den Autobahnbau in Thüringen in Untersu-

Die fatale Gleichsetzung von links und rechts, die hier passiert ist, die auch Herr Thomas aus meiner Sicht schon wieder genauso betrieben hat, müßte uns schon zum Nachdenken anregen.

Wenn es heißt, daß 25 Straftaten aus dem vermeintlich linksalternativen Hintergrund begangen worden im Vergleich zu zehnmahl mehr Straftaten aus dem rechten, muß man sich schon fragen, wie hier die Verhältnismäßigkeiten sind?

chungshaft kommen und ein Schnellverfahren bekommen, während dessen Neonazis ein Waffenlager horten können, was sich wirklich ansehen läßt, und wieder auf freien Fuß gesetzt werden, muß man sich schon fragen, auf welchem Auge hier wer blind ist in diesem Staat in Thüringen. Und wenn Herr Dewes bereits am Tag bevor die Verbotsbefugung überhaupt bestätigt wird durch Gerichte, verkündet, daß diese Demonstration verboten ist, muß ich mich auch fragen, ob denn das alles so seinen demokratischen Gang gelaufen ist.

Ich glaube, das ist alles sehr fragwürdig. Dewes hätte spätestens von Vorscherau lernen müssen, daß man als SPD-Innenminister, wenn man sich zu weit aus dem Fenster lehnt, auf die „Schnauze“ fallen kann. Das muß ich leider so sagen. Und ich finde das ausgesprochen bedenklich. Was auch interessant ist, sind Fragen, die wir gestellt haben, die in der Presse so nicht wahrgenommen wurden, wie es z. B. überhaupt dazu kam, dieses rechte Lager auszuheben. Das ist ja schon einmal z. B. ein Verdienst unserer Demonstration, daß man darauf gekommen ist.

Und da kommen Fragen auf: Wie lange wußte man von dieser Gaststätte, wo selbst Herr Dewes in einer Pressemitteilung mitteilen ließ, daß es dort eindeutige Hinweise auf Wehrsportgruppen und andere Vernetzungen gibt. Wie lange wußte man das schon? Wie lange wurde das geduldet? Was passiert mit diesen Leuten, die solche Waffenlager und Funkgeräte und sonst etwas gehortet haben, ohne daß irgendwelche größeren Folgen daraus entstehen?

Und ich denke, daß das Zahlenverhältnis, auch wenn man natürlich nicht allen Statistiken glauben darf, klar ist. Wenn es heißt, daß 25 Straftaten aus dem vermeintlich linksalternativen Hintergrund begangen worden im Vergleich zu zehnmahl mehr Straftaten aus dem rechten, muß man sich schon fragen, wie hier die Verhältnismäßigkeiten sind?

Ich denke, es sind jede Menge Fragen offen. Natürlich sind auch Fehler in der Vorbereitung begangen worden. Darüber müssen wir intern diskutieren, aber wir sollten es uns nicht nehmen lassen, in Saalfeld ein Zeichen zu setzen und uns dort nicht vertreiben lassen, nicht dem nachgeben, was im Prinzip die Rechten damit geschafft haben. Ansonsten ist es wirklich aufgegangen, daß man sagen kann, jeder Demonstration, die von linker Seite angemeldet wird, braucht nur mit einer rechten Gegenanmeldung begegnet werden, und schon hat sie sich erledigt. Und da frage ich mich, wie weit es mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung überhaupt noch steht, zumal man sehen muß, welche menschenverachtende und rassistische Ideologie hinter den Rechten steht.

Steffen Tippach

Mit Demo-Verbot ist eine Hemmschwelle gefallen

Ich komme aus Leipzig. Und aus meiner Perspektive ist mit die zentralste Aussage heute noch nicht so gefallen. Dieses Demonstrationsverbot zeigt eigentlich, daß es offensichtlich in der Bundesrepublik möglich ist oder wieder möglich geworden ist, gewerkschaftliche Aktivitäten und gewerkschaftliches politisches Engagement zu verbieten. Und das ist für mich das beunruhigendste Signal neben dem, was das Demonstrationsverbot und die ganzen Ereignisse darum gebracht haben. Da ist eine Hemmschwelle gefallen, glaube ich, das werden Auswirkungen sein, die sich jetzt vielleicht noch gar nicht so deutlich zeigen, aber die in absehbarer Zeit eine Rolle spielen werden. Nämlich dann, wenn die nächsten gewerkschaftlichen Aktivitäten, in welcher Form auch immer, ob es antifaschistische oder auch andere sind, irgendwann auch Verboten unterliegen, und bei absehbaren Auseinandersetzungen, die kommen können, kommen werden.

Ich bin einer der AnmelderInnen der antifaschistischen Demonstration in Wurzen im November 1996 gewesen, die eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre mit antifaschistischen Anspruch gewesen war, die es in Ostdeutschland gegeben hat. Und das Interessante daran ist, daß die Situation nicht nur in Wurzen der in Saalfeld so ähnlich ist. Das betrifft auch den Harz, die Kreise Schwedt, Angermünde, Eberswalde. Es gibt ignorante Landräte, ignorante Bürgermeister, es gibt eine Koalition vor Ort, die bis in die PDS hineinreicht von Ignorantinnen und Ignoranten. Das Problem: Es gibt dem gegenüberstehend rechtsradikale, rechtsextremistische Strukturen, die in völlig neue Organisationsformen hineinreichen, neu vernetzt, hochmobil, hochaktiv, hochmotiviert tätig sind und die, und das ist die große Gefahr, den subkulturellen Raum übernommen haben. Und die praktisch gar nichts anderes mehr zulassen, als sich entweder ruhig zu verhalten oder aber sich ihnen anzuschließen. Damit wird also ein kulturelles und subkulturelles Feld aufgebaut, dem nur sehr schwer entgegengesteuert werden kann.

Wurzen war identisch mit dem Fall von Saalfeld. Da wurde Hysterie betrieben, erklärt, da kommen die Chaoten von sonstwoher und dann sind das ganz viele und die machen unsere Stadt kaputt. Es wurden Schulen geschlossen, Fußballspiele abgesagt, Kindergärten dichtgemacht. Das öffentliche Leben wurde praktisch lahm-

Dieses Demonstrationsverbot zeigt eigentlich, daß es offensichtlich in der Bundesrepublik möglich ist oder wieder möglich geworden ist, gewerkschaftliche Aktivitäten und gewerkschaftliches politisches Engagement zu verbieten.

Und an der Stelle stellt sich natürlich für mich die Frage, wie geht die PDS vor Ort mit diesem Problem um? Wie geht sie mit genau diesen Strukturen, die sich ausbreiten und die sie immer weniger loswerden, um?

gelegt. Der Unterschied zu Saalfeld war der, daß sich die Verantwortlichen durchringen konnten, kein Verbot auszusprechen, sondern nur Auflagen zu machen, aber die dann auch letztendlich in weiten Teilen keinen Bestand hatten. Und die Demonstration ist gut verlaufen. Sie ist sogar nach Ansicht der Polizei gut verlaufen. Die Hysterie erwies sich als völliger Blödsinn, als große Blase.

Also auch die Polizei hat letztendlich zugeben müssen, daß es eine friedliche Demonstration gewesen war. Genau das wäre es in Saalfeld - da bin ich mir sicher - auch geworden.

Und an der Stelle stellt sich natürlich für mich die Frage, wie geht die PDS vor Ort mit diesem Problem um? Wie geht sie mit genau diesen Strukturen, die sich ausbreiten und die sie immer weniger loswerden, um? Es gibt das Beispiel einer Kommune bei Wurzen, die einen einzigen kommunalen Jugendklub vor Ort besitzt. Diese Kommune ist mit 80 Prozent der Stimmen PDS-regiert. Dieser kommunale Jugendklub - eine Zentrale von rechten Basisjugendstrukturen - von dort aus wurden nachweislich diverse Überfälle auf Ausländerinnen und Ausländer verübt. Das hat monatelang, jahrelang keinen interessiert.

Das ist eine zentrale Herausforderung auch über das Postulat antifaschistisch hinaus. Es ist tatsächlich auch umzusetzen und damit auch ernst zu meinen. Und das im Verbund und in Zusammenarbeit mit antifaschistischen Kräften, und zwar aus verschiedenen Ausrichtungen, verschiedenen Parteien, verschiedenen Organisationen oder verschiedenen Organisationsformen, oder wie auch immer der Anspruch ist, sich wirksam noch in anderer Form zu vernetzen. Denn ich denke, das wird nötig sein angesichts der Situation, die hier in Saalfeld ist, die es im Muldentalkreis und in Brandenburg fast flächendeckend gibt, die wir im Harz vorfinden usw. In Mecklenburg stehen wir vor dem Problem, daß wir tatsächlich überlegen müßten, wie wir neue Formen finden, um uns gegen das Eindringen neofaschistischer Strukturen in das alltägliche Leben erwehren zu können.

Julika Bürgin

Verfassungsschutz-Chef scheint eigenen Bericht nicht zu kennen

Das paßt jetzt ganz gut nach Steffen Tippach. Das betrifft natürlich auch die Gewerkschaften, die sich im Moment nämlich auch überlegen müssen, wie sie damit umgehen, daß auch innerhalb der eigenen Mitgliedschaft nicht alles nur progressive Menschen sind.

Aber eigentlich wollte ich etwas anderes sagen, noch einmal auf eine Sache hinweisen, die auch vor mehreren Wochen sich zugezogen hat und von der ich denke, daß sie auf jeden Fall noch einer politischen Nachbereitung auch im Landtag bedarf. Und zwar hat ja der Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, der Helmut Roewer, nach den Morddrohungen, die gegen den Anmelder dieser Demonstration ergangen sind, die sich summiert haben und von denen auch der Verfassungsschutz in Kenntnis ist, in einem Interview gegenüber dem MDR gesagt, naja, also wenn man sich so aus dem Fenster hängen würde, da müsse man sich nicht wundern. Das war die Aussage Nummer 1.

Die Aussage Nummer 2 war, dies sei nun zwischen Rechten und Linken ja auch gewöhnlich so. Nach all dem, was vorhin empirisch der Steffen Dittes und die Antifa Saalfeld noch einmal an Einzelbeispielen vorgetragen haben über das, was rechte Gewalt ist und auch nach dem, was im Thüringer Verfassungsschutzbericht selbst steht, muß ich einmal feststellen, daß Helmut Roewer seinen eigenen Bericht nicht zu kennen scheint.

Das könnte man vielleicht abheften. Aber viel schlimmer finde ich, was das für ein politisches Selbstverständnis ist, was dieser oberste Hüter der Thüringer Verfassung hat. Und ich finde, das ist eine Sache, die man nicht als Lappalie abtun darf, zumal es noch ähnliche Äußerungen gibt, die das nicht als einen Lapsus erscheinen lassen. Das muß auf jeden Fall weiter in der Landespolitik bearbeitet werden. Insofern auch noch einmal meine Aufforderung an die Opposition im Thüringer Landtag, das auch noch einmal zur Sprache zu bringen.

Aber viel schlimmer finde ich, was das für ein politisches Selbstverständnis ist, was dieser oberste Hüter der Thüringer Verfassung hat.

Steffi L.

Landrat hätte sich Zustände im Knast anschauen sollen

Ich wurde in Saalfeld verhaftet. Also gleich, nachdem ich aus dem Bahnhof kam, im Prinzip ohne Grund. Um auf das Flugblatt noch einmal zurückzukommen. Das hat die Polizei ja auch prima als einen Grund genommen, um die Leute dort länger festhalten zu können. Also wäre ich wahrscheinlich nicht redegewandt genug gewesen, dann hätten die mich aufgrund dieses Flugblattes noch länger dort behalten. Herr Thomas hat vorhin gesagt, daß der Herr Kick sich eine Schutzkleidung anziehen mußte, weil die Leute dort mit Tomaten geschmissen hätten oder mit Gemüse.

Wir hatten überhaupt nicht die Chance mit irgendetwas zu wer-

fen. Ich war auch mit nichts ange-reist, weil man eben gleich verhaf-tet wurde. Zu den Matratzen. Ich weiß nicht, der Mann hätte einmal in den Knast fahren und sich dort die Zustände angucken sollen. Ich habe nur fünf Stunden dort verbringen müssen, andere eine Nacht oder auch länger. Also man hat selbst gefroren, wenn man stehen



mußte. Man mußte ewig lange warten. Die hygienischen Zustände waren meiner Meinung nach die letzten. Es gab nur zwei Toiletten, man konnte sich nicht die Hände waschen.

Es wurde von Herrn Thomas nicht erwähnt, daß viele Sachen von den Leuten, die dort angereist sind und verhaftet worden, beschädigt wurden, weil die Polizisten unfähig waren, auf die natürlichen Bedürfnisse der Leute in diesen Zellenbussen einzugehen. Also die Leute wurden genötigt, dort ihre Bedürfnisse abzulassen, sie durften nicht auf die Toilette gehen. Wir hatten in diesen Zellenbussen gerade mal einen Quadratmeter Platz, man saß dort mit Handschellen, reingefurcht. Ich habe absolute Platzangst, mir hat es dort den Hals abgeschnürt. Ich habe keine Luft mehr bekommen und laut gerufen. Darauf ist nicht eingegangen worden.

Die Matratzen, die Herr Thomas so großartig geschildert hat, waren sowieso kaum vorhanden, auch kaum Decken oder so etwas. Das gab es einfach nur in kleinen Kreisen. Ich meine, vielleicht sollten sie das nächste Mal ein Gefängnis nehmen, wo Heizungen sind oder was weiß ich.

Angelo Lucifero

Solange das Ansehen nicht geschädigt ist, darf unter der Decke vieles passieren

Also ich wollte noch eine Ergänzung machen zu den Fragen und Fehlern. Natürlich sind bei der Vorbereitung dieser Demonstration eine Menge Fehler gemacht worden. Wenn es nicht so wäre, wäre es keine Demonstration, die von nichthauptamtlichen Antifaschisten organisiert wäre, von Menschen, die von Geistes wegen Antifaschisten sind. Sie haben viel Freizeit dafür investiert, um das zu bewerkstelligen.

Zur Frage Gorndorf. Ich habe ja vorhin viel Presseschelte begangen, aber in einem Punkt darf man der OTZ in Gera nichts vorwerfen. Die hat richtig zitiert aus unserer Mitteilung, daß das Jugend- und Kulturzentrum Gorndorf ungewollt Rechtsextremen eine Grundlage bietet. Diese Aussage ist mitnichten zu korrigieren. Wir sind mit den Leuten dort richtigerweise im Gespräch, weil es erkennbar ist, daß es kaum Konzepte gibt vor Ort, wie man mit rechten Jugendlichen in einem solchen Jugendzentrum umgehen kann. Das ist so. Das ist kein falscher Vorwurf. Das bestätigen auch Leute aus dem Haus selbst.

Und ich denke, wir hätten die saubersten Recherchen - da gab es auch ein paar Fehler - auf den Tisch legen können. Diese Demonstration wäre verboten worden, weil sie eine Qualität hat, und die will ich fortgesetzt haben, da wo ich mich engagieren werde, die da heißt, wir haben uns nicht nur gegen den rechten Rand gerichtet. Da kriegt man leicht breite Bündnisse auf die Reihe. Da kann man schnell auf den bösen Neonazi zeigen, der ach so gewalttätig ist. Diese Demonstration hat sich zu recht gegen den Teil der Gesellschaft gerichtet, den wir als rechten Konsens bezeichnet haben, der viele Inhalte rechtsextremer Ideologie schon längst verinnerlicht hat.

Und diese „Front“ geht weit, weit über den Rechtsextremismus hinaus. Er geht hinein in die Gewerkschaften. Er geht hinein in die PDS. Er geht hinein in die SPD. Er geht hinein in Bündnis 90/Grüne und vieles mehr, und ist Alltagsbewußtsein von vielen. Es ist akzeptiert, daß es bestimmte Intoleranzen gibt. Deshalb wundert mich der Appell des Herrn Landrates überhaupt. Es gibt eine Intoleranz, die sich vor allem gegen Lebensweisen richtet, die nicht den eigenen konservativen Kriterien entsprechen. Und da ein Skin

Diese Demonstration hat sich zu recht gegen den Teil der Gesellschaft gerichtet, den wir als rechten Konsens bezeichnet haben, der viele Inhalte rechtsextremer Ideologie schon längst verinnerlicht hat.



mehr als ein sogenannter linker Jugendlicher, da entspricht ein Fremder weniger als ein Skin, weil er mehr die Werte des Otto-normalverbrauchers am Stammtisch widerspiegelt als das jeder sogenannte Fremde und Andersdenkender tut.

Das ist das, was auch - denke ich - sehr stark die Herrschaften in Saalfeld und anderswo und in den Ministerien aufgebracht hat, weil sich das auch gegen sie wendet, weil das Hauptproblem tatsächlich nicht die Frage nach rechter Gewalt ist. Die rechte Gewalt ist ein Ergebnis dessen, was sich in dieser Gesellschaft mehrheitlich unwidersprochen entwickeln kann, wo es immer nur ein Erschrecken gibt. Und das hat mit den Bränden angefangen, wo ein Kanzler Kohl sich Sorgen machte um das Ansehen der Bundesrepublik und ein Bürgermeister Beetz und Landrat tun auch nichts anderes. So lange das Ansehen nicht geschädigt ist, darf unter der Decke vieles passieren.

Martin S. - Antifa Saalfeld

„Beachtlicher“ Waffenfund der Polizei: Ein Messer, Reizgas und drei Handys

Ich bin Mitglied der Antifa Saalfeld und Bewohner des Wohnprojektes Schloßberg 1 und möchte noch einmal jetzt meine Erlebnisse vom 11. Oktober schildern. Ich werde dabei Auszüge aus meinem Gedächtnisprotokoll wiedergeben. Und beginne einfach einmal mit dem Samstag, dem 11. Oktober.

Also gegen 6.00 Uhr morgens bemerkte ich Bewegungen und ziemlichen Tumult und Fahrzeuge vor unserem Haus. Als ich aus dem Fenster gesehen habe, gab es auch in dem Moment einen lauten Knall, der von der Eingangstür her rüberkam. Fast gleichzeitig beginnt eine Flex, unsere Türen zu bearbeiten. Nachdem beide Türen zerlegt waren, stürmte schreiend das thüringische Sonder-Einsatzkommando (SEK) ins Haus. Die SEKler sind dann in mein Zimmer eingebrochen, haben halt richtig geschrien: Hinlegen, auf den Bauch, los runter. Wir sind halt nicht so schnell irgendwie auf den Fußboden gekommen. Wir sind dann hingeworfen worden, wurden dabei getreten und mit dem Stock geschlagen. Die Tritte erfolgten meistens in die Seite,



so daß auch keine körperlichen Anzeichen zu sehen waren später.

Beim Versuch, diese Leute dann zu beobachten, wurde uns noch einmal mit dem Schlagstock auf den Kopf gehauen mit der Bemerkung: Gesicht nach unten. So daß man nicht sehen konnte, was diese Beamten eigentlich in dem Zimmer tun. Einer dieser Polizisten hatte eine Pumpgun, also englisch Rückgewehr, bei sich. Und dieser trat dann gegen den Hundefreßnapf und hat irgendwie seinen Unmut geäußert, indem er schimpfte: Scheiße, der Köter ist

nicht da. Was ja eindeutig darauf zu schließen läßt, daß sie die Hunde, die eigentlich sonst im Haus sind, erschießen wollten.

Als die Polizisten bemerkten, daß ich wieder diese Leute irgendwie beobachtet habe, haben sie mir einfach eine Decke über den Kopf gelegt. Als alle Leute - wir waren insgesamt 14 und davon waren drei Pressevertreter aus Köln und Bonn - gefesselt waren, wurden wir dem nachrückenden USK übergeben und dieser hat uns dann aufgenommen, durchsucht und uns dann in diese Gefangenensammelstelle nach Unterwellenborn verfrachtet.

Ich würde gern noch einmal etwas zu dieser Gefangenenunterkunft sagen. Also das war ja früher eigentlich ein Arbeitslager zu DDR-Zeiten und wurde dann mit der Wende stillgelegt, und ist eigentlich auch im Moment baupolizeilich gesperrt. Vor dieser Gefangenensammelstelle wurden wir erst einmal in so einen Gefangenenbus verfrachtet. Bis wir so einzeln an die Reihe kamen zur Aufnahme, um dann noch einmal in die Zellen geschafft zu werden.

Und als die Polizisten uns aus dem Haus wegbrachten, habe ich einmal mal angefragt, mit welcher Begründung diese Erstürmung oder diese Durchsuchung durchgeführt werde. Und da bekam ich die Antwort, auf richterliche Anordnung. Als ich die Frage stellte, ob denn überhaupt unabhängige beziehungsweise neutrale Zeugen da sind, da bekam ich zur Antwort: Ich solle das ruhig ihnen überlassen. Und ich soll mich nicht aufregen.

Also das hatte eigentlich schon bewiesen, daß überhaupt keine neutralen Zeugen dort waren, und daß die auch dann machen konnten, was sie wollten.

Die Erstürmung des Wohnprojektes hat einen beachtlichen Waffenfund zu Tage gebracht, was sich in einem Messer, einem Reizgas und in drei Handys widerspiegelte. Um eine Durchsuchung oder die Erstürmung zu genehmigen, brauchten sie fadenscheinige Begründungen. Und da möchte ich auch einmal aus diesem Durchsuchungsprotokoll etwas zitieren. Das folgt aus den bisherigen Erkenntnissen der Polizei. Dieser wurde bezeugt, daß Vertreter der linken Szene versucht haben, Leuchtgeschosse und Gaspirolen zu erwerben und auch Rechte bemüht waren, sich zu wappnen.

Und als Abschluß möchte ich eigentlich nur noch einmal die Frage stellen, was wurde denn eigentlich hier in Saalfeld geprobt? Ich nehme an, daß das eigentlich einen ziemlich bürgerkriegsähnlichen Charakter hatte, um wahrscheinlich auch den Leuten klarzumachen, wenn sich jemand irgendwie regt und zuckt und nicht irgendwie ihren demokratischen Grundordnungen entspricht, dann wird massiv mit Gewalt geantwortet.

Was wurde denn eigentlich hier in Saalfeld geprobt?

Florian I.

Es war keine Blockade, wir waren eingekesselt

Es ist ganz günstig, daß ich gleich nach dem Vertreter der Antifa Saalfeld rede. Wir beide möchten auch Stellung nehmen oder möchten berichten, wie es war, wie wir diesen Tag, den 11. Oktober, erlebt haben. Wir waren ja nicht in Saalfeld. Wir haben es nicht bis nach Saalfeld geschafft. Wir haben es auch nicht bis nach Thüringen geschafft. Wir wurden ja auf dieser Autobahn festgenommen.

Am Anfang möchte ich noch etwas anderes sagen. Wir sind vorhin ein bißchen später gekommen. Deshalb haben wir die ganze Diskussion am Anfang nicht mitbekommen. Wir sind gekommen, als der Landrat von Saalfeld geredet hat und er von der RAF, der DKP geredet hat, von der Gleichsetzung rechts/links mit der Gleichsetzung rechtsextrem/linksextrem.

Also, da frage ich mich schon, wie das kommt. Es ging hier nicht um einen Anschlag der RAF, es ging hier um eine antifaschistische Demonstration, die in Deutschland nicht nur notwendig ist, wenn man solche Sachen wie Mölln, Sohlingen, Rostock, Lichtenhagen berücksichtigt. Gerade wegen den Vorkommnissen der letzten Jahre, wegen der aktuellen Lage nach der Wende, nach der sogenannten Wende, ist es in Deutschland nötiger denn je, das antifaschistische Demonstrationen stattfinden.

Daß es in Saalfeld-Rudolstadt, im Landkreis dort rechte Aktivitäten gibt, wurde letztlich dadurch bestätigt, daß dort diese 50 oder 60 Nazis bis an die Zähne bewaffnet am gleichen Tag festgenommen wurden. Also wer hier meint, es gibt in Saalfeld keine Nazis, der hat einfach Unrecht. Das wollte ich vorweg noch sagen.

Jetzt möchte ich beschreiben, wie wir diesen Tag verbracht haben. Wir sind in Berlin mit Bussen losgefahren. Die IG Medienjugend hat sich gemeinsam mit anderen Berliner Antifa-Gruppen an der Vorbereitung beteiligt. Es waren verschiedene Gruppen aus dem Antifa-Spektrum und von Gewerkschaften. Wir sind mit Bussen losgefahren, haben uns mit dem Ziel, dadurch daß diese Demo in Saalfeld verboten war, spontan gegen das Demonstrationsverbot von Saalfeld in Erfurt ans Innenministerium gewandt. Wir haben uns auf der Autobahn mit anderen aus Nürnberg, aus Potsdam und aus Görlitz getroffen, um dann gemeinsam nach Erfurt zu fahren. Wir wurden, kurz nach der thüringischen Landesgrenze, durch eine Polizeisperre gestoppt, die bestand aus Polizisten aus

Es ist in Deutschland nötiger denn je, das antifaschistische Demonstrationen stattfinden.

Die gingen vor uns, hinter uns, rechts und links auf der Autobahn in Stellung. Wir waren einfach umstellt. Es war deshalb keine Blockade, wir waren praktisch eingekesselt. Und die Autobahn war von der Polizei blockiert.

Thüringen und vom Sondereinsatzkommando USK aus Bayern, die dort schon postiert waren. Die Autobahn war also gesperrt. Als dann irgendwann die Leute anfangen auszusteigen, sind auch wir mit aus den Bussen ausgestiegen, um uns einer polizeilichen Personalienfeststellung erst einmal zu entziehen, um nicht direkt in die Kontrolle reinzufahren. Es ist dann sofort eine Delegation bestehend aus drei Leuten zu der Polizei vorgetreten, um mit denen zu verhandeln. Verhandelt wurde mit einem Herrn Schnaubert, wie er sich vorstellte. Es wurde gesagt, wir möchten nach Erfurt, dort spontan demonstrieren.

Es war zuerst noch eine kommunikative Ebene, wo auch andere Vorschläge unsererseits eingebracht wurden. Wir würden uns auch damit zufrieden geben nach Gera zu fahren oder nach Jena, wo auch antifaschistische Demonstrationen an diesem Tag friedlich stattfanden, wie also auch in Erfurt, wo mehrere Hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten. Das haben wir dem Herrn Schnaubert gesagt. Als wir dort standen, kamen mit Hubschraubern weitere Einheiten vom Bundesgrenzschutz (BGS), oder vom Bayerischen USK. Die gingen vor uns, hinter uns, rechts und links auf der Autobahn in Stellung. Wir waren einfach umstellt. Es war deshalb keine Blockade, wir waren praktisch eingekesselt. Und die Autobahn war von der Polizei blockiert.

Die Verhandlungen gingen dann soweit, daß wir irgendwann gesagt haben, daß wir auch bereit wären, einfach nach Berlin zurückzufahren, weil es uns alles auf deutsch gesagt zu stressig erschien, und weil wir dort keine Lust mehr hatten, nach drei Stunden auf der Autobahn dort noch weitere Zeit zu verbringen. Darauf ging er nicht ein. Er bestand auf die Personalienfeststellung. Er bestand darauf, daß alle in Gewahrsam, auch festgenommen werden. So geschah es dann auch. Wir wurden umstellt und festgenommen, und einzeln abgeführt.

Die Busse, die in der Zeit hinter die Polizeiabsperrung gefahren waren, wurden zu Gefangenentransporten umfunktioniert. Die Busfahrer mußten sich als Fahrer von Gefangenentransporten damit abfinden. Wir wurden dann auch wie die Antifas aus Saalfeld ungefähr gegen 17 oder 18 Uhr nach Unterwellenborn gebracht. Dort standen wir lange, dadurch, daß es sieben Busse waren, die letzten kamen drei oder vier Stunden später an. Dort wurde uns zum Teil nicht gestattet, in diesen vier Stunden auf die Toilette zu gehen oder sonstiges.

Wir wurden dann dort alle aus den Bussen gelassen, einzeln kontrolliert, die Personalien festgestellt, mit einer Sofortbildkamera fotografiert. Es wurden Schnürsenkel und alles andere abgenommen. Wir kamen uns vor wie - weiß der Kuckuck - wie Terroristen oder so. Das kennen ja auch die anderen, die festgenommen wurden.

Parallel haben wir mitgekriegt, daß im gleichen Knast, der ja baupolizeilich gesperrt ist, auch Neonazis untergebracht waren, die

uns mit „Sieg Heil“ begrüßt haben. Da ist die Polizei natürlich nicht eingeschritten. Warum auch?

Ich möchte jetzt auf die Situation der Männer im Knast eingehen. Meine Kollegin wird dann nachher auf die Situation der Frauen eingehen. Ich war gefangen in einer Zelle mit ungefähr 60 anderen Leuten auf weniger als 50 Quadratmetern. Die Fenster konnten nur zum Teil geöffnet werden. Es war eng, die Heizung hat nicht funktioniert, so wie es auch in dem Gebäude keine sanitären Einrichtungen gab. Es gab kein fließendes Wasser, es gab keine Telefone. Es gab eigentlich nur die Mauern und es gab gerade noch Licht. Wenn jemand aufs Klo wollte, passierte das eigentlich erst nach ungefähr einer Viertel Stunde, zwanzig Minuten an die Tür hämmern und unter Protest. Wir wurden dann zu den wenigen, aufgestellten Chemietoiletten einzeln geführt. Die Toiletten liefen über, es war kein Klopapier vorhanden.

In meiner Zelle gab es leider keine Matratzen. Wir hatten Decken. Wir haben auf keinen Matratzen geschlafen. Dementsprechend haben wir auch keine Matratzen kaputt gemacht. Das ist einfach falsch, was der Landrat Thomas da gesagt hat. Matratzen waren nur zum Teil vorhanden. - Decken haben wir gekriegt. Das waren Decken aus alten DDR-Stasi-Beständen, die dementsprechend auch aussahen und „gemütlich“ waren.

Verpflegung kam nach längerem Protest innerhalb von 32 Stunden. Wir wurden festgehalten bis Samstag morgen 1.00 Uhr, also rund 32 - 34 Stunden. Ein Brötchen, zwei Becher Tee und ein Ei, das war unsere Nahrung. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dort, wie der Herr aus Saalfeld geredet hat, noch die Leute etwas aus dem Fenster werfen. Das macht einfach niemand. Das ist ein Scherz, einfach nur.

Dann möchte ich noch von einem Übergriff erzählen, der sich in meiner Zelle ereignet hat. Mit dem Vorwand, daß Sachen aus dem Fenster geworfen wurden aus der Zelle, schritt die Polizei am Sonntag nachmittag, also nach rund 12 - 13 Stunden ein. Sie stürmte die Zelle mit gezogenem Knüppel, 15/20 Leute, guckten sich um, rasten durch die Zelle, griffen einen Jugendlichen wahllos raus, also der lag am Boden, griffen ihn wahllos und zerrten ihn raus. Der wurde draußen verprügelt, wurde nach ungefähr zehn Minuten wieder reingeführt. Ihm wurden die Hände auf den Rücken festgebunden und der wurde durch die Zelle geführt, wurde öffentlich geschlagen, vor den Augen von 50 Zeugen, wurde öffentlich an den Haaren gezogen und getreten. Im Anschluß wurde er dann in der Zelle zurückgelassen. Als wir dann faktisch dagegen protestierten, kamen nach rund einer Viertel Stunde noch einmal die Polizisten in die Zelle gestürmt und haben uns allen Handfesseln angelegt. Das war am Sonntag nachmittag. Wir haben die Handfesseln anbehalten bis Montag morgen, 1.15 Uhr, wo wir auf dem Bahnhof Berlin-Lichtenberg ausgestiegen sind. Das sind rund 6 oder 8 Stunden, die wir mit gefesselten Händen verbrachten.

Der wurde draußen verprügelt, wurde nach ungefähr zehn Minuten wieder reingeführt. Ihm wurden die Hände auf den Rücken festgebunden und der wurde durch die Zelle geführt, wurde öffentlich geschlagen, vor den Augen von 50 Zeugen, wurde öffentlich an den Haaren gezogen und getreten.

Ich möchte jetzt erst einmal noch aus einem Gedächtnisprotokoll von einem Mitgefangenen aus meiner Zelle berichten oder einfach vorlesen.

Um ca. 13.00 Uhr hatte sich die Lage, hatte die Lage einen Höhepunkt. Wir hatten immer noch nichts gegessen. Und die Polizisten hielten ein Mars und eine Packung Margarine an den Guckschlitz von der Zellentür. Sie meinten, wir sollten ruhig sein. Ich war daraufhin so sauer und wutschnaubend, daß ich gegen die Zellentür trat. Die Polizisten sahen mich und zogen mich aus der Zelle. Ich sagte sofort, daß ich keinen Widerstand leiste. Trotzdem wurde ich in die Polizeitoilette gezerrt, und ca. 8 Einsatzkräfte standen um mich herum. Er schleuderte mich gegen die Wand, wo mich ein Handtuchhaken im Rücken traf. Er schrie mich an und packte mich am Kragen, ob ich Ärger mit der Polizei wolle. Ich verneinte. Ein anderer fragte mich, warum ich gegen die Tür getreten hätte. Ich sagte, weil ich so aufgeregt war, nein, daß ich es nicht war. Daraufhin schlug er mich und sagte, daß er es auch nicht gewesen sei. Des weiteren forderte er mich auf, die Hände nach unten zu nehmen, die ich zum Schutz erhoben hatte. Ein Dritter legte mir Plastikhandschellen an. Er zeigte mir einen Schlagstock und meinte, wenn ich mich einmal bewege oder einen Mucks sage, schlägt er mir diesen über den Kopf. Ich stand dann unter Schmerzen im Rücken mit gefesselten Händen ca. 1 Stunde lang im Raum. Da war noch ein anderer Übergriff, der sich in meiner Zelle ereignet hat.

Jetzt möchte ich noch etwas sagen, kurz noch, was vorhin auch erwähnt wurde. Es wird von gewalttätigen Leuten aus dem Westen, von gewaltbereiten Autonomen geredet. Ja, wir sitzen hier, die anderen Kollegen der Antifa Saalfeld sind auch hier. Wir sind keine gewaltbereiten autonomen Reisechaoten oder sonst irgendetwas. Der, von der PDS aus dem Landtag, hat das vorhin richtig gesagt, im letzten Jahr die Demo in Wurzen verlief friedlich, das hat die Polizei selber gesagt. Die Demo in Saalfeld wäre auch so verlaufen. Jetzt möchte ich meiner Kollegin das Wort erteilen.

Wir sind
keine
gewalt-
bereiten
autonomen
Reise-
chaoten
oder sonst
irgend-
etwas.

Dennise K.

Durch laute Sprechchöre forderten wir immer wieder Essen und Trinken

Vier Schülerinnen haben sich dazu entschlossen, diese Demonstration persönlich zu unterstützen, weil wir es halt sehr wichtig finden, auch in diesem Bereich Antifaschismus einfach unsere Meinung kundzutun, und sei es durch eine Demonstration. Ich will jetzt selber etwas zu meiner Erfahrung im Knast, in der Gefangenenensammelstelle sagen, und dann noch etwas allgemeines, wie mit Minderjährigen umgegangen worden ist.

Also ich war in einer Zelle mit ca. 60 Frauen, die hatte auch so ungefähr 40 bis 50 Quadratmeter gehabt. Wir bekamen am Sonntag abend einen Becher Tee. Ich muß dazu sagen, es befand sich eine Schwangere bei uns in der Zelle, die überhaupt keine Sonderbehandlung bekommen hat und mit der vielleicht etwas zarter umgegangen werden sollte. Die ID-Behandlungen waren ca. 4.00 Uhr zu Ende, also bis 4.00 Uhr sind dann Bullen bei uns reingekommen, die irgendwelche Leute hochgezerrt haben, die nicht mehr wußten, wer in welcher Zelle war. Die einfach nur noch auf der Suche nach ihren Leuten waren.

Bei den Vernehmungen selber, die wir ja dort auch noch hatten, sind Minderjährige nicht genügend über ihre Rechte aufgeklärt worden. Es sind zum Teil auch Fragen zu den Schulen gestellt worden usw., und wenn man da eingegriffen hat und meinte, tja, du brauchst da nichts zu sagen, Du bist dazu nicht verpflichtet, ist man selber noch angeschrien worden. Am Sonntag vormittag sind dann die ersten aus unseren Zellen rausgeführt worden, um zum Haftrichter zu fahren. Die Leute, die dann noch in den Zellen geblieben sind, haben noch ein Becher mit Wasser und noch ein Brötchen bekommen. Für die, die halt zum Haftrichter mußten, war es der Becher Tee am Sonntag abend gewesen. Die Leute, die nicht, also es sind ungefähr die Hälfte der gefangenen Genommenen, nicht vor den Haftrichter geführt worden, wo auch ein großer Teil von Minderjährigen mit drunter war, die mußten in den letzten zehn Stunden, bis wir in Lichtenberg in Berlin um 1.00 Uhr rausgekommen sind, Handfesseln tragen, die sehr fest zugezogen worden waren.

Einzelne Frauen, die schon den Bescheid hatten, daß sie nach Hause gehen konnten, mußten bei den Nazis in den Zellen die Zellen aufräumen. Sie wurden dazu verpflichtet, ansonsten wären sie

Einzelne Frauen, die schon den Bescheid hatten, daß sie nach Hause gehen konnten, mußten bei den Nazis in den Zellen die Zellen aufräumen. Sie wurden dazu verpflichtet, ansonsten wären sie nicht freigelassen worden.

nicht freigelassen worden. Also es ist alles in Gedächtnisprotokollen festgeschrieben. Ich möchte daraus selber noch zitieren.

Während ich noch alleine in der Zelle war, betraten mehrere Beamte den Raum und begutachteten diesen. Sie forderten mich auf, aufzuräumen, was ich verweigert habe. Darauf folgten eine Menge beleidigende Sprüche über linke Dreckschlampen - kann man ja nichts anderes erwarten -, alle unter die Dusche stecken, müßte einmal den richtigen Mann kriegen. Hier stinkt es wie im Saustall. So müßte man die eh alle behandeln.

Oder eine andere Frau:

Wasser gab es überhaupt nicht. Die Toiletten bestanden aus mehreren auf den Hof gestellten Dixie-Klos für sämtlich Gefangene, meist ohne Klopapier und am Überlaufen. Auf dem Weg zum Klo wurde ich - wie alle anderen aus unserer Zelle auch - über einen Gang geführt, indem zu beiden Seiten Polizeibeamte saßen. Bei jedem Klogang kamen erniedrigende sexistische Sprüche über Po und Busen und Aussehen bis hin zu „Die linken Schlampen müßte man alle vergewaltigen“. Mehrere Frauen hatten Kreislaufprobleme, Kopf- und Blasenschmerzen. Dazu kam die innere Anspannung nicht zu wissen, was überhaupt mit uns geschieht. Durch laute Sprechchöre forderten wir immer wieder Essen und Trinken.

Bei uns war es dann so, daß die Luftmatratzen, die zu uns in die Zelle reingebracht worden, zum Teil kaputt waren, und wir uns dann höchstens noch als Wärmeunterlage unterlegen konnten, weil ja die Heizungen nicht funktionierten.

Es gab ein Sorgentelefon seitens der Polizei. Das ist dann über Freunde von uns in Berlin an die Eltern weitergegeben worden, die ihre Kinder gesucht haben. Die Eltern haben dort auch angerufen und nach ihren Kindern gefragt, wo sie die Antwort bekamen, ja sie wissen auch nicht, wo die Kinder sind. Die müssen halt besser auf ihre Kinder aufpassen. Minderjährige durften nicht telefonieren und ihre Eltern informieren.

Es gab im nachhinein Krätzefälle bei einigen Leuten, die in den Zellen waren, so daß wir noch versuchen, irgendetwas über das Gesundheitsamt zu regeln, weil die Matratzen wohl mit Krätzemilben verseucht waren. Des weiteren sind vielen Frauen die Tampons, die Binden und auch, was sie an Medikamenten hatten, also Pille usw., abgenommen worden. Sie durften die nicht mit in die Zelle nehmen.

Wir wollten lediglich gegen ein nationales Jugendzentrum in Saalfeld demonstrieren. Als die Demonstration verboten worden ist, wollten wir gegen dieses Verbot in Erfurt demonstrieren. Wir sind im Vorfeld kriminalisiert worden. Und wir werden mit dieser Kriminalisierung in eine Ecke gesteckt, wo wir nicht hingehören und wo wir auch nicht hinwollen. Wir sind nicht gewaltbereit. Das ist - so wie wir festgenommen worden sind, wie die anderen Demonstrationen verlaufen sind - so eindeutig, daß die Gewalt nicht von uns ausgeht, sondern vom Staat, von der Polizei, so wie mit uns umgegangen wurde.

Stefan H.

Zwanzig halbe Matratzen und zehn Decken. Und das für sechzig Leute ...

Ich komme aus Bad Salzungen. Ich war auch life dabei und in Farbe. Und ich habe da auch so eine Art Gedächtnisprotokoll gleich angefertigt, und da werde ich jetzt einmal daraus zitieren.

Ich bin im Zug mit ca. 15 bis 20 Punks aus Gotha und Eisenach und drei Polizisten und einem abgerichteten Schäferhund nach Saalfeld gefahren. Als ich dann aus dem Zug ausgestiegen bin, wurde ich von einem Polizisten am Arm gepackt und zu Boden geworfen und man hat uns dort direkt eingekesselt. Ein Polizist, der mir seine Dienstnummer nicht sagen wollte, der hat mich dann echt, er hat mich dann total brutal durchsucht, sagen wir es einmal so. Und da wollte ich noch sagen, ich weiß nicht, ich habe dann so eine Art Spezialbehandlung gekriegt, man hat mich zum Verhör geschafft und hat mir dort meine Personalien abgenommen.

Die Polizei hat mir keine detaillierte Auskunft gegeben, warum ich überhaupt festgenommen wurde oder sonst irgendetwas. Und wir sind dann in so eine Art Käfigwagen zu 12 in eben diese Strafvollzugsanstalt oder was weiß ich, was das war, gefahren worden. Ich würde sagen, das ist schon einmal ein Verstoß gegen die StVO, weil ich will einfach eine Sicherheit haben beim Autofahren, und wir hatten keine Gurte, nix zum Angurten. Ja egal.

Jedenfalls war in diesem Raum, da war eine übelste Sticke und man konnte kaum noch atmen. Es hat einem echt die Luft abgeschnürt. Und zu der Zeit, da hatten wir schon einen 15-jährigen unter uns, und der wurde genauso behandelt wie eben halt wir Älteren. Und bis jetzt fehlen mir einfach nur die Worte, Verstoß gegen Meinungsfreiheit, der persönlichen Entfaltung.

Ich darf jetzt schon mindestens eine Dreiviertel Stunde nicht urinieren. Jetzt ist es schon eine Stunde. Meine Blase und elf weitere platzen gleich. Um acht vor drei sind wir in dem Sammelzentrum angekommen, und dann hat man mir alles weggenommen.

Dann habe ich danach noch ein Gedächtnisprotokoll angefertigt. Halb vier - ich sitze immer noch auf dem Fußboden. Endlich wieder frei. Und das war dann 3.30 Uhr früh. Nach meiner fünften Leibesvisitation und viermal Personalien aufgenommen, kam ich dann endlich in einen kalten Raum mit ca. 30 Mitgefangenen, die teilweise noch schlimmer behandelt wurden als ich. Um rund 19.00

Die Polizei hat mir keine detaillierte Auskunft gegeben, warum ich überhaupt festgenommen wurde oder sonst irgendetwas.

Uhr nach harter kalte diskriminierender Spezialbehandlung, und das war echt das Übelste, wurde ich dann zum ersten Mal zu so eine Art Verhör geführt. Dort habe ich zum ersten Mal seit neun Stunden einen Apfel und eine Scheibe Brot zu essen bekommen.

Und dann habe ich hier noch ein anderes Gedächtnisprotokoll von einem Eisenacher. 50 bis 60 Leute in einer Zelle. Nix zu fressen. Ich sage es jetzt einmal so, wie er es hingeschrieben hat. 20 halbe Matratzen und zehn Decken. Und das für 60 Leute, arschkalt, weil keine Heizung und Haß auf Staat und Faschos.

Und dieser junge Mann, und der hat schon 15 Stunden lang nichts zu essen gehabt. Die Faschos wurden in Luxusbussen - habe ich da hingeschrieben - davon chauffiert. Eine halbe Stunde später kamen wir auch frei, aber wir Punks, uns hat man einfach nur vor die Strafvollzugsanstalt gestellt und sagte, wir haben für euch schon genug getan. So mußten wir in das nun 7 km entfernte Saalfeld laufen.

Und ich weiß nicht, ich frage mich echt, wie so etwas in der heutigen, jetzigen Gesellschaft angehen kann, daß einmal nur die übelsten Verstöße gegen eine Menge Gesetze, und ich weiß nicht, das ist einfach nur Haß. Tut mir leid.



Andrea K.

Ich wurde gleich am Bahnhof verhaftet

Das ist meiner Meinung nach nicht nur, es ist einfach ein Verstoß gegen die Menschenwürde. Als ich dort am Bahnhof angekommen bin, also aus dem Bahnhof gekommen bin, wurde ich ja gleich verhaftet. Habe mich dort auch wie ein Schwerverbrecher gefühlt. Also wir kamen ja nicht einmal in einfache Busse, wo man einen Menschen neben sich gehabt hätte, sondern in diese Zellenbusse. Dann dort diese Beleidigungen von Polizisten.

Also ich hatte vielleicht das Glück, eine einigermaßen freundliche Polizistin zu haben im Gegensatz zu ihrer Kollegin, die neben mir stand und ein Mädels, was buntgefärbte Haare hatte, auch mit Schlampe und Hure und was weiß ich beschimpft hatte. Die ganze Zeit gab es also Lästereien von Polizisten, die Leute in die falschen Zellen zu stecken. Und es wurde eben auch nichts getan, als eben aus den Fenstern, wenn man zur Toilette gebracht wurde, von den Rechten auch - wie gesagt - Schlampe oder Sieg heil gerufen wurde. Es wurde einfach nichts unternommen.

Ich wurde relativ schnell im Gegensatz zu anderen freigelassen, ich bin nur fünf Stunden dort geblieben, weil ich am Abend mit meiner Band ein Konzert in Jena hatte. Ich mußte einen Platzverweis für den gesamten Saalfeldkreis unterschreiben, um freizukommen. Der hatte sich dann auf fünf Tage bezogen. Zum Bahnhof wurde ich auch nicht gefahren, da hat mich dann ein Freund gefahren, weil ich schon Angst hatte, am Bahnhof wieder verhaftet zu werden, schon allein wegen diesem Platzverweis.

Ich finde auch, es ist einfach das absolut Letzte, was dort abließ. Und auch die Leute, so etwas von mies zu behandeln, menschenentwürdigend zu behandeln, - das ist -, also als ich in diesem Zellenwagen saß, habe ich einfach nur an Nazizeit gedacht, also an vergangene Zeiten, was man in den Geschichtsbüchern lesen kann. Nur das es jetzt, okay, damals war es auch erlaubt.

Ich mußte einen Platzverweis für den gesamten Saalfeldkreis unterschreiben, um freizukommen.

Bernd Hecker, IG Metall Saalfeld:

Die Schulhöfe waren mit Polizeiautos belegt

Das, was hier berichtet wurde, hat mich tief erschüttert. Ich denke mir, das bedarf einer gründlichen Aufarbeitung. Ich arbeite als Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Jena/Saalfeld, die als Einzelgewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes Mitaufreuer dieser am 11. Oktober geplanten friedlichen Demonstration gegen den rechten Konsens war.

Viel zu kurzfristig kam die Verbotsvorgabe zu dieser geplanten Demonstration, um die Informationen zur Absage an alle weiterzu-



geben. Für mich war es vollkommen überraschend und unverständlich, daß in unserer Stadt

Saalfeld, die unter rechtsextremistischer Entwicklung leidet, eine geplante friedliche Demonstration, die den Zweck erfüllen sollte, alle Bürger zu stärken, einer solchen Entwicklung offen und ohne Angst entgegenzutreten und für die Zukunft den rechtsorientierten, der rechtsorientierten Szene in Saalfeld keine Chance zu Aufmärschen und Organisationen zu geben, zu verbieten.

Am 11. Oktober bot sich schon am Morgen bzw. am Abend zuvor in unserer Stadt, ich bin Saalfelder, ein Bild der Polizeipräsenz. Ständig heulten Sirenen, Polizeisirenen, Polizeiautos rasten mit Blaulicht durch die Stadt, und zwei Hubschrauber überflogen ständig die Stadt. Allein diese Tatsache verunsicherte Saalfelds Bürger und flößte Angst ein, weil mir ist bis jetzt nur bekannt, daß Blaulicht und Sirene ertönt, wenn Menschenleben in Gefahr sind.

Die Schulhöfe der Saalfelder Schulen waren mit Polizeiautos belegt. Ich habe da auch Fotografien dementsprechend geschossen. Die Kinder mußten schon am Tag zuvor ihre sonst in der Schule gelagerten Schulmaterialien mit nach Hause nehmen, da einige Schulen für die Polizei als Übernachtungslager dienten. Der Verkehr war durch die Polizeipräsenz erheblich beeinträchtigt. An den Stadträndern gab es Kontrollen.

Ich begab mich gegen 8.00 Uhr morgens in unser Gewerkschaftsbüro, da wir uns mit anderen Mitgliedern von Gewerkschaften, Parteien, der LAG, Antifa und Interessierten dort verabredet hatten. In der Hauptsache sahen wir uns verantwortlich, die Ereignis-

Ständig heulten Sirenen, Polizeisirenen, Polizeiautos rasten mit Blaulicht durch die Stadt, und zwei Hubschrauber überflogen ständig die Stadt.

se am 11. Oktober zu koordinieren, Verbindungen zu Betroffenen herzustellen und Anreisewilligen abzusagen. Durch einen koordinierten Telefondienst waren wir in der Lage, eine Vielzahl von anreisenden Demonstranten zur Umkehr zu bewegen. Noch vormittags wurde abgesprochen, ein Flugblatt zur Situation zu erstellen, um ankommende Jugendliche auf dem Bahnhof zur Heimreise zu bewegen, und sie nicht erst aus den Zügen aussteigen zu lassen bzw. sie auf andere Bahnsteige zu begleiten, um ihnen die Heimreise zu ermöglichen.

Ab Mittag waren wir auf dem Bahnhof. Nachdem wir Informationen erhalten hatten, daß anreisende Jugendliche, egal mit welcher Absicht sie nach Saalfeld wollten, festgenommen, erkennungsdienstlich erfaßt wurden und anschließend in der ehemaligen DDR-Haftanstalt in Unterwellenborn/Camsdorf unter Untersuchungsgewahrsam kamen. Weiterhin wurde uns durch Presseinformationen durchgestellt, daß rechts, links und nicht einzuordnende Jugendliche alle in die gleiche Haftanstalt verbracht wurden.

Der Bahnhof Saalfeld war ab den Mittagsstunden mit starker Polizeipräsenz belegt, und als ca. 50 Jugendliche mit den Zügen ankamen und versuchten, durch die Bahnstufunterführung in die Stadt zu gelangen, wurden sie von der Polizei in eine Ecke gedrängt und danach einzeln an die Wand des Bahnhofsgebäudes oder der Polizeiautos gestellt. Hier auch ein Bild einer Frau, die mit erhobenen Händen und gespreizten Beinen am Polizeiauto stehen muß, um sich öffentlich einer Leibesvisitation unterziehen muß. Von den jugendlichen Mädchen und Jungen ging in keiner Form Gewalt aus. Ich war selbst dort Zeuge. Also wir haben in nicht einem Fall erlebt, daß ein Jugendlicher Gegenwehr gezeigt hat. Sie ließen die Prozedur, wo ich mir selbst die Frage stelle, ob ich das durchgehalten hätte, sie ließen die Prozedur über sich ergehen, ohne ein geringstes Anzeichen von Gegenwehr. Und die männlichen Jugendlichen mußten an dem kalten Tag sogar ihre Pullover ausziehen, nachdem sie einer Leibesvisitation unterzogen waren. D. h. sie wurden erst leibesvisitiert und danach mußten sie trotzdem sich noch einmal ausziehen auf dem Bahnhofsvorplatz. Alle Versuche, das zu verhindern, sind gescheitert. Einzige Gegenwehr dieser Jugendlichen war zu singen: Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen und Rosa Luxemburg reichen wir die Hand.

Allein diese Tatsache sollte manchem Demokraten zum Nachdenken anregen.

Bei den Jugendlichen konnten auch keinerlei waffenähnliche Gegenstände oder sonstige Gewaltutensilien gefunden werden. Das einzige, was man den Jugendlichen weggenommen hat, waren Haustürschlüssel, Brillen und sonstige Dinge. Ich hatte mich versucht, dagegen aufzulehnen. Als eine Polizistin einem Jugendlichen den Haustürschlüssel wegnahm und er Angst hatte, daß er überhaupt wieder in seine Wohnung reinkommt. Da wurde mir mit-



geteilt, das geht mich nichts an. Das ist Sache der Polizei.

In vielen von uns geführten Gesprächen mit anwesenden Polizisten konnten wir aus ihren Äußerungen entnehmen, daß sie nicht verantwortlich für diesen Einsatz zu machen sind. Einige Polizisten fühlten sich bei diesem Einsatz sehr unbehaglich. Ein junges festgenommenes Mädchen, heute habe ich festgestellt, sitzt hier am Tisch, auf dem Bahnhof war Tränenüberströmt, weil sie nach meiner Ansicht noch nie in einer derartigen Situation war. Nach Gesprächen mit Polizisten mußten wir entnehmen, das einzige Kriterium für die Festnahme von Jugendlichen war, jung, bunt und nicht aus Saalfeld/Rudolstadt.

Wir konnten die anwesende Polizei überzeugen, daß Jugendliche, die mit Zügen ankamen, auf einen anderen Bahnsteig geführt wurden, um mit anderen Zügen wieder abzureisen. Es hat lange Überredungskünste gekostet, bevor sie in Untergewahrsam kamen. Im Laufe des Tages wurden linke wie rechte Jugendliche aus der Haftanstalt einzeln entlassen. Die in Camsdorf - die Haftanstalt liegt in Camsdorf, die gehört zwar zu Unterwellenborn, aber die liegt in Camsdorf, auf dem ehemaligen Max-Hütten-Gelände - völlig fremd waren und nicht wußten, wie sie ihre Heimreise antreten sollten. Wir hatten uns als Aufgabe gesetzt, diese Jugendlichen mit unseren Pkw's nach Saalfeld zu transportieren und zu den Zügen zu geleiten. Denn ihre Sicherheit vor der Haftanstalt und umliegender Gegend war nicht gewährleistet, da sich vor der Haftanstalt und an der Bushaltestelle in Camsdorf rechte Jugendliche versammelt hatten, um ihre Gleichgesinnten abzuholen.

Ich selbst mußte mir in Anwesenheit von Hundertschaften der Polizei gefallen lassen, Gewerkschaftsschwein, Metallerschwein betitelt zu werden, und mir androhen lassen, daß ich mir einen Platz auf dem Friedhof suchen soll. Im übrigen wurde von rechten Jugendlichen mein Autokennzeichen notiert. Schlachtrufe der Rechten wie „Deutschland den Deutschen“ wurden nicht unterbunden. Wir fuhren mit den Autos bis Sonntag früh 2.00 Uhr. Ich habe selbst drei Jugendliche nach Saalfeld gebracht, die aus Ilmenau waren und mit der geplanten Demonstration nichts zu tun hatten. Die ganz einfach nach Saalfeld zum Tanz wollten und in der Haftanstalt landeten. Diese Jugendlichen wurden gegen 1.00 Uhr auf freien Fuß gesetzt, mußten Spießruten durch die rechte Szene laufen.

Zwei Journalisten aus Berlin lieferte ich zum Übernachten im evangelischen Gemeindehaus ab. Beim Abstellen meines Autos vor unserem Büro in Saalfeld am Sonntag früh 2.30 Uhr fand ich unter meinen Vorderrädern zwei Falschen mit abgeschlagenem Hals. Noch in der Nacht zum Sonntag haben wir im Gewerkschaftsbüro eine Sammelaktion gestartet, um die auf der Autobahn festgenommenen Jugendlichen, die bis 1.00 Uhr nachts in Camsdorf, an der Camsdorfer Bushaltestelle in der Nähe der Haftanstalt in den Bussen fahren mußten, bevor man sie einzeln gefesselt in die Haftanstalt brachte, mit Getränken und Essen zu versorgen. Sie wurden

Schlachtrufe der Rechten wie „Deutschland den Deutschen“ wurden nicht unterbunden.

teilweise von uns versorgt. Die hatten bis zu dem Zeitpunkt nichts bekommen. Ich habe auch selbst erlebt, wie ein junges Mädchen aus so einem Bus ihre Notdurft verrichten wollte. Das wurde nicht gestattet. Als ich am Sonntag mittag einen Jugendlichen, denn ich bin auch noch sonntags im Fahreinsatz gewesen, mit gefärbten Haar vor der Haftanstalt abholte, um ihn sicher nach Saalfeld zum Zug zu bringen, wurden wir von einer Mannschaft rechter Jugendlicher als Zeckenschweine und Gewerkschaftsschweine beschimpft und mit vielen Drohungen bedacht.

Die Stimmung vor der Haftanstalt war so gefährlich für mich, daß ich mich entschloß, auf Anraten der beiden Berliner Journalisten, die anwesend waren, die im evangelischen Gemeindehaus übernachtet hatten, nicht mehr zur Haftanstalt zu fahren. Am selbigen Tag erhielt meine Tochter, 11 Jahre alt, zu Hause einen Anruf, sie möge ihrem Vater ausrichten, daß er sich einen Platz auf dem Friedhof suchen sollte. Im Laufe der Woche erhielt auch meine Mutter Drohanrufe, die auf mich bezogen waren.

Alle diese Eindrücke haben bei mir tiefe Spuren hinterlassen. Ich werde mit dieser Situation schlecht fertig. Zu DDR-Zeiten wurde ich verfolgt und inhaftiert. Ich weiß, von was die Jugendlichen sprechen. Mittlerweile rehabilitiert. Weil ich lange Haare hatte und Andersdenkender war. Aber in unserem jetzigen Staat mußte ich erleben, wie Jugendliche, die vom Verbot der Demo nicht informiert waren, festgenommen, wie Kriminelle abgeführt und mit Plastikbändern gefesselt wurden und anschließend in Untersuchungsgewahrsam kamen, nur weil ihnen daran liegt, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Faschismus keine Chance hat.

Mir tut auch besonders weh, daß ich als ehemals Andersdenkender, ich bin es heute wieder, in der DDR, der als einer der ersten auf dem Saalfelder Marktplatz die SED-Diktatoren einer falschen Politik bezichtigte, heute als linksextremer Gewalttäter hingestellt werde, dem unterstellt wird, daß in seiner Heimatstadt Schaden von linken Chaoten, daß er seiner Heimatstadt schadet und von linken Chaoten die Stadt in Schutt und Asche legen lassen will. Denn genau diese Darstellungen sind in der öffentlichen Presse gegen die Demoorganisatoren gelaufen. Für Gewerkschafter ist diese von politischen Verantwortlichen losgetretene Kampagne eine Beleidigung, denn in Saalfeld haben sich viele Gewerkschafter und auch SPD-Genossen bereiterklärt, gegen den rechten Konsens zu demonstrieren, falls die Demo genehmigt würde.

Ich möchte nicht, daß sich die Geschichte der Deutschen wiederholt. Daß Gewerkschafter zum Spielball der Politik werden. Und daß man sich fürchten muß, nachts auf die Straßen von Saalfeld zu gehen. Wer die Augen vor solch einer rechtsextremen Entwicklung verschließt, macht sich mit verantwortlich so wie ich und alle Bürger der ehemaligen DDR für das Geschehene Mitverantwortung tragen. Die eigene Geschichte kann man nicht einfach per ad acta legen.

Am selbigen Tag erhielt meine Tochter, 11 Jahre alt, zu Hause einen Anruf, sie möge ihrem Vater ausrichten, daß er sich einen Platz auf dem Friedhof suchen sollte. Im Laufe der Woche erhielt auch meine Mutter Drohanrufe, die auf mich bezogen waren.

Prof. Dr. Ludwig Elm

Jahrzehnte lange Verharmlo- sung von Rassismus und Neo- faschismus

Wir haben in den letzten Beiträgen wahrscheinlich das gehört, was irgendwie am Ende den Kern der heutigen Anhörung in den Aussagen bilden und als Grundlage für die weiteren Schritte und für die anstehenden Einschätzungen dienen wird. Ich will das mit ein paar Eindrücken, ich hatte nicht solche schlimmen Erfahrungen an dem Tag in Saalfeld, zusammen aber mit meinen Eindrücken kurz ergänzen, nicht das wiederholen, was in anderen Beiträgen zum Ablauf schon gesagt wurde. Und will ein paar ergänzende Bemerkungen machen zu den Fragen, die schon heute in unserem Kreis angesprochen wurden und die nach meiner Ansicht in die Analyse und Bewertung der Gesamtvorgänge gehören.

Also ich bin an dem 11. am frühen Nachmittag in Saalfeld eingetroffen, weil es diese Ankündigung, die Einladung gab, weil für mich auch offen war, ob das Verbot nicht vielleicht noch im letzten Augenblick aufgehoben wird und um in dieser oder jener Weise das Ganze politisch noch mit zu gestalten. Auch deshalb, weil mir in meiner politisch-parlamentarischen Arbeit in Bonn diese Aufgaben des Antimilitarismus/Antifaschismus wichtig sind und das auch in meiner Eigenschaft als Landessprecher des Bundes der Antifaschisten.

Ich habe mich dort am Bahnhof, wo ich die ganze Zeit am Nachmittag mit anderen war, bei dem Einsatzleiter des Kommandos vorgestellt als Abgeordneter, habe gesagt, daß ich die Anliegen derjenigen, die zu dieser vorgesehenen Kundgebung anreisen - vor allem auch der jungen Leute - die antifaschistischen Anliegen unterstütze, daß wir aber gleichzeitig davon ausgehen, daß wir nun das Verbot respektieren müssen, daß die Auseinandersetzungen in anderer Weise auszutragen sind und daß ich bereit bin, mit meiner Anwesenheit über die Folgezeit zum gewaltfreien Verlauf der Auseinandersetzung mit beizutragen. So ist es dann gewesen, und ich kann das bestätigen, was schon, wo ich mich beteiligt habe, zu dem, was am Bahnhof stattfand, und auch zu den Eindrücken und Kritikpunkten, die ich hier auch noch mal zur Bekräftigung skizzieren will. Auch was das Verhalten der friedlichen Demonstranten oder die demonstrieren wollten, angeht, der Jugendlichen, und was

den Aufmarsch an Polizeikräften, an Machtmitteln des Staates betrifft.

Also, die wichtigsten Eindrücke sind die aus der letzten Phase der Vorbereitung im Ablauf am 11. Oktober in Saalfeld, der Diskriminierung und der Kriminalisierung von Antifaschismus in diesem Land und das unter dem Vorzeichen dieser Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus. Das ist schon zu Recht angesprochen worden. Worum handelt es sich? Wir haben im Lande eine konservativ geprägte Bestimmung von dem, was Extremismus ist. Das heißt, eine Bestimmung, die von Positionen ausgeht, die selber weit rechts im politischen Spektrum sind. Und daraus ergibt sich von diesem Standort aus ein sehr enges Verständnis von Rechtsextremismus; da muß man schon die Totschlagmittel und Waffen und die Hakenkreuzfahne bei sich führen, um als solcher identifiziert zu werden oder bei der Tat erwischt werden, und ein sehr extensiver Begriff von linkem Extremismus. Das kann man zur Illustration - da muß ich aus Zeitgründen drauf verzichten - seit Jahren in den Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern nachlesen. Denen liegt dieses Verständnis zugrunde und damit dieses Feindbild. Dahinter steht geschichtlich - auch das ist angesprochen worden vom Zeithistoriker - eine Bemerkung dazu, daß das angeblich vom Niedergang und Scheitern der Weimarer Republik geschichtlich gestützt wird.

Lange dominiert in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik und heute noch in den seriösen Darstellungen die grundsätzliche Wahrheit, daß ohne die Beihilfe des deutschen Konservatismus der Erfolg des Hitlerfaschismus in diesem Lande 33 und mit allem, was daraus folgte, nicht möglich gewesen wäre. Und das bezieht sich auf die konservative Strömung in ihrer ganzen Breite von diesen Ideologien der konservativen Revolution, von dem politischen Versagen der Mehrheit der deutschen Hochschullehrer, von der Rolle der Reichswehr beim Aufkommen und Erfolg des Nationalsozialismus. Da gehört in der Schlußphase dann natürlich auch die Rolle der Wirtschaft und aller bürgerlichen Parteien dazu. Angefangen bei den Deutsch-Nationalen, die vorpreschten, aber dann auch die anderen, die im Sommer 32 gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien - nur die beiden Arbeiterparteien nicht - Hitler zum Präsidenten des Reichstages gewählt haben, die Nazis überhaupt dann schrittweise bereit waren, in das Herrschaftssystem einzugliedern. Und die dazu geführt haben, bis zu ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz - das heißt also die Diskussion der Fragen, der Fehler, Versäumnisse der Arbeiterparteien im Verhältnis zu den bürgerlichen - ist die, wo auf der einen Seite im Kampf gegen Faschismus auch tragische, schlimme Fehler gemacht wurden, aber auf der anderen Seite die, daß man das überhaupt erst in diesem Lande durch Paktieren und durch gemeinsames Vorgehen und durch die schließliche aktive Unterstützung der Einbeziehung der Nazis realisieren ließ. Das wollte ich nur andeuten, das ist hier angespro-

Wir haben im Lande eine konservativ geprägte Bestimmung von dem, was Extremismus ist. Das heißt, eine Bestimmung, die von Positionen ausgeht, die selber weit rechts im politischen Spektrum sind.

chen worden, und das steht weiter nun in neuer Weise im Lande zur Diskussion.

Aus all dem folgt, daß wir es in diesem Land, vor diesem Hintergrund mit einem weiten antidemokratischen Feindbild zu tun haben. Sowieso ist die Linke seit über 100 Jahren und ist damit auch die linke Tradition des Antifaschismus, der Arbeiterbewegung, damit aufgenommen und wird jetzt übertragen auf die Gruppen, die sich hinter diese humanistischen Leitbilder stellen.

Ich nenne als zweiten Kritikpunkt von diesem Tag, daß aus all diesem Gesagten folgende, nämlich des völligen Fehlens auch nur der geringsten Kompromißbereitschaft, des Einlenkens bestand, wenn ich so von dieser untergeordneten Ebene, die wir da erreicht haben am Bahnhof, wo nicht jeder dann noch zur Feststellung geführt werden mußte und nicht jeder inhaftiert wurde, wenn ich mal von diesen minimalen Dingen absehe, aber ansonsten, wie es hier geschildert wurde, ansonsten keine Kompromißbereitschaft gab.

Und damit will ich das Bild noch abrunden. Ich glaube, das gehört in die Gesamtbetrachtung, und da ich hier politisch die Bundesebene verrete, muß ich sagen, in die Gesamtanalyse in diesem Land gehört, daß die entscheidenden Linien, die entscheidenden Richtungen bei der Frage nach der Verantwortung für diese Entwicklung zu den politischen konservativen Führungskräften in Erfurt und Bonn führen müssen.

Und die Bonner will ich ausdrücklich mit einbeziehen, die in der Tradition einer jahrzehntelangen Verharmlosung und Begünstigung von Rassismus und Neofaschismus stehen. Das ist bewiesen, es ist alles dargestellt, kann alles neu unterbreitet werden. Ich muß es bei den Stichworten belassen. Die jetzt dabei sind, das Bild der deutschen Geschichte umzuschreiben und die vor allem auch wieder mit ihrem, diesen in Deutschland so traditionsreichen und in Westeuropa in dieser Weise - außer bei Faschisten - nirgends anzu-treffenden militanten Antisozialismus und Antikommunismus nun auch in die einschlägigen Traditionen der Weimarer Republik und ihres Niederganges wieder eintreten. Daß alles auch vor dem Hintergrund die Wechselbeziehung gehört, daß in neuer, dreister Weise, wie es vor 10 und 20 Jahren nicht vorstellbar, von den zentralen politischen Führungskräften - der sog. politischen Mitte - nationalistische, fremdenfeindliche Leitbilder wieder aufgewertet werden und daß das alles im Kontext einer verhängnisvollen Umorientierung der deutschen, auswärtigen Interessen-, Macht-, Sicherheits- und Interventionspolitik geschieht.

Ich will das abschließend noch an einem Beispiel andeuten. Dahinter steht auch meine jahrelange Beschäftigung mit Ungarn, mit der NS-Vergangenheit und der deutschen Rechten in Vergangenheit und Gegenwart, wenn ich sage, es gibt nachweislich Zusammenhänge von den politischen Führungskräften ins rechts-konservative bis rechtsextreme Spektrum hinein. Da treten, wie der Kanzler, wie andere Parteipolitiker in Bonn als jahrzehntelange För-

In die Gesamtanalyse in diesem Land gehört, daß die entscheidenden Linien, die entscheidenden Richtungen bei der Frage nach der Verantwortung für diese Entwicklung zu den politischen konservativen Führungskräften in Erfurt und Bonn führen müssen.

derer rechtskonservativer nationalistischer Stiftungen, wie der Goldstein-Stiftung in München, auf. Da konnte ein Herr Kohl einen alt-nazistischen und rechtsextremen Journalisten, einen Hetzer gegen Pazifismus und Linke, gegen Gewerkschaften, wie Kurt Ziesel, darstellen als ein Beispiel für Journalistik in dieser bundesdeutschen Demokratie. Kohl, der dort wiederholt bei diesen Leuten als Festredner war, der auch den Preis dieser Stiftung angenommen hat. Das spricht Bände!

Da ist die Traditionspflege der Wehrmacht, die uns immer wieder beschäftigt, so auch im Zusammenhang mit dem Bericht der Wehrbeauftragten auch die aktuellen Themen des Rechtsextremismus und der Bundeswehr auf die Tagesordnung kamen, und davon ist nicht zu trennen der Umgang mit den Traditionen der Naziwehrmacht. Mit einiger Ironie - es ist makaber genug - könnte man sagen, was ist das für eine Scheinheiligkeit der Empörung, wenn man jahrzehntelang Kasernen nach Nazigenerälen benennt. Jetzt geht diese Anstrengung auf. Jetzt marschieren sie auf mit solchen Leitbildern. Das ist doch so eine Scheinheiligkeit, sich jetzt so hinzustellen, als wären das isolierte Erscheinungen, über die man bestürzt ist und so weiter.

Ja, und dazu gehört, daß es auch stillschweigend in Bonn über die Bühne ging, wenn Mitglieder des Parlaments, die den Regierungsparteien angehören, in Publikationen mit Neofaschisten, nicht mit irgendwelchen, publizieren, wie es z.B. die Herren Dregger und Lummer in einem Sammelband von 1995 zur Vertreibung gemacht haben, gemeinsam mit solchen Typen wie - das Schlimmste, was wir im Land auf dem Gebiet haben - dem Faschisten Gerhard Frey, Vorsitzender der Deutschen Volksunion und Herausgeber der faschistischen Nationalen Zeitung.

Es gab übrigens auch die Szene im Bundestag im Zusammenhang mit der Diskussion über die Ausstellung zu Verbrechen der Wehrmacht und bei dem Antrag der Opposition, diese Ausstellung auch im Foyer des Bundestages zu zeigen. Der Antrag wurde abgeschmettert. Da gab es auch die Episode, daß an den Vorsitzenden einer bekannten Regierungspartei in München und Bonn appelliert wurde, er möge sich doch von den unsäglichen rechtskonservativen und neonazistischen Komplotten und Bündnissen und Aufmärschen in München und Herrn Gauweiler kritisch distanzieren - das hat nicht stattgefunden.

Antifaschismus, Antirassismus, Internationalismus, solidarisches Denken, das alles gehört zum wertvollsten, was die junge Generation hat, was wir haben. Und was ich heute gehört habe, hat mein Bild noch in einer kaum vorstellbaren Weise vervollständigt. Ich will meine persönliche Bereitschaft erklären, bei der weiteren Verfolgung dieser Dinge und ihrer Darstellung bis nach Bonn, dies weiter zu unterstützen.

Barbara M.

Wie wollen wir in Zukunft mit solchen Sachen umgehen? —

Ich arbeite im Landesjugendamt in Eisenach. Und ich kenne die Saalfelder Szene recht gut. Mir stellen sich da ein paar Fragen. Aus den Berichten der Jugendlichen und Herrn Hecker habe ich wieder gehört, daß beide Gruppierungen festgenommen worden sind zunächst, daß aber dann die Rechten mit Bussen von Unterwellenborn nach Saalfeld gebracht wurden und die Linken - ich sage das einmal so pauschal, obwohl ich denke, das ist mit so einer vereinfachten Darstellung nicht getan ist - und die Linken sehen sollten, wie sie von Unterwellenborn dann wieder nach Hause kommen.

Ich habe ähnlich auch schon erlebt in Saalfeld in anderen Zusammenhängen. Bei dem Aufruf zu dieser Demonstration ist ja eine Liste von verschiedenen Ereignissen aufgezählt worden, die ich zum Teil selber miterlebt habe und es ist mir da auch aufgefallen, daß, also wenn beide Gruppierungen zunächst festgenommen worden sind, weil sie zusammengestoßen sind irgendwo auf dem Markt oder wo auch immer, daß die Rechten innerhalb kurzer Zeit wieder auf freiem Fuß standen und die Linken bis zum nächsten Morgen festgehalten worden sind. So geschehen anlässlich der Tagung des Freundeskreises Ullrich von Hutten, ja muß ich jetzt überlegen, im Juli 1993 in Saalfeld. Meine Frage ist, muß es erst ein Skandalvideo geben, so wie bei der Bundeswehr, damit endlich einmal deutlich wird, daß innerhalb der Polizei einige doch ganz stark blind auf dem rechten Auge sind? Es kann ja nicht anders sein. Es kann ja nicht anders zu erklären sein, daß so eine Ungleichbehandlung immer wieder dieselben trifft?

Eine zweite Frage, die sich mir stellt, ist die, wie wird denn diese Sache hier ausgewertet? Also ich muß sagen, diese Berichte von den jungen Leuten haben mich tief erregt. Ich hatte das so nicht erwartet. Und ich habe auch keinen Grund, an den Aussagen zu zweifeln. Ich habe ähnliches über meinen Sohn erfahren, der bei dem Zusammenstoß am 2. Mai Mitbeteiligter gewesen ist in Saalfeld. Es war Besucher des Konzertes im Jugendklubhaus, wollte frische Luft schnappen zwischendurch, war eben zur falschen Zeit am falschen Ort mit dem falschen Haarschnitt, und hatte dann die Nacht auf der Polizeiwache in Rudolstadt verbracht. Und das, was Herr Thomas hier sagte, wie freundlich die Polizei mit den Jugendlichen umgegangen ist, stimmt in keiner Weise. Ich hoffe, daß es da noch

eine Auswertung gibt. So kann das einfach nicht stehenbleiben, denn alle unsere Beschwerden auch ans Innenministerium über die Behandlung eines 15jährigen sind bisher ohne Antwort geblieben.

Ich hoffe nicht, daß die letztendliche Beurteilung so lautet, wie ich es hier zitieren möchte. Unser Dank gilt dem Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt, den Gerichten, daß sie mit ihren Verbotsverfügungen den Schutz der Bürger die oberste Priorität gaben. Unser Dank gilt auch dem Innenminister Dr. Dewes, der mit einem großen Polizeieinsatz in dieser Stadt schlimmes verhindert hat. Einige sprechen zwar von Unverhältnismäßigkeit, doch erst die Präsenz der vielen Uniformen hat Straßenschlachten verhindert.

Also ich kann mich dieser Einschätzung überhaupt nicht anschließen, und ich hoffe nur, daß der Autor - Kreistagsabgeordneter - in Unkenntnis der tatsächlichen Ereignisse dieses geschrieben hat.

Ein letztes Problem, das ich ansprechen möchte, ist, wie wollen wir denn in Zukunft mit solchen Sachen umgehen? Wir sind jetzt inzwischen auf einer ziemlich hohen politischen Ebene angekommen, was Prof. Elm eben geschildert hat. Er hat sich ja ein Stückchen wegbewegt von den Ereignissen in Saalfeld. Und ich möchte hinzufügen, ob in Weimar, in Eisenach, in Ingolstadt und wo auch immer, denn es ist inzwischen alltägliches Geschehen, daß Linke, die irgendwo kenntlich sind, und die wollen sich ja auch kenntlich machen, sie wollen sich ja positionieren, das ist ja auch ihr gutes Recht, daß sie sich nicht mehr auf die Straße trauen und daß auch am hellerlichten Tag. Mein Sohn ist heute halb atemlos nach Hause gekommen, weil zwei Rechte ihn verfolgt haben von der Schule. Und er hat mir gesagt, na auch wenn da Leute auf der Straße sind, du weißt ja, wie das ist, die gucken ja weg. Und die Erfahrung ist leider so.

Wie wollen wir denn mit solchen Sachen umgehen?

Ich denke, daß in Saalfeld Schlimmes passiert ist und das ist dadurch passiert, daß sich die Polizei so unverhältnismäßig verhalten hat. Und ich habe vom letzten Wochenende ein Erlebnis in Eisenach gehabt, wo ähnliches anstand. Es war nämlich auch wieder ein Aufruf zu einer Demo, ein bißchen unverhältnismäßig, auch ein bißchen ungeschickt, wie halt Jugendliche so sind. Also wenn da steht, vergeßt Spraydosen und festes Schuhwerk nicht, dann weiß man ja, was da so ungefähr kommen kann. Dieses Flugblatt hat auch für Unruhe gesorgt, aber der Polizist hat nicht Amtshilfe aus Bayern und aus Hessen geholt, sondern er ist zu Verbündeten gegangen. Er hat Verbündete gesucht. Und die Traditionen der runden Tische ist ja noch nicht so sehr lange her. Und es ist sofort wieder ein runder Tisch installiert worden. Und das ist dazugekommen, daß die Jugendlichen, die diesen Aufruf losgeschickt hatten, einen Gegenaufruf losschickten und gesagt haben, bleibt daheim, wir können unsere Probleme hier besser lösen. Und es hat dann an diesem Wochenende natürlich auch Polizeipräsenz gegeben, weil

Mein Sohn ist heute halb atemlos nach Hause gekommen, weil zwei Rechte ihn verfolgt haben von der Schule. Und er hat mir gesagt, na auch wenn da Leute auf der Straße sind, du weißt ja, wie das ist, die gucken ja weg.

es natürlich nicht auszuschließen war, daß eben doch die ein oder anderen kommen und auch nicht immer nur in friedlicher Absicht. Das will ich ja auch gar nicht in Abrede stellen, daß da einige sich schon einen Spaß draus machen, einmal ein bißchen etwas loszulassen.

Das ganze Wochenende verlief relativ ruhig. Es war viel Polizei da, aber es war ruhig. Und da, wo es Probleme gab, wurden wieder die Verbündeten geholt, die sich nämlich hingestellt haben und mit den Jugendlichen geredet haben. Kann man so eine Erfahrung nicht weitergeben? Kann man nicht auch in Zukunft so miteinander umgehen? Was soll denn das, wenn jetzt ein Polizeieinsatz, der 10 Millionen kostet, habe ich gelesen, ich weiß nicht, ob das stimmt, wollen wir uns das jedes Wochenende leisten? Das wird ein bißchen teuer, denke ich mir.

Steffen M.**Jetzt sollen wir dafür blechen, daß wir gegessen haben.**

Ich möchte zu den 10 Mio. etwas sagen. Die soll sicher nicht das Land Thüringen leisten, sondern Dewes wollte ja alle rechtlichen Grundlagen überprüfen, um diese Kosten auf uns, auf die, die festgenommen worden sind, umzulegen. D. h. daß jeder, der dort wegen Saalfeld gefangenommen worden ist, also anders kann ich das nicht ausdrücken, dafür blechen soll, daß er gegessen hat.

Manfred S.**Und wir werden auch in Zukunft weitermachen.**

Ich möchte auch vielleicht dazu noch etwas sagen. Du hast ja gerade angesprochen, ob wir das uns jedes Wochenende gefallen lassen müssen. Am letzten Wochenende gab es in Freiberg, das ist in Sachsen, eine Demonstration, die ist weitgehend friedlich verlaufen mit 1000 Leuten. Deshalb bin ich auch der Meinung, daß es möglich ist, daß man Demonstrationen organisieren kann in einer Gegend, wo ein rechter Konsens herrscht. Wir werden in Berlin, bestimmt auch mit den Saalfelderinnen und Saalfeldern in Zukunft, weiterhin Demonstrationen gegen rechten Terror organisieren. Wir werden das in einem breiten Bündnis mit GewerkschafterInnen, mit Parteien und Verbänden sowie mit autonomen Antifaschistinnen und Antifaschisten organisieren, damit, denn ich bin der Meinung, nur durch eine breite Bewegung, durch ein breites Bündnis kann dieser gesellschaftliche Konsens, kann so etwas in Zukunft begegnet werden. Nur durch eine Präsenz, durch einen Auftritt in der Öffentlichkeit kann gegen diesen rechten Terror angegangen werden. Und das werden wir auch in Zukunft weitermachen. Wir aus Berlin werden uns durch den Polizeieinsatz in Thüringen erstens nicht abschrecken lassen, zweitens sehen wir uns in unserer Meinung, daß der Staat nicht auf unserer Seite steht, da steht er einfach nicht mehr, auch in Zukunft uns weiter an Demonstrationen beteiligen und Demonstrationen organisieren. Wir lassen uns von solchen, manche haben ihn Staatsterrorismus genannt, abschrecken und wir werden uns von solchen Aktivitäten seitens der Polizei und des Innenministers, der von der SPD ist, nicht in unseren politischen Aktivitäten unterbinden lassen.

Nur durch eine Präsenz, durch einen Auftritt in der Öffentlichkeit kann gegen diesen rechten Terror angegangen werden.

Rechts-
staat?
Wofür?
Wogegen?
Ich frage
mich ernst-
haft, diese
Polizei hat
einen Eid
geleistet.
Wofür und
wogegen
richtet sich
dieser Eid?
Entspricht
dieser Eid
wirklich
dem, was
dort pas-
siert ist?

Hans-Peter H.

**Täter im Knast Unterwellenborn dürfen nicht straf-
frei bleiben**

Einige werden mich inzwischen schon kennengelernt haben. Und wenn ich diese Darlegungen hier so gehört habe, die uns ja auf dem Landesparteitag schon sehr eindrucksvoll geschildert wurden, dann muß ich mich ernsthaft fragen, Rechtsstaat? Wofür? Wogegen?

Ich frage mich ernsthaft, diese Polizei hat einen Eid geleistet. Wofür und wogegen richtet sich dieser Eid? Entspricht dieser Eid wirklich dem, was dort passiert ist?

Und die Frage geht weiter dahin, wer war hier extrem, wer war hier radikal? Steht das in einem Verhältnis?

Der Jurist würde jetzt sagen, das ist ein Verstoß gegen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit, was hier gelaufen ist. Und deshalb, um die Sache etwas abzurunden, glaube ich, können wir nicht eher aus dem Saal gehen, indem wir uns nicht vorher fragen, wie es hier schon angeklungen ist zuletzt: Was tun wir weiter?

Es kann hier kein Schlußstrich gezogen werden, zumal diese Anhörung leider Gottes nur eine halbherzige gewesen ist, dadurch weil entscheidende Leute, die hier Rede und Antwort stehen sollten, einfach gefehlt haben. Und deshalb müssen wir uns hier Dinge überlegen, welche Signale wie in welche Richtung hier gehen müssen, denn es ist sicherlich nicht nur so, daß wir in Saalfeld Angst haben müßten, auf die Straße zu gehen, weder am Tag geschweige denn in der Nacht. Und eigentlich ist mein Gedanke, das soll eigentlich nicht nur ein Gedanke und ein Ideal bleiben, daß wir eigentlich wieder dorthin kommen müssen, daß wir in tiefster Nacht durch den dunkelsten Wald gehen können, ohne daß uns was passiert. Also müssen wir hier in diese Richtung doch irgendwo weiter vorwärts kommen und müssen mit den entscheidenden Leuten, den Organen im Staate hier, den Institutionen zusammenarbeiten oder in die Richtung, daß sich das so nicht wiederholen darf.

Und als Fazit des Ganzen möchte ich ganz einfach die Forderung aufmachen, daß diese - ich sage mal - Täter in dem Knast Unterwellenborn, die diese friedlich demonstrierenden Menschen so behandelt haben, daß diese nicht straffrei bleiben dürfen. Gegen diese Beamten muß irgend etwas passieren. Mit denen muß man disziplinarisch oder - wie auch immer - hier zu Potte kommen, sage ich mal, die dürfen nicht, ohne daß hier Konsequenzen gezogen werden, frei davonkommen.

Peter L.

Moralische und finanzielle Unterstützung, damit wir alles einigermaßen unbeschadet überstehen können

Ich möchte hier auch alle Anwesenden noch mal darüber informieren, daß die über 300 Menschen, die auf der Autobahn festgenommen worden sind, alle jetzt ein Verfahren haben, wobei noch unklar ist, ob das wegen Nötigung oder gefährlichen Eingriffen in den Straßenverkehr ist. Aber es ist auf jeden Fall so, daß wir uns auch sehr freuen würden über moralische und selbstverständlich auch über finanzielle Unterstützung, damit wir das Ganze einigermaßen unbeschadet überstehen können.

Angelo Lucifero

Es gibt eine Opposition, die sich dem antifaschistischen Konsens verpflichtet fühlt

Ich wollte an ihn anknüpfen über die Frage: Wie weiter? Ich denke, man muß den juristischen Weg natürlich gehen und versuchen, da auch etwas hinzukriegen. Nur denke ich, der Kollege von der IG Medien hat tatsächlich recht. Man darf von diesem Rechtsstaat nicht erwarten, daß wir Recht bekommen. Sonst würde er wahrscheinlich „Linksstaat“ heißen - oder wie auch immer.

Und natürlich muß man auch die parlamentarische Auseinandersetzung führen, und das ist - denke ich - auch die Qualität, die dieser Teil der Welt hat, wo die Bundesrepublik sozusagen doch nicht ganz heimgezogen ist, weil: Bei aller Kritik gibt es eben eine Opposition, die sich dem antifaschistischen Konsens verpflichtet fühlt, und oft fehlt diese Opposition in den westlichen Bundesländern.

Aber es gibt hier ein Phänomen, wo wir - denke ich - mehr daran arbeiten müssen und was meines Erachtens das Relevante ist: Gelingt es uns zivilgesellschaftlichen Widerstand zu organisieren. Daß Menschen in den Ortschaften, in den Städten aufstehen und sich couragiert auch gegen solche Entwicklungen stellen. Und das muß auf der Straße passieren, das muß in den Gesprächen passieren, das muß in den Schulen passieren, das muß überall passieren.

Und was konkret Saalfeld betrifft, ich denke, ich habe vorhin was gesagt vom Sieg des rechten Konsens. Das ist auch nur die halbe Wahrheit, weil: Gleichzeitig ist denen ein wesentliches Ziel nicht gelungen: daß das Bündnis gespalten wurde. Ich denke, das Bündnis ist - bis auf

Gelingt es uns zivilgesellschaftlichen Widerstand zu organisieren?

ein paar Ausrutscher - gestärkt daraus gegangen. In den Gewerkschaften gibt es eine Diskussion über die Frage, Neofaschismus und Rassismus, der vorher nicht denkbar gewesen wäre, weil für viele das weit weg ist, das aus eigener Betroffenheit nicht kannten.

Und von daher sind wir trotzdem ein Stück weit nach vorne gekommen. Es wird erst zur Niederlage, wenn es uns nicht gelingt, und deshalb tun wir auch die Saalfelder nicht allein lassen, es uns nicht gelingt, in den kommenden Wochen, ohne einen Termin genannt zu haben, dort aktiv zu sein und zu kämpfen, daß die Mutwilligen, die es gibt, zum Nachdenken gebracht werden, entsprechende Veranstaltungen gemacht werden und dann eine Demonstration dort stattfinden kann, die tatsächlich dann auch mit 3.000/5.000 angemeldet werden muß und auch so stark sein muß, damit es nicht funktionieren kann und sich auch nicht wiederholen darf, daß de facto Antifaschismus auf bundesdeutschen Straßen verboten wird und in die Straßenecken geschoben wird.

Rainer V.

Ich finde dafür, ich persönlich, keine Worte mehr

Ich wollte der Frau noch mal beipflichten. Ich bin gestern - es war so zehn vor halb drei - auf dem Marktplatz in Eisenach mit einem Freund und Punk von mir - wir sind über den Marktplatz geschlendert, und auf einmal kam ein Rechter mitten am helligen Tag auf mich zu und hat mir ein paar Faustschläge - so eine Reihe von 10 Schlägen - gegeben, und die gesamten Händler, Besucher und sonst irgendwas standen drum herum und haben alle nur gefächelt.

Und dann noch mal was zu dieser Saalfelder Geschichte: Ich habe dann mehrmals verlangt bzw. auf dieser EA-Ausschuß-Nummer anzurufen, und man hat mir nur frech gesagt, ne, die Leitungen sind ehe alle überlastet usw. Ich weiß nicht, was hier momentan in Deutschland abgeht, ich finde dafür, ich persönlich, keine Worte mehr.

Dr. Birgit Klaubert

Antifaschismus hat was mit Zivilcourage zu tun

Kein Schlußwort, aber einige Bemerkungen zum Schluß dieser Veranstaltung, die eigentlich schon wieder - ähnlich wie Saalfeld - kriminalisiert werden sollte, indem im Vorfeld Anfragen an die PDS-Fraktion gegangen sind, wie wir denn dieses Ganze in den Griff bekommen. Und wie wir für die Sicherheit der Besucher dieser Anhörung sorgen möchten. Wir haben daraufhin zunächst mit schöner Selbstverständlichkeit geantwortet: Na wie in jeder Anhörung, aber das hat man uns offensichtlich nicht so richtig geglaubt.

Aber ich glaube, genau das paßt in das, was heute zur Aussprache kam, nämlich in die Kriminalisierung all dessen, was nicht im Trend des rechten Zeitgeistes liegt. Und dort paßt eigentlich auch nicht, daß in einem Plenarsaal sich Linke zusammenfinden und darüber sprechen, was bisher in den Medien im wesentlichen nicht zur Sprache kam bzw. bewußt verschwiegen worden ist.

Wie gehen wir mit dieser Veranstaltung um?

Ich kann eigentlich nur allen versichern - obgleich ich mir dessen bewußt bin, wie schwierig es ist - daß die PDS sich in ihrer Verantwortung als AntifaschistInnen sieht, aber mir ist bewußt, daß auch hier ein breites Spektrum und unterschiedliche Empfindlichkeiten und Befindlichkeiten da sind. Und insofern sind wir froh darüber, diese Anhörung so durchführen zu können, denn es hat uns sehr viel gebracht für unsere weitere Arbeit.

Ich glaube, es wird keinen Antifaschismus konzipiert am Grünen Tisch und auch keinen Antifaschismus verordnet im Saal geben können. Antifaschismus hat etwas mit der Zivilcourage jedes einzelnen zu tun, sich gegen rechts zu wenden und nicht hinzuschauen und zuzuschauen, wenn einer, der ein bißchen anders aussieht, als man es sich vorstellt, auf der Straße verprügelt wird oder wenn im Verfassungsschutzbericht steht, daß irgendwo eine linke Szene ist und dort noch die Maßnahmen dargelegt sind, die diese linke Szene so zur Gefährdung der Öffentlichkeit von sich gegeben hat.

Aber wenn man weiterblättert, dann gibt es keine rechte Szene dazu, obwohl man genau weiß, daß die rechte Szene verschiedene Gewalttaten regelrecht herausgefordert hat, indem sie Jugendcafés oder Jugendzentren angreifen. Das gibt es also nicht nur in Saalfeld, das gibt es in Thüringen und überall in dieser Bundesrepublik, und es ist schlimm, daß es das gibt, und es ist schlimm, daß sich

Ich glaube, es wird keinen Antifaschismus konzipiert am Grünen Tisch und auch keinen Antifaschismus verordnet im Saal geben können.

nicht mehr Bevölkerung dagegen wendet.

Was kann getan werden von einer PDS-Fraktion im Thüringer Landtag - einer Oppositionsfraktion, die sich doch im parlamentarischen Raum, wie diesen hier, in Ausschüssen und ähnlichem bewegt und manchmal in den Alltagsmühlen dieses Parlamentarismus auch zerrieben wird?

Wir können eins tun: Wir können Öffentlichkeit herstellen. Und wenn die Öffentlichkeit vom rechten Zeitgeist geprägt ist, dann müssen wir Gegen-Öffentlichkeit herstellen. Dann müssen wir mit unseren Möglichkeiten diese Gegen-Öffentlichkeit befördern und all diejenigen unterstützen, von vornherein und in verschiedener Weise auch bedingungslos - die von dieser Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Und das kann man als Parlamentarier, und ich bedauere sehr, daß andere Abgeordnete nicht an der heutigen Veranstaltung teilgenommen haben! Auch nicht als Beobachter!

Wir können weiter auch den Weg gehen, den wir mit dieser Anhörung beschritten haben: Es ist ja nicht eine ganz neuartige Initiative, die uns zu dieser Anhörung eingefallen ist. Wir haben gleich nach Saalfeld in der Fraktion zusammengesessen und haben uns gefragt, was machen wir nun?

Und da kam uns die Idee dieser Anhörung und auch ganz bewußt in diesem Plenarsaal - dort drüben sitzt die PDS-Fraktion mit 17 Abgeordneten, hier in der Mitte sitzt die CDU-Fraktion und hier drüben sitzt die SPD-Fraktion, die uns auf die Seite dort drüben verbannt hat, weil sie damals sagte: Links von ihr gibt es nichts weiter. Also auch diese Symbolik sollte man durchaus einmal auf sich wirken lassen, aber ich möchte keine Schelte auf einzelne Parteien hier betreiben; ich möchte eigentlich auffordern in unterschiedliche Parteien hinein, den Mut zu haben, sich gegen diesen rechten Konsens auch aufzulehnen.

Wir haben damals dann gleich beschlossen, diese Anhörung durchzuführen. Die sollte uns eigentlich zu weiteren parlamentarischen Schritten den Stoff und die Materialien in die Hand geben, und wir schätzen allerdings heute ein, daß wir noch weitergehen müssen als das, was wir vorbereitet haben. Wir werden zunächst in der nächsten Woche an den beiden Plenarsitzungstagen ein Berichtersuchen zu den Vorgängen in Saalfeld haben. Ich kann allerdings schon versichern, die Debatte wird von der Regierungsmehrheit bestimmt werden, und man sollte die Möglichkeit nutzen, von dieser Tribüne hier oben sich diese Debatte anzusehen.

Wir werden auch diese Veranstaltung nachbereiten, also zunächst dokumentieren und zusammenfassen. Wir werden aus diesem weitere Fragestellungen erarbeiten. Wir werden natürlich auch den Rechtsweg gehen. Wir werden moralische Unterstützung geben und in dem uns zur Verfügung stehenden Rahmen auch die solidarische Unterstützung mit einigen Geldleistungen, die aber privater Natur von uns als Mitgliedern der PDS-Fraktion sein werden. Ich bin sicher, wir finden im Umfeld auch noch andere, die das unter-

Ich möchte eigentlich auffordern in unterschiedliche Parteien hinein, den Mut zu haben, sich gegen diesen rechten Konsens auch aufzulehnen.

stützen werden.

Wir werden überlegen wie es mit einem Untersuchungsausschuß aussieht; ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß wird in diesem Landtag unmöglich sein. Weil er nur in Gang gesetzt werden kann, wenn ein Fünftel der Abgeordneten dieses Landtags - das sind 18 Mitglieder - eine Unterschrift dafür leisten. Wir sind in der PDS-Fraktion 17 Mitglieder. Ich glaube nicht, daß sich ein anderes Fraktionsmitglied einer anderen Partei für diese Unterschrift hergeben wird. Wir müssen die Möglichkeit eines außerparlamentarischen Untersuchungsausschusses versuchen.

Uns ist völlig bewußt, daß die Fragen der Auswertung von Saalfeld oder - wie Julika Bürgin sagte - der politischen Nachbereitung von Saalfeld nicht nur durch das Parlament geschehen kann. Aber ich meine, und das sage ich jetzt wieder für die Fraktion, aber eben auch gerade in diesem Parlament, weil die Politik hier eine andere ist, als wir sie vertreten. Und wir möchten, daß in diesem Land eine andere Politik, eine veränderte Politik endlich Raum greifen kann, und das hat etwas mit sehr vielen gesellschaftlichen Veränderungen zu tun. Und da kann ich einfach nur sagen, wenn das, was der Landrat Thomas heute gesagt hat, in seiner persönlichen Auffassung und in seiner bewußten Verfälschung der Geschichte, weiter Raum greift, dann habe ich am allermeisten Angst vor weiteren und vielen Herren Thomas. Denn das ist das, was aus der Mitte dieser Gesellschaft schwappt und offensichtlich Akzeptanz findet in breiten Teilen der Bevölkerung, weil genau das stattfindet, was vorhin gesagt worden ist, daß Blaulicht und Sirene und am Himmel kreisende Hubschrauber eigentlich in Angst und Schrecken versetzen und man der Meinung ist, was ist hier los?

Und am Ende stellt sich heraus, das Ganze wird eingesetzt gegen Antifaschistinnen und insbesondere junge Menschen und solche, die eben auch noch vom Äußeren nicht in das Bild des rechten Biedermannes passen.

Ich sage nur, wir möchten auch als PDS-Fraktion diese Zivilcourage bewahren. Wir brauchen dazu Eure und Ihre Unterstützung, und ich kann ihnen nur sagen, ich hoffe, daß das Bündnis von Saalfeld nicht einmalig bleibt und auch in seiner Art nicht einmalig ist, sondern ein breites Bündnis wird und es für ein Stück Politik in diesem Land steht, die anders ist als derzeit praktizierte Politik, und unsere Unterstützung haben sie. Wir sind eigentlich fast alle da aus der Fraktion; wir werden es dort nicht weitersagen müssen.

Ich danke Ihnen ganz herzlich, daß sie gekommen sind. Ich danke auch denen, die nicht kommen konnten und Beiträge aufgeschrieben haben in Form von Gedächtnisprotokollen. Ich danke auch denen, die für einen friedlichen Verlauf in Saalfeld, in Erfurt, in Jena und darüber hinaus sorgten. Und ich wünsche, daß wir Partner bleiben in dem Kampf um einen Zeitgeist, der Antifaschismus wirklich wieder zu dem macht - zu einem wichtigen, menschlichen Wert in dieser Gesellschaft.

Wir möchten, daß in diesem Land eine andere Politik, eine veränderte Politik endlich Raum greifen kann, und das hat etwas mit sehr vielen gesellschaftlichen Veränderungen zu tun.

